

Entwurf des Leitantrags der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017

Stand: 15.05.2017

Entwurf

Es ist Zeit für...

mehr Gerechtigkeit!	3
mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege	5
moderne Ausbildung und sichere Arbeit	9
eine starke Wirtschaft und Innovationen	15
einen starken Sozialstaat	23
gerechte Steuern und Abgaben	27
ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land	29
eine gesunde und saubere Zukunft	31
mehr Sicherheit im Alltag	37
eine geordnete Migrationspolitik	41
eine offene und moderne Gesellschaft	44
ein besseres Europa – sozialer und demokratischer	54
mehr Frieden und Stabilität in der Welt	59
Inhaltsverzeichnis	66

1 **Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!**

2 2017 ist ein entscheidendes Jahr. Die SPD tritt an, um mit Martin Schulz als Bundeskanzler die
3 Weichen für die Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen. Die Wahlen in diesem Jahr sind
4 grundsätzliche Entscheidungen darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Werte, die
5 als selbstverständlich galten, stehen auf dem Spiel. Für diese Werte kämpfen wir, wie wir es in
6 unserer langen Geschichte immer getan haben.

7 Für eine Gesellschaft, die jedem Menschen respektvoll begegnet. Unabhängig von Geschlecht,
8 Herkunft, sexueller Identität, Religion. Unabhängig davon, ob jemand eine Behinderung hat,
9 krank oder pflegebedürftig ist. Unabhängig von Beschäftigung und Lebensgrundlage.

10 Wir kämpfen für die Freiheit, seine Meinung zu sagen und zu veröffentlichen. Für eine freie
11 Presse und eine unabhängige Justiz. Wenn wir uns umschauen in Europa und der Welt, sehen
12 wir diese Werte in Gefahr. Für diese Werte einzustehen, war der Ursprung der
13 Sozialdemokratie. Dafür stehen wir - damals wie heute.

14 Unser Land ist heute demokratischer, offener, moderner, und freier als jemals zuvor. Hier leben
15 engagierte Menschen in ihren Familien, mit Freunden und Nachbarn. Hier arbeiten motivierte
16 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ebenso wie selbstbewusste Gewerkschaften und
17 erfolgreiche Unternehmen in einer starken sozialen Marktwirtschaft zusammen. Wir sind stolz
18 auf unseren demokratischen Rechtsstaat, der weltweit seinesgleichen sucht. Unser kulturelles
19 Leben ist einzigartig. Ebenso wie unsere Zivilgesellschaft mit ihren vielen unterschiedlichen
20 Vereinen, Verbänden und Initiativen, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, in denen sich
21 Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren.

22 Viele sagen, dass es ihnen eigentlich gut geht. Aber sie spüren auch, dass es in unserer
23 Gesellschaft nicht überall gerecht zugeht. Sie berichten von ihren Schwierigkeiten, den
24 Hoffnungen ihrer Eltern und Zielen ihrer Kinder. Alle eint der Wunsch nach einer gerechten
25 Gesellschaft, die zusammenhält. Es ist der Wunsch nach einem Land, in dem wir füreinander da
26 sind und uns gegenseitig mit Respekt begegnen. Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der
27 Lebensleistung aller Menschen stärken unsere Demokratie. Dazu gehört, dass in unserem Land
28 der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder stärker wird und der anständige Umgang
29 untereinander nicht durch die politische Radikalisierung verloren gehen. Wir wollen, dass die
30 Menschen in Deutschland sicher leben können.

31 **Gerechtigkeit** ist *die* zentrale Voraussetzung für **Zusammenhalt** und **Wohlstand**. Wir werden
32 Einkommen und Chancen gerechter gestalten. Gesellschaften, die zusammenhalten und sozial
33 gerecht sind, können Probleme besser meistern. Gerechte Gesellschaften sind wirtschaftlich
34 erfolgreicher und innovativer. In gerechteren Gesellschaften sind die Menschen zufriedener
35 und das gegenseitige Vertrauen ist stärker. Gerechtigkeit macht unser Land in vielerlei Hinsicht
36 reicher.

37 Wenn wir für mehr Gerechtigkeit sorgen, dann zahlt sich das für den Wirtschaftsstandort
38 Deutschland aus. Für den weltweiten Handel und die Digitalisierung unserer Wirtschaft
39 brauchen wir gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur. Wirtschaftliche
40 Kraft, Innovationsfreude, technologischer Fortschritt und Nachhaltigkeit sind die Grundlagen
41 für die Zukunft Deutschlands und Europas. Die SPD ist Partnerin der Gewerkschaften, der
42 Wirtschaft und der Wissenschaft – denn wirtschaftliche Stärke ist der gemeinsame Erfolg
43 vieler.

44 Wir wollen eine Gesellschaft der Kultur und Kunst, die unser Leben in vielerlei Hinsicht
45 bereichert und das Nachdenken über uns selbst befördert.

46 Internationale Krisen und Zuwanderung stellen Deutschland und Europa vor neue
47 Herausforderungen. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie, die
48 **Zusammenhalt und Solidarität** fördert, Regeln durchsetzt und damit Sicherheit gewährleistet.

49 Ein friedliches Zusammenleben funktioniert nur mit der Anerkennung von Werten und Regeln,
50 die für alle gleichermaßen gelten. Das trifft für Deutschland ebenso zu wie für Europa.

51 Die SPD steht wie keine andere Partei für die europäische Idee. Diese Idee eines geeinten
52 Europas ist für mehr als 500 Millionen Menschen das Versprechen auf ein Leben in Frieden,
53 Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Uns geht es um ein wirtschaftlich dynamisches,
54 demokratischeres und **sozialeres Europa**, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt,
55 Verständigung schafft und Zusammenhalt stiftet.

56 Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als **Friedenspartei** steht für eine Außenpolitik der
57 klugen Diplomatie. Im Geiste der Entspannungspolitik Willy Brandts ist es unser Anspruch,
58 Brücken zu bauen. Aufrüstung und Säbelrasseln lösen keine Konflikte. Europa, die USA,
59 Russland und China tragen gemeinsam Verantwortung für den Frieden in der Welt und den
60 Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deshalb können nur der Dialog zwischen den
61 Regierungen, die Verständigung zwischen den Völkern und eine gelebte Solidarität zwischen
62 Nord und Süd zu mehr globaler Sicherheit führen.

63 Die Zukunft Deutschlands und Europas wird das sein, was wir alle gemeinsam aus ihr machen.
64 Veränderungsprozesse lassen sich nicht verhindern, sondern sie bieten die Chance, die Dinge
65 zum Besseren zu wenden. Sie lassen sich politisch gestalten! Was wir brauchen ist die
66 Zuversicht, dass es sich lohnt, für eine bessere Zukunft zu streiten und den Mut, es anzugehen.
67 Zukunft ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Versprechen auf ein **besseres**
68 **Zusammenleben, Chancengleichheit und ein gerechtes Miteinander in einer offenen**
69 **Gesellschaft**. Ganz im Sinne von Willy Brandts "Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen, ist,
70 sie zu gestalten."

71 **Dafür arbeitet die SPD und dafür kämpfen wir.** Mit Martin Schulz als Bundeskanzler und einer
72 starken SPD im Bundestag wird Deutschland **gerechter, fortschrittlicher und solidarischer**.

73 **Es ist Zeit jetzt zu handeln!**

74 **Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!**

75 **Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege**

76 Es gibt Jahre, in denen die Familie mehr Zuwendung und mehr Zeit braucht als in anderen.
77 Eltern wollen für ihre Kinder da sein und beruflich den Anschluss halten. Oft stehen sie zudem
78 vor der Herausforderung, sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Wir sorgen dafür,
79 dass Familie, Beruf und Pflege besser zusammengehen. Wir ermöglichen Eltern, berufliche und
80 familiäre Aufgaben gerecht aufzuteilen. Dafür brauchen sie ein gutes Angebot an Kitas und
81 Schulen sowie mehr Zeit und Geld. Diese Wünsche und Bedürfnisse sind für unsere Politik
82 zentral, denn Familie ist ein fester Anker in unserem Leben. Für uns ist Familie dort, wo
83 Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der klassischen Ehe zwischen Mann
84 und Frau, über alleinerziehende Mütter und Väter, Patchworkfamilien, bis zum
85 gleichgeschlechtlichen Paar.

86 Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle. Denn noch entscheidet hier zu oft der
87 Geldbeutel der Eltern. Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita
88 über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. Wir werden
89 die Schulen modernisieren und in den Ausbau von Ganztagschulen investieren. Kinder, Eltern
90 und Lehrer sollen erleben, dass uns Bildung viel wert ist. Es ist unsere Aufgabe, junge Menschen
91 dabei zu unterstützen, ihren Weg zu gehen. Das geht nur mit einer eigenständigen
92 Jugendpolitik, die Jugendlichen passende Angebote für ihre jeweilige Lebenssituation macht.

93 Die gleiche Sorgfalt und Energie, die wir für unsere Kinder verwenden, brauchen wir auch für
94 die Älteren in unserer Familie. Ältere Menschen müssen so lang wie möglich selber über ihr
95 Leben bestimmen können. Wenn sie Pflege und Hilfe benötigen, sollen sie sich darauf verlassen
96 können, dass sie die notwendige Unterstützung bekommen. Pflege ist keine Privatsache.
97 Diejenigen, die sich um andere kümmern, lassen wir nicht alleine.

98 Familie ist Lebensmittelpunkt. Und glückliche Familien, die ohne Sorge leben können, geben
99 uns Kraft für die Zukunft.

100 **Familienarbeitszeit und Familiengeld:**

101 Wir wollen, dass **Familie und Beruf als doppeltes Glück** empfunden werden. Viele Eltern
102 wünschen sich, ihre Arbeit und die Kindererziehung partnerschaftlich aufteilen zu können.
103 Bislang heißt das allerdings, finanzielle und berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.
104 Das wollen wir ändern! Wir unterstützen Eltern: mit der Einführung der **Familienarbeitszeit**
105 **und des Familiengeldes**. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre
106 Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um
107 mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in
108 Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine
109 partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative
110 Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere Rente.

111 Als ersten Schritt haben wir bereits das ElterngeldPlus eingeführt, das es Eltern ganz kleiner
112 Kinder leichter macht, Elternzeit und Teilzeitarbeit miteinander zu verbinden. In einem
113 nächsten Schritt werden wir eine Familienarbeitszeit einführen. Wenn beide Eltern ihre
114 Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150
115 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 26 bis 36 Wochenstunden arbeiten. Und es
116 wird bis zu 24 Monate gezahlt. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine
117 gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder
118 getrennt Erziehende das Familiengeld erhalten.

119 Zeit für Familie braucht auch einen Kulturwandel in der Arbeitswelt. Dazu gehört auch die
120 **Abkehr vom „Präsenz-Wettbewerb“** im Beruf. Für familiengerechte Arbeits- und
121 Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienstreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und

122 Arbeitgeber in der Pflicht. Der Öffentliche Dienst soll dabei Vorreiter sein und die
123 partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege fördern.

124 **Gute Betreuung von Anfang an:**

125 Wir sorgen für ein ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und
126 Ganztagschulen. **Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab** und entlasten damit alle
127 Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.

128 Außerdem werden wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen
129 **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit
130 finanzieller Beteiligung des Bundes.

131 Mit einem bundesweiten Gesetz werden wir die **Qualität von Kitas** mit Unterstützung des
132 Bundes steigern. Wir brauchen **besser ausgestattete Kitas und eine gesunde Ernährung**. Mit
133 **zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern** können die Kinder in den Gruppen besser betreut
134 werden. Dafür wollen wir den Beruf aufwerten und die Ausbildung verbessern. Wir werden
135 dies mit einer Fachkräfteoffensive unterstützen. Zusätzlich wollen wir die Kindertagespflege
136 weiter professionalisieren und aufwerten.

137 **Kinderrechte stärken:**

138 Wir werden die **Rechte von Kindern im Grundgesetz** verankern. Kinder sind eigene
139 Persönlichkeiten und brauchen eigene Rechte. Parlamente, Verwaltungen und Gerichte sollen
140 Kinderinteressen überall dort, wo Kinderrechte berührt sind, vorrangig berücksichtigen.
141 Das Recht von Kindern und Jugendlichen, ohne sexualisierte Gewalt aufzuwachsen, ist ein
142 elementares Kinderrecht. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt
143 muss ausgeweitet und weiter verstärkt werden. Dazu gehört ein wirksamer
144 Jugendmedienschutz, wie auch die Weiterführung der Hilfen für die Betroffenen. Der
145 Missbrauchsbeauftragte spielt hier eine wichtige Rolle. Wir werden die Anstrengungen im
146 Kampf gegen sexualisierte Gewalt bundesweit weiter vorantreiben.

147 **Politik für junge Menschen:**

148 Eine **eigenständige Jugendpolitik** bedeutet für uns eine Verbindung verschiedener politischer
149 Themen. Ein wichtiger Punkt dabei ist der „Jugend-Check“, mit dem wir bei allen politischen
150 Maßnahmen immer auch die Vorteile und Nachteile auf junge Menschen überprüfen werden.

151 **Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre absenken**. So ermöglichen wir
152 jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich,
153 sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt. Die
154 politische Bildung für Jugendliche werden wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale
155 für politische Bildung ebenso wie durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere
156 politische Bildungsangebote.

157 **Orte der Kinder- und Jugendarbeit** gehören genauso wie Kitas und Schulen zur
158 Grundversorgung. Deshalb werden wir sie erhalten und ausbauen. Die Jugendverbände sind
159 ein tragender Pfeiler unserer Jugendarbeit. Wir wollen ihre finanzielle Förderung im
160 Bundeshaushalt weiter erhöhen. Immer mehr junge Menschen zwischen Schule und Studium
161 oder Berufseinstieg nutzen Jugendfreiwilligendienste zur eigenen Orientierung. Dort muss die
162 Zahl der Plätze der Nachfrage entsprechend angehoben werden.

163 **Die junge Generation gestaltet die globalisierte Welt**. Wir wollen daher den internationalen
164 Jugendaustausch deutlich ausbauen – und wer sich den Austausch nicht leisten kann, den
165 unterstützen wir.

166

167 **Beste Schulen:**

168 Egal wo gelernt wird: **Schulen müssen strahlen** – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Und
169 wir brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c
170 wollen wir in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot aufbrechen. Der Bund soll in
171 finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und
172 Berufsschulen investieren können. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern
173 und Kommunen! Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln.
174 Damit der Bund hier seinen Beitrag leisten kann, wollen wir eine vollständige Aufhebung des
175 Kooperationsverbots.

176 Wir werden das Schulsanierungsprogramm des Bundes zu einem
177 **Schulmodernisierungsprogramm** weiterentwickeln. Damit sorgen wir für gut ausgerüstete
178 Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung mit digitaler Technik.

179 Wir werden gemeinsam mit den Ländern den **flächendeckenden Ausbau guter**
180 **Ganztagsangebote** vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und
181 Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für
182 Grundschulen durchsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die **Schulsozialarbeit**
183 **ausbauen**. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen,
184 brauchen multiprofessionelle Teams aus Lehrern, Sozialarbeitern und Erziehern. Gute
185 Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und
186 Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Ehrenamtliches
187 Engagement der Schüler werden wir fördern. Auch an Ganztagschulen brauchen Jugendliche
188 zeitliche Freiräume.

189 Um die **Qualität des Unterrichts zu verbessern, wollen wir die Bildungsforschung stärken**. Neue
190 Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller
191 nutzbar gemacht werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte müssen wir
192 entsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf
193 neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle Vielfalt an ihrer Schule, auf das
194 gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder
195 auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von
196 Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

197 Die Digitalisierung ermöglicht neue Lernformen. Digitalisiertes Lernen muss Gegenstand von
198 Schul- und Unterrichtsentwicklung sein. **Kompetenzen im Umgang, Einsatz und in der Nutzung**
199 **digitaler Technik sind wichtig**. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern neue
200 Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Schülerinnen und
201 Schüler sollen „digitale Kompetenzen“ fächerübergreifend erwerben. Digitalisierte
202 Lernmaterialien müssen offen zur Verfügung stehen, wofür wir verstärkt offene
203 Bildungsinhalte (Open Educational Resources) nutzen wollen. Damit das funktioniert, müssen
204 Bund und Länder gemeinsam für eine zeitgemäße technische Ausstattung der
205 Bildungseinrichtungen sorgen.

206 **Familienarbeitszeit für Pflege:**

207 Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle
208 Unterstützung. Wir führen die **Familienarbeitszeit für Pflege** ein. So ermöglichen wir
209 Menschen, die Familienmitglieder pflegen, eine **Freistellung von der Arbeit mit**
210 **Lohnersatzleistung**: Pflegenden Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz
211 oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe
212 und Umfang am Elterngeld orientiert. Wer aufgrund der Pflege von Angehörigen seine
213 Arbeitszeit darüber hinaus länger verringern möchte, erhält das **Familiengeld für Pflege**. Es
214 beträgt 150 Euro monatlich. Es wird bei einer reduzierten Beschäftigung (im Umfang von 26 bis

215 36 Wochenstunden) bis zu 24 Monate gezahlt. Zwei Angehörige können das Familiengeld für
216 Pflege und die Lohnersatzleistung in Anspruch nehmen.

217 Bei der Pflege in der Familie werden immer häufiger Dienstleistungen wie eine Haushaltshilfe
218 in Anspruch genommen. Eine besondere Herausforderung stellen Arbeitsverhältnisse dar, in
219 denen eine **24 Stunden-Pflege und –Betreuung im Haushalt** realisiert wird. Dafür wollen wir
220 den privaten Haushalten einen einfachen legalen Weg eröffnen. Die bereits bestehende
221 staatliche Unterstützung werden wir auf dieses Ziel hin ausrichten. Uns ist wichtig, dass
222 **staatliche Förderung an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt** ist. Um Hilfe- und
223 Unterstützungsangebote gut aufeinander abstimmen zu können, muss die Beratung über die
224 zur Verfügung stehenden Pflegeleistungen verbessert werden.

225 Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen **Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle**. Hier werden
226 pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unterstützt und bekommen bei der
227 Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen.

228 **Gut leben im Alter:**

229 Noch nie sind Menschen so gesund wie heute alt geworden. Damit ältere Menschen lange aktiv
230 sein können, unterstützen wir flächendeckende und miteinander vernetzte **Angebote für**
231 **Gesundheit, Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen** – für alle zugänglich und bezahlbar.
232 Hier braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den
233 Sozialversicherungen.

234 **Pflegebedürftigkeit soll kein Grund sein, die vertraute Wohnung verlassen zu müssen!** Dafür
235 werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das Programm
236 „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen. Wer alt ist, soll mit Menschen jeden Alters
237 zusammenleben können, wenn er das will– in Mehrgenerationenhäusern oder in Senioren-
238 WG's. Wir werden gemeinschaftliche Wohnformen stärker unterstützen.

239 **Digitale Selbständigkeit betrifft alle Generationen**. Wir schaffen spezielle Angebote für ältere
240 Menschen, damit sie die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft besser nutzen können.

241 **Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit**

242 Nach der Schule werden die Weichen neu gestellt. Dabei ist der Einstieg in Ausbildung und
243 Arbeit entscheidend. Junge Menschen haben Träume, Ziele oder sind noch auf der Suche.
244 Damit sie einen erfolgreichen Weg einschlagen, muss es Hand in Hand gehen: Die Jungen
245 müssen motiviert sein und etwas aus ihrem Leben machen wollen, die Ausbildungsbetriebe
246 müssen gute Angebote aufzeigen und die Hochschulen hervorragende Lehre und Forschung
247 bieten. **Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig!** Auszubildende und Studierende
248 verdienen den gleichen Respekt und Anerkennung. In beiden Bereichen brauchen wir mehr
249 Absolventinnen und Absolventen.

250 Die duale Ausbildung ist eine der Stärken unseres Bildungssystems. Eine herausragende Rolle
251 spielt dabei das Handwerk, das für rund ein Viertel aller Ausbildungsplätze sorgt. Die duale
252 Ausbildung sorgt dafür, dass wir auch morgen noch die Fachkräfte haben, die wir für die
253 Sicherung unseres Wohlstandes brauchen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, die duale
254 Ausbildung zu modernisieren und noch attraktiver zu machen.

255 Studierende an deutschen Hochschulen sollen exzellente Studienbedingungen haben.
256 Universitäten und Fachhochschulen sind Orte, an denen menschliche Neugier und Kreativität
257 neues Wissen schafft. Autonomie, Beteiligung und verlässliche Finanzen sind wichtige
258 Rahmenbedingungen für gute Hochschulen. So können sie Verantwortung übernehmen und
259 die gesellschaftliche Entwicklung mitgestalten.

260 Wir sorgen für sichere Arbeit. Und für Vollbeschäftigung in Deutschland. Unser Land ist
261 wirtschaftlich erfolgreich. Dies ist vor allem Ergebnis der hohen Leistungsbereitschaft der
262 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Erfolg tagtäglich erarbeiten. Es ist auch das
263 Ergebnis einer Sozialpartnerschaft, in der Gewerkschaften auf Augenhöhe die Interessen der
264 Arbeitnehmerschaft durchsetzen können. Und es ist der Erfolg von verantwortungsbewussten
265 und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern, die gemeinsam mit den Beschäftigten
266 unser Land voranbringen. Wir bringen all jenen, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement
267 unser Land voranbringen, den Respekt entgegen, den sie verdienen. Das sollen die Menschen in
268 ihrem täglichen Leben spüren.

269 Arbeit befindet sich im Wandel. Technologische Innovationen, digitale Vernetzung,
270 unterschiedliche Lebensentwürfe, der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie
271 eine wachsende Vielfalt der Beschäftigungsformen sind neue Herausforderungen – auch für
272 die Politik. Wir passen die Rahmenbedingungen an, denn wir wollen Arbeit, die sich an den
273 Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dafür
274 brauchen wir eine neue Partnerschaft auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind überzeugt: Nur
275 gemeinsam bringen wir unser Land voran! Bessere Arbeitsbedingungen nützen allen, nicht nur
276 den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgeberinnen und
277 Arbeitgebern. Wer gute Arbeit hat, ist zufrieden. Und wer zufrieden ist und ohne existenzielle
278 Sorgen, kann sich intensiv auf die Arbeit konzentrieren.

279 Unser Ziel: unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Das muss für alle
280 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder der Normalfall sein.

281 **Modernisierung der beruflichen Ausbildung:**

282 Wer sich für seinen späteren Beruf entscheiden soll, braucht frühzeitig Rat und Unterstützung.
283 Bereits in der Schule muss eine gezielte Berufs- oder Studienorientierung stattfinden. Darüber
284 hinaus sind **Jugendberufsagenturen** wichtige Anlaufstellen beim Übergang von der Schule in
285 den Beruf. Wir wollen sie flächendeckend etablieren. Nach diesem Vorbild soll auch die
286 Zusammenarbeit aller für die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen verbessert werden.

287 Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Wirtschaft, Gewerkschaft, Bund und Ländern
288 werden wir fortführen. Mit einer **Ausbildungsgarantie** wollen wir allen Jugendlichen die

289 Möglichkeit einer vollwertigen Berufsausbildung geben. Der betriebliche Ausbildungsplatz
290 steht dabei im Mittelpunkt. Die **assistierte Ausbildung**, bei der neben den Jugendlichen auch
291 Eltern, Schulen und Unternehmen unterstützt werden, wollen wir bundesweit ausbauen.
292 Gleichzeitig werden wir das Instrument der ausbildungsbegleitenden Hilfen stärken, um so
293 Unterstützung bei Lernschwierigkeiten oder bei Problemen im sozialen Umfeld zu
294 ermöglichen. Wir finden uns nicht damit ab, dass es in Deutschland weiterhin 7,5 Millionen
295 Analphabeten gibt. Daher schaffen wir weitere Angebote des Bundes zur Stärkung der
296 Grundbildung.

297 Die Berufsschulen sind entscheidend für die Qualität der dualen Ausbildung. Hier lernen die
298 Fachkräfte von morgen. Mit einem **Berufsschulpakt** wollen wir ihre Ausstattung modernisieren
299 und dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ein solcher Pakt muss
300 von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Die Unternehmen und
301 Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.

302 Wer eine anspruchsvolle Ausbildung macht, soll auch angemessen bezahlt werden. Deshalb
303 braucht es eine angemessene **Mindestausbildungsvergütung**. Tarifvertragliche Lösungen
304 haben dabei Vorrang, insbesondere durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, wodurch
305 tariflich geregelte Ausbildungsvergütungen für alle gelten. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber
306 sollen künftig eine **Ankündigungsfrist einhalten**, wenn sie Auszubildende nach ihrem
307 Abschluss nicht übernehmen wollen.

308 Das deutsche Handwerk lebt von seiner ausgezeichneten Qualität und seinem hervorragenden
309 Ruf. Um die Sicherheit und Qualität in der Ausbildung zu gewährleisten, werden wir das
310 System der **zulassungspflichtigen Handwerksberufe sowie den Meisterbrief stärken**.

311 Wir brauchen eine **Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0**, um mit Veränderungen wie
312 der Digitalisierung Schritt zu halten. Dafür muss das Berufsbildungsgesetz weiterentwickelt
313 werden. Eine Schlüsselrolle haben hier die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder. Eine
314 regelmäßige Weiterbildung muss Standard sein. Dies schließt eine zusätzliche Qualifizierung
315 für die Ausbildung lernbehinderter Menschen ein.

316 Die Vorteile der beruflichen und der akademischen Bildung wollen wir durch mehr
317 **Durchlässigkeit in beide Richtungen** miteinander verknüpfen. Duale Studiengänge sind eine
318 gelungene Form, berufliche und akademische Bildung miteinander zu verbinden. Wir werden
319 sie bundesweit vergleichbarer machen und gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen
320 Qualitätskriterien definieren. Wir wollen einen Durchbruch bei der sozialen Öffnung der
321 Hochschulen erreichen: Wir werden die Anzahl der **Stipendien für**
322 **Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen verdoppeln**. Zusätzlich wollen wir mehr
323 Weiterbildungsstipendien ermöglichen und duale Studiengänge entschieden ausbauen. Wir
324 werden die Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen. Und wer den **Meisterbrief**
325 **hat, soll künftig auch zum Masterstudium** zugelassen werden können.

326 **Gute Hochschulen:**

327 **Hochschulen und Wissenschaft sind für die Menschen da.** Wir brauchen hervorragende Lehre,
328 exzellente Forschung, Verbindung und Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur
329 und Gesellschaft, eine starke internationale Sichtbarkeit, gesellschaftliche Verantwortung und
330 verlässliche Arbeitsbedingungen.

331 Wir werden die **Grundfinanzierung der Hochschulen stärken** und der außeruniversitären
332 Forschung eine verlässliche Perspektive geben. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und
333 Hochschulpakete werden wir auch nach 2019/20 erhalten und in eine verlässliche und
334 dauerhafte Finanzierung überführen.

335 Junge Talente sollen ihren Weg in der Wissenschaft gehen können. Deshalb wollen wir den
336 Hochschulen und Forschungseinrichtungen **Anreize für verlässliche Karrierewege** geben. Unser

337 Ziel ist es, Befristungen zurückzudrängen, Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und
338 Diskriminierungen entgegenzuwirken. Wir setzen uns für einen **Frauenanteil von mindestens**
339 **40 Prozent in Führungspositionen** in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine
340 verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes.

341 Um die **Qualität der Lehre zu verbessern und um die Zahl der Studienabbrüche zu reduzieren**,
342 brauchen wir eine bessere Betreuung der Studierenden. Universitäten werden wir zudem
343 anhalten, sich Kooperationen mit Fachhochschulen bei neuen Promotionsmodellen stärker zu
344 öffnen.

345 Die **Digitalisierung der Hochschulen** können Bund und Länder nur gemeinsam erreichen. Wir
346 setzen uns dafür ein, dass mehr Online-Lernangebote an den Hochschulen entstehen, damit
347 das Studium zunehmend orts- und zeitflexibel möglich wird. Dafür werden wir eine
348 Ausstattungsinitiative starten, mit der wir Hochschulen bei der Digitalisierung ihrer Campus-
349 Systeme und Lernplattformen unterstützen.

350 Bildung und Wissenschaft sollen die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen können. Wir
351 wollen die **offenen Kanäle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation fördern**
352 (Open Access). Für die Verwertung und Nutzung von Daten wollen wir **Rechtssicherheit für alle**
353 **schaffen** und eine solide Vergütung der Urheber sowie eine angemessene Beteiligung der
354 Verlage gewährleisten. In Forschung und Lehre sollen digitale Methoden legal genutzt werden
355 können. Beispiele hierfür sind Text- und Datamining, also die Auswertung digitaler
356 Datenbestände.

357 Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften bilden eine wichtige
358 Säule unseres Wissenschaftssystems. Wir werden sie mit einem **Bund-Länder-Programm** dabei
359 unterstützen, zusätzliches wissenschaftliches Personal zu gewinnen. Daneben werden wir sie
360 bei der Entwicklung und Umsetzung einer Internationalisierungsstrategie fördern.

361 Wir wollen den Erfolg der **Bologna-Reformen sichern**. Dafür müssen wir europaweit
362 Qualitätsanreize setzen, damit Studieneingangsphasen flexibler gestaltet, Freiräume zur
363 Studiengestaltung ausgeweitet werden. Die ausufernde Anzahl von Studiengängen werden wir
364 deutlich begrenzen. Auch hierdurch können wir Studienabbrüche spürbar verringern. Bachelor-
365 Absolventinnen und Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung
366 wollen wir den **Zugang zum höheren Dienst** des Bundes vollständig eröffnen.

367 Wir werden Studienberatung und Betreuung verbessern, die Mensen ausbauen sowie die
368 **Sanierung und den Neubau für studentisches Wohnen** vorantreiben. Die Studierendenwerke
369 sind wichtige Partner, um diese Ziele zu erreichen.

370 **Mehr Chancengleichheit durch besseres BAföG:**

371 Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – das BAföG – ist eine sozialdemokratische
372 Erfolgsgeschichte. Es ist neben der Gebührenfreiheit das wichtigste Instrument, für mehr
373 Chancengleichheit in der Bildung. Wir werden daher die Leistungen verbessern, die Förderung
374 stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege
375 anpassen.

376 Das Schüler-BAföG in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen Ausbildungen
377 wollen wir ausbauen. Das Studierenden-BAföG soll durch **höhere Einkommensgrenzen** weiter
378 geöffnet werden. Die Altersgrenzen werden wir anheben und flexiblere Förderansprüche
379 schaffen – zum Beispiel für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Soziales und
380 politisches Engagement wollen wir stärker bei der Förderung berücksichtigen. Wir werden die
381 Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach „BAföG-Plus“ stellen.

382 **Sichere Arbeit und gute Löhne:**

383 Wir wollen eine starke Wirtschaft und Unternehmen, die gute Arbeitsplätze schaffen. Wir
384 wollen einen funktionierenden Arbeitsmarkt, der den Wert der Arbeit anerkennt. Zugleich
385 müssen die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die Menschen mit mehr Zuversicht
386 in die Zukunft blicken können. Deshalb werden wir **die sachgrundlose Befristung abschaffen**,
387 um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und
388 privates Leben zu ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken und
389 die Möglichkeit von Kettenbefristungen begrenzen. Den öffentlichen Arbeitgebern kommt hier
390 eine besondere Verantwortung zu.

391 Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von **"Arbeiten auf**
392 **Abruf" werden wir eindämmen**. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen und
393 Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Die
394 Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre
395 Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.

396 Wir wollen einen **Pakt für anständige Löhne** und eine **stärkere Tarifbindung**. Voraussetzung für
397 gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen sind starke Gewerkschaften und
398 eine hohe Tarifbindung. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen
399 Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortsetzen. Tarifgebundenen Betrieben geben wir mehr
400 Gestaltungsmöglichkeiten, als Betrieben ohne Tarifbindung. Die Möglichkeit der
401 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter erleichtern. Die
402 Rechtssicherheit der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen muss gegebenenfalls auch
403 rückwirkend gewährleistet sein. Im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen
404 sollen bestehende Tarifverträge fortbestehen.

405 **Digitale Arbeit gestalten:**

406 Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Sie eröffnet Chancen und birgt
407 Risiken. Es ist eine **politische Aufgabe, die Digitalisierung unserer Arbeitswelt zu gestalten**.
408 Arbeiten 4.0 heißt für uns: Gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und
409 betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen, um die Chancen zu nutzen. Mehr
410 selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit
411 und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr **Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit**
412 und für **ihren Arbeitsort erhalten**, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir
413 wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein
414 Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten,
415 finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung
416 betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist
417 hierbei **das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit**
418 **zurückzukehren**. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt
419 sich vor allem bei der Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über
420 Karriere und Berufsleben selbst in der Hand zu behalten.

421 Zudem wollen wir Langzeitkonten für Beschäftigte und Betriebe attraktiver machen. Wenn viel
422 Arbeit anfällt, muss es möglich sein, zusätzlich geleistete Arbeitszeiten anzusparen. In
423 ruhigeren Phasen oder wenn mehr Zeit für die Familie gebraucht wird, kann dann weniger
424 gearbeitet werden. Wir wollen daher prüfen, ob und wie **Langzeitkonten** betriebsübergreifend
425 organisiert werden können.

426 Das Wahlarbeitszeitgesetz soll auch einen rechtlichen Rahmen für mobile Arbeit schaffen.
427 Dabei ist es unser Ziel, dass die Tarifparteien Vereinbarungen dazu treffen. Arbeitgeber sollen
428 begründen müssen, wenn der Wunsch nach mobiler Arbeit abgelehnt wird.

429 Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten weiter nötig! Wir werden eine
430 Klarstellung des **Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit** schaffen, um Belastungen, die sich mit orts-
431 und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen. Zur Verringerung der psychischen
432 Belastungen am Arbeitsplatz werden wir das **Arbeitsschutzrecht** um verbindlichere Regelungen
433 erweitern. Dies betrifft besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen
434 und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte. Die Kontrolle der
435 Einhaltung des Arbeitsschutzes muss verbessert werden.

436 Im Zuge der Digitalisierung werden zunehmend personenbezogene Daten erhoben. Es ist
437 notwendig, durch klare Vorgaben zu regeln, welche Daten zu welchem Zweck und zu welchen
438 Bedingungen im Unternehmen verarbeitet werden dürfen. Zum Schutz vor Missbrauch
439 persönlicher Daten werden wir ein **Beschäftigtendatenschutzgesetz** schaffen.

440 **Mehr Demokratie im Betrieb:**

441 Mitbestimmung ist zentral für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Ausdruck
442 unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann
443 der Wandel in der Arbeitswelt erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen sie gesetzlich stärken.

444 Wir werden den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000**
445 **Beschäftigte senken**. Beschäftigung jenseits der Kernbelegschaften muss künftig systematisch
446 bei den Schwellenwerten für die Drittel- und die paritätische Mitbestimmung berücksichtigt
447 werden.

448 Das deutsche **Mitbestimmungsrecht muss auch auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform**
449 mit Sitz in Deutschland erstreckt werden. Auf der europäischen Ebene setzen wir uns für die
450 Schließung von Schlupflöchern ein, wie sie etwa bei der Gründung einer Europäischen
451 Aktiengesellschaft (SE) zur Vermeidung von Mitbestimmung genutzt werden können.

452 Weiterbildung und betriebliche Qualifizierung nehmen an Bedeutung zu. Deshalb brauchen
453 Betriebsräte hier mehr Mitwirkungsrechte – etwa durch Ausbau des bestehenden Vorschlags-
454 und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein generelles
455 **Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und**
456 **Weiterbildungsmaßnahmen.**

457 Noch immer gibt es zu viele Betriebe ohne betriebliche Mitbestimmung. Wir wollen die
458 Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung durch eine weitere **Vereinfachung des**
459 **Wahlverfahrens** erhöhen. Der **besondere Kündigungsschutz** für die Initiatoren einer
460 Betriebsratswahl muss verbessert werden. Die Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von
461 Fremdbeschäftigung, etwa bei Werkverträgen, müssen gestärkt werden.

462 Der Öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. Die
463 Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der **Personalräte** müssen dementsprechend
464 ausgebaut werden.

465 Gewerkschaftliche Vertrauensleute brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am
466 Arbeitsplatz.

467 **Weiterbildung fördern:**

468 In der Arbeitswelt von morgen **kommt der Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu**. Wir brauchen
469 deshalb eine **Weiterbildungsoffensive**. Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut
470 und aufeinander abstimmt werden – auch in Verbindung mit tariflichen Strategien. Dabei geht
471 es um eine qualifizierte, unabhängige Beratung der Beschäftigten sowie das Recht,
472 Weiterbildung in Anspruch nehmen zu können und dafür auch freigestellt zu werden. Die
473 Kosten der Maßnahmen sowie die Sicherung des Lebensunterhaltes sollten – je nach Nutzen –
474 fair zwischen Betrieb, Gesellschaft und dem oder der Einzelnen aufgeteilt werden. Es muss
475 darum gehen, allen Beschäftigten die gleichen Chancen auf Fort- und Weiterbildung zu
476 ermöglichen: Frauen und Männern, Jüngeren und Älteren, Teilzeitbeschäftigten und

477 Beschäftigten mit Familienpflichten. Wir streben eine in sich schlüssige
478 Weiterbildungsförderung des Bundes an, die wir gemeinsam mit den Tarifpartnern umsetzen
479 wollen. Im Rahmen einer Nationalen Weiterbildungskonferenz müssen die verschiedenen
480 Weiterbildungsinstrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

481 Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und
482 dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer **Bundesagentur für**
483 **Arbeit und Qualifizierung** vorantreiben.

484 Die Arbeitsversicherung darf nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagieren! Auch wer in
485 Beschäftigung ist, soll bereits eine unabhängige Beratung in Anspruch nehmen können. Hier
486 soll aufgezeigt werden, welche beruflichen Perspektiven die Beschäftigten mit ihren
487 vorhandenen Qualifikationen haben und welche Optionen sich für eine berufliche
488 Weiterbildung anbieten. Aufbauend auf der Beratung können im Bedarfsfall **berufsbegleitend**
489 **Qualifizierungsmaßnahmen durch die Arbeitsversicherung gefördert werden**. Alle Bürgerinnen
490 und Bürger sollen perspektivisch nach Eintritt ins Berufsleben über ein persönliches
491 Entwicklungskonto verfügen, das sie für die Absicherung von Weiterbildungszeiten nutzen
492 können. Es soll mit einem öffentlich finanzierten Startguthaben ausgestattet werden.

493 **Soziale Berufe aufwerten:**

494 Menschen, die in Gesundheits-, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen
495 mehr Anerkennung. Wir wollen deshalb eine Beschäftigungspolitik, durch die **soziale**
496 **Dienstleistungen gestärkt werden**. Die Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der
497 Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. Denn die öffentliche Hand legt
498 Rahmenbedingungen sowie die finanzielle Ausstattung fest.

499 Aufgrund der vielfältigen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, werden die
500 sozialen Berufe weiter an Bedeutung gewinnen. Dieser Bedeutungszuwachs muss sich auch im
501 Einkommen widerspiegeln. Deshalb wollen die **sozialen Berufe aufwerten**. Künftig soll aus der
502 vollschulischen Ausbildung eine echte duale Ausbildung werden. Dadurch machen wir sie nicht
503 nur **gebührenfrei**, sondern schaffen zudem eine **Ausbildungsvergütung**! Ein Anreiz, der dazu
504 führen wird, dass auch Männer diese Berufe verstärkt ergreifen. Für die Gesundheitsfachberufe
505 schaffen wir einen bundeseinheitlichen Rahmen. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen
506 Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher
507 **Tarifvertrag Soziales** notwendig.

508 **Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen**

509 Deutschland ist ein starkes Land. Mit starken Unternehmen und einem innovativen
510 Mittelstand, der viele Weltmarktführer hervorbringt. Mit modernen Handwerksbetrieben und
511 Einzelhändlern sowie immer mehr jungen und kreativen Start-ups. Trotz aller Krisen in den
512 vergangenen Jahren zeigt sich: Unsere soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell.
513 Unternehmen sorgen bei der Beschäftigung für ein historisches Rekordniveau. Die
514 Arbeitslosenzahl ist auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten. Die Reallöhne steigen wieder
515 und es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Sie bilden das Rückgrat
516 unserer Arbeitsgesellschaft. Das kommt nicht von selbst, sondern zeigt: Unsere politische
517 Maßnahmen wirken!

518 Für uns bedeutet starke Wirtschaft immer auch, dass alle gerecht an den Erfolgen beteiligt
519 werden. **Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Innovationen und**
520 **Fortschritt.** Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen gefährdet hingegen unsere
521 Zukunftschancen. Das belegen zahlreiche Studien und wird mittlerweile auch von der OECD bis
522 hin zum Weltwirtschaftsforum bestätigt.

523 **Der Schlüssel für den Erfolg unserer Wirtschaft sind höhere Investitionen.** Investitionen zahlen
524 sich um ein Vielfaches aus – für private Investoren, für den Staat und für die Gesellschaft
525 insgesamt. Die SPD wird eine neue **Investitionsoffensive** in Deutschland starten. Wir werden
526 Unternehmen ermutigen und dabei unterstützen, wieder mehr zu investieren. Das gilt auch für
527 Bund, Länder und Kommunen. Wir werden mehr Geld für Forschung und Entwicklung
528 bereitstellen, um Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern. Neue Erkenntnisse
529 aus Wissenschaft und Forschung bieten die Chance, technische, wirtschaftliche und soziale
530 Erneuerungen zu entwickeln. So werden wir den gesellschaftlichen Fortschritt voranbringen.
531 Die Unternehmen in Deutschland sind innovativ! Die **öffentliche Forschungsförderung** leistet
532 dazu einen wichtigen Beitrag.

533 Wir stärken die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und schaffen einen besseren
534 Schutz und mehr Transparenz. Unser Ziel: verbraucherfreundliche Märkte, auf denen sichere
535 Produkte aus guter Arbeit angeboten werden.

536 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland sollen die Möglichkeiten von
537 Digitalisierung und weltweiter Vernetzung nutzen können. Wir investieren in schnelle
538 Glasfaserverbindungen, die überall in Deutschland schnelles Internet ermöglichen. Und wir
539 wollen ein offenes und freies Internet. Dabei sollen Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über
540 ihre Daten behalten.

541 **Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis stärken:**

542 Die Stärke unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der **breiten Wertschöpfungskette** –
543 vom mittelständischen Familienbetrieb über das große Industrieunternehmen, über die
544 regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede. Während andere Staaten in
545 den vergangenen Jahrzehnten einseitig auf Dienstleistungen und die Finanzwirtschaft gesetzt
546 haben, haben wir darauf geachtet, die ganze Bandbreite unserer Wirtschaft zu erhalten. Im
547 Gegensatz zu anderen Ländern haben wir in Deutschland deshalb nach wie vor eine starke
548 Industrie. Diese breite Basis wollen wir weiter ausbauen.

549 Wir wollen, dass Deutschland der Standort der führenden Automobilindustrie bleibt. Die
550 Zukunft des Automobils ist elektrisch. Deshalb ist der **Aufbau einer Batteriezellenfertigung in**
551 **Deutschland von zentraler strategischer Bedeutung.** Hiervon wird abhängen, ob wir auch in
552 Zukunft die gesamte Wertschöpfung des Automobils abdecken können.

553 Industrie 4.0 ist die vierte industrielle Revolution - nach Dampfmaschine, Elektrifizierung und
554 Automatisierung. Jeder dieser Veränderungsprozesse wurde von Sozialdemokratie und
555 Gewerkschaften sozial verträglich gestaltet. Wir werden auch den digitalen Wandel unserer

556 Wirtschaft aktiv begleiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden
557 werden wir daran arbeiten, dass **Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland** wird. Dafür ist
558 es wichtig, dass wir den Mittelstand und das Handwerk in ihrer ganzen Breite für die
559 Digitalisierung gewinnen. Die Vernetzung von Industrie und Mittelstand mit Startups wird
560 über den Erfolg von Industrie 4.0 mitentscheiden. Darin stecken enorme Potenziale – sowohl
561 für den wirtschaftlichen wie auch den gesellschaftlichen Fortschritt. Diesen Wandel werden
562 wir nach sozialen Prinzipien organisieren.

563 Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „**Innovationsmotor Mittelstand**“ werden wir unsere
564 mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen. Dabei stehen Maßnahmen im
565 Mittelpunkt, **die Fachkräfte für die Betriebe sichern, die Innovation fördern und die**
566 **Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten**. Zugleich werden wir den exportorientierten
567 Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.

568 Die Fachkräftesicherung ist das drängendste Problem des Handwerks und vieler
569 mittelständischer Betriebe. In bestimmten Berufszweigen ist es mittlerweile schwierig,
570 Auszubildende zu finden. Daher werden wir unter anderem die Ausbildungs- und
571 Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung der Berufsschulen investieren, ein Recht auf
572 Weiterbildung einführen, Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abbauen und ein
573 modernes Einwanderungsrecht schaffen.

574 Die Grenzen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen lösen sich weiter auf.
575 Unternehmen werden aus gewonnenen Daten neue Geschäftsmodelle mit neuen
576 Dienstleistungen („Smart Services“) entwickeln. Daher werden wir prüfen, inwieweit
577 Förderprogramme für technologische Innovationen auch auf datengetriebene
578 Geschäftsmodelle ausgeweitet werden können, wie zum Beispiel das erfolgreiche **Zentrale**
579 **Innovationsprogramm Mittelstand** (ZIM). Gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern
580 sowie Handwerkskammern wollen wir **regionale Innovationsagenturen** gründen. Sie
581 unterstützen den digitalen Wandel in der Fläche und vor allem den Wissensaustausch
582 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Den Einsatz digitaler Technologie im Mittelstand
583 werden wir anschieben. Für digitale Ausrüstung sollen kleine und mittlere Unternehmen einen
584 Zuschuss erhalten, wenn sie sich zuvor beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept
585 vorlegen. Kleinere und mittelgroße Unternehmen wollen wir durch einen „**Forschungsbonus**“
586 finanziell unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. Gerade
587 mittelständische Unternehmen benötigen diese Förderung, um ihre Wachstumschancen
588 nutzen zu können. Und wir werden die Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und
589 Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern. Nach dem Vorbild
590 von Nordrhein-Westfalen wollen wir außerdem einen **Mittelstands- und Innovationscheck für**
591 **Gesetze** einführen.

592 Die Digitalisierung verändert auch im besonderen Maße den Einzelhandel. Wir wollen die
593 Ergebnisse aus der Dialogplattform Einzelhandel auswerten, um Strategien für lebendige
594 Innenstädte und für die Nahversorgung im ländlichen Raum zu erarbeiten. Es gilt, die Chancen
595 der Digitalisierung für den Handel und die Verbraucherinnen und Verbraucher konsequent zu
596 nutzen.

597 Deutschland profitiert von der weltweit **zunehmenden Nachfrage nach umweltfreundlichen**
598 **Produkten**, Technologien und Dienstleistungen. Hier finden inzwischen hunderttausende
599 Menschen Arbeit. Diese Erfolgsgeschichte der ökologischen Industriepolitik wollen wir
600 fortsetzen. Mit ihrem Energiewende-Know-how haben Unternehmen aus Deutschland beste
601 Absatzchancen in der ganzen Welt. Wir wollen insbesondere **kleine und mittlere Unternehmen**
602 **auf dem Weg in die Weltmärkte mit unserer Außenwirtschaftspolitik unterstützen**. Damit
603 leisten wir auch einen Beitrag für eine globale saubere Energieversorgung.

604 Der **Strukturwandel in der Energiewirtschaft** wird sich fortsetzen. Ganz besondere
605 Herausforderungen sind in den bisher durch die Braunkohle geprägten Regionen in der Lausitz,
606 im Mitteldeutschen wie auch im Rheinischen Revier zu bewältigen. Hier müssen
607 regionalwirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden, die **an die industrielle Tradition dieser**
608 **Regionen anknüpfen und gute Arbeit fördern**. Wir werden diese Herausforderung gemeinsam
609 mit den Gewerkschaften, den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern angehen. Dabei
610 hilft uns die fortschreitende Energiewende. Es werden in großem Umfang neue Technologien –
611 Speicher und Batterien, Entwicklungszentren für Materialien und Prozesstechnik – benötigt.
612 Wir wollen mit Bundesmitteln die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in den betroffenen
613 Regionen zusammenführen.

614 **Unnötige Bürokratie abbauen – Mittelstand entlasten:**

615 Unsere Gesellschaft braucht klare Regeln. **Unnötige Bürokratie hingegen werden wir**
616 **abschaffen**. Unternehmen sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können und nicht auf
617 das Ausfüllen von Formularen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige
618 trifft unnötige Bürokratie besonders hart.

619 Wir werden Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien.
620 Ein gutes Beispiel für Bürokratieentlastung und Investitionserleichterung ist die von uns
621 durchgesetzte Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter.
622 Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft online erledigen lassen. Daher wollen wir
623 für eine schnelle Umsetzung der **Digitalisierung in der Verwaltung** sorgen. Eine moderne und
624 effiziente Verwaltung wird möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Wir
625 wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer sich einfach und sicher mit einer Zugangsberechtigung
626 für alle Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können. Niemand soll seine Daten
627 mehrfach übermitteln müssen. Den jeweiligen Bearbeitungsstand der Verwaltung sollen
628 Antragsteller jederzeit nachvollziehbar können.

629 **Innovationen und Gründergeist:**

630 In Deutschland brauchen wir mehr Bereitschaft für Innovationen und einen noch stärkeren
631 Gründergeist. **Junge Unternehmerinnen und Unternehmer** tragen dazu bei, dass mutige Ideen
632 zu neuen Geschäftsmodellen führen und attraktive Arbeitsplätze entstehen. In ihnen steckt
633 das Potenzial, den Mittelstand von morgen zu bilden.

634 Unser Ziel ist es, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können.
635 Wir wollen, dass **Firmengründer alle Fragen aus einer Hand beantwortet bekommen** – schnell
636 und unbürokratisch. Vor allem E-Government-Lösungen ermöglichen zielgenaue Beratung und
637 erleichtern den Einstieg ins neue Geschäft.

638 Oft scheitern kleine und mittlere Unternehmen an den bürokratischen Hürden für
639 Förderprogramme. Deshalb werden wir die Antragstellung vereinfachen, damit
640 Unternehmensgründer einfach und schnell Unterstützung bekommen und sich voll auf ihr
641 Geschäftsmodell konzentrieren können. Zudem werden wir die **Rahmenbedingungen für**
642 **Wagniskapital** weiter verbessern.

643 Hochschulen sind seit jeher ein wichtiger Ort für Innovationen. Mit einer „**Kultur des Mutes**“
644 wollen wir **junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dafür begeistern, Unternehmen zu**
645 **gründen**. Dazu muss das Thema Unternehmensgründungen stärker in der Lehre verankert und
646 müssen Gründungsfreiemester für Studierende ermöglicht werden. Auch Beschäftigte an
647 Hochschulen sollen ein **Recht auf ein „Gründer-Sabbatical“** bekommen.

648 Außerdem wollen wir mehr Frauen als Gründerinnen fördern und den Anteil der Gründungen
649 von Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen. Dafür brauchen wir neue
650 Beratungsangebote. Die unterschiedlichen Bedingungen in der Stadt und auf dem Land werden
651 wir dabei berücksichtigen.

652 Scheitern darf nicht das Ende für Gründerinnen und Gründer bedeuten. Wir wollen eine **Kultur**
653 **der „nächsten Chance“** etablieren und in diesem Sinne auch das Insolvenzrecht überprüfen.

654 **Wir stärken Genossenschaften!** Denn sie sind eine krisenfeste Unternehmensform in den
655 unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen. Dazu benötigen wir Förderprogramme, die eine
656 starke Mitgliederbeteiligung unterstützen und kleineren Genossenschaften
657 Orientierungshilfen bieten.

658 Für Wachstum und Erfolg brauchen Unternehmen immer auch einen **handlungsfähigen Staat**.
659 Einen Staat, der Impulse für Innovationen setzt. Dabei wollen wir nicht nur technische
660 Produktinnovationen, sondern auch **soziale Innovationen** fördern. Soziale Innovationen sind
661 neue Wege, gesellschaftliche Probleme zu lösen, beispielsweise durch Telearbeit oder
662 Konsummöglichkeiten wie Car-Sharing. Wir wollen offen sein für neue Verfahren und
663 Lösungsstrategien für sämtliche Bereiche unseres Lebens, von der Wirtschaft über das
664 Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz.

665 **Forschung und Entwicklung:**

666 Wir brauchen exzellente Forschung und Entwicklung, um die wirtschaftlichen und
667 gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen zu können. Mit unserer
668 Forschungsförderung wollen wir **Vernetzung, den interdisziplinären Austausch und**
669 **Kooperationen stärker unterstützen**. Die Freiheit der Forschung ist langfristig die wichtigste
670 Voraussetzung für Innovation.

671 Die **Vielfalt der Forschungslandschaft in Deutschland** ist ein wichtiger Standortvorteil.
672 Universitäten, Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, forschende
673 Unternehmen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten hervorragende
674 Arbeit.

675 Forschung braucht eine verlässliche Finanzierung. Bis 2025 wollen wir **3,5 Prozent des**
676 **Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung** aufwenden. Im Rahmen der neuen,
677 dauerhaften Finanzierungsarchitektur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden
678 wir so Innovationen fördern. Den erfolgreichen Pakt für Forschung und Innovation werden wir
679 als wichtige und verlässliche Säule dieser Architektur weiterentwickeln und dabei die
680 Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärken.

681 Wir wollen zusätzliche Möglichkeiten für den Bund schaffen, Forschungseinrichtungen an
682 Hochschulen direkt zu fördern. Die **Forschungsförderung des Bundes für Fachhochschulen**
683 **werden wir verdoppeln**. Für Projekte, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft
684 gefördert werden, wollen wir die Programmpauschale (Overhead) auch nach 2020 fortführen.

685 Wir brauchen **eine nationale Strategie für Hochleistungsrechner**, um die sprunghaft
686 wachsende Nachfrage an Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach Speicher- wie
687 Rechenkapazität besser erfüllen zu können.

688 Wir werden **zukunftsweisende Technologien fördern**, die große Wertschöpfung mit neuen
689 Arbeitsplätzen und Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden. Beispielsweise
690 Technologien in der Gesundheitsforschung, Bio- und Nanotechnologie, Materialforschung oder
691 Robotik. Wir wollen die Übertragung von wissenschaftlichen Erkenntnissen auf die
692 Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen vorantreiben und für bessere
693 Arbeitsbedingungen nutzen. Dafür werden wir die Transferförderung, die
694 Validierungsforschung an der Schnittstelle zwischen Forschung und Anwendung sowie die
695 Arbeits-, Berufsbildungs- und Dienstleistungsforschung weiter ausbauen. Wir stärken
696 wissensbasierte Netzwerke von Wissenschaft, Industrie, Mittelstand und Startups, damit sie
697 ihre zunehmenden Aufgaben in Forschung und Transfer besser wahrnehmen können.

698 Für Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen brauchen wir die Kreativität von
699 Forscherinnen und Forschern. Sie benötigen für ihre Arbeit **wissenschaftliche Autonomie und**

700 **finanzielle Planungssicherheit.** Forscherinnen und Forscher sollen aber auch mehr Spielräume
701 erhalten, um ihre Forschungsthemen unabhängig von kurzfristigen Aussichten auf Nutzen
702 und Verwertungschancen wählen und verfolgen zu können. Wir werden dafür gemeinsam mit
703 der Wissenschaft einen neuen Förderansatz schaffen, in dem potenziell disruptive
704 Innovationen direkt und unbürokratisch ausprobiert werden können.

705 Wir wollen die Akzeptanz **bei Bürgerinnen und Bürgern für neue Technologien erhöhen.** Mit
706 Transparenz, Information und Beteiligung werden wir Befürchtungen abbauen und Ängsten
707 vorbeugen. Die Zivilgesellschaft wird in den Innovationsdialog der Bundesregierung
708 eingebunden. Die Ergebnisse des Dialogs werden veröffentlicht.

709 **Klare Regeln für die Finanzwirtschaft:**

710 Die Realwirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger und auch der Staat brauchen ein Finanz- und
711 Bankensystem, das sicher und verlässlich ist. Wir wollen international die treibende Kraft bei
712 der Kontrolle und Aufsicht der Finanzmärkte werden. Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt
713 und kein Finanzakteur darf zukünftig ohne Regulierung und ohne Kontrolle sein.

714 Auf internationaler und auf EU-Ebene gibt es Bestrebungen, eine klare und angemessene
715 **Verschuldungsquote für Banken** einzuführen. Das unterstützen wir. Wenn eine Bank in
716 Schieflage gerät, sollen vorrangig ihre Anteiligeigentümer und deren vermögende Gläubiger
717 haften (Bail-in-Prinzip). Wir setzen uns für eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels von
718 Banken und eine **klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanking** ein. Damit werden
719 hochriskante Spekulationen eingedämmt.

720 Für Finanzinstitute außerhalb des Banken- und Versicherungssektors, zum Beispiel Hedgefonds
721 und andere Schattenbanken, fordern wir einen Kriterienkatalog zur Prüfung ihrer Bedeutung
722 für das Finanzsystem. Solche **systemrelevanten Finanzinstitute sollen verbindlichen**
723 **Eigenkapitalanforderungen und einer Aufsicht unterliegen.**

724 Beim Derivatehandel wollen wir die Regulierung von unbesicherten „over the counter“-
725 Geschäften zügig vollenden und bank- und börseninterne Handelsplattformen für den
726 anonymen Handel mit Finanzprodukten („dark pools“) der Aufsicht unterstellen.

727 **Mindesthaltefristen zur Begrenzung des Hochfrequenzhandels** sind ein sinnvolles Instrument.

728 Wir wollen die Rolle von Rating-Agenturen bei der Prüfung und Einschätzung von Risiken und
729 im Beratungsgeschäft deutlich einschränken und besser regulieren. Dazu wollen wir das
730 **Rating-Geschäft klar von der Beratung trennen** und noch mehr als bisher dafür sorgen, dass
731 sich hoheitliches Handeln seltener auf private Ratings bezieht.

732 Regional tätige Finanzinstitute wie **Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken**
733 sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir sehen
734 sie als wichtige Säule für die Stabilität im Finanzsystem und kämpfen daher für ihren Erhalt.
735 Wir werden bei der Regulierung danach unterscheiden, ob es sich um Sparkassen,
736 Genossenschaftsbanken und Förderbanken handelt oder um systemrelevante Großbanken.

737 Wir wollen kleine, junge und innovative Finanzdienstleister (FinTechs) bei der
738 Gründungsfinanzierung unter eine vereinfachte Aufsicht stellen. Gute Beratung und der Schutz
739 der Kunden dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden.

740 Deutschland ist ein wichtiger Finanzstandort. Wir wollen ihn stärken und weitere Finanz- und
741 Regulierungsinstitutionen ansiedeln. Wir unterstützen das Ziel, einen einheitlichen
742 europäischen Kapitalmarkt zu schaffen. Außerdem setzen wir uns für die **Einführung der**
743 **Finanztransaktionssteuer** ein.

744 **Verbraucherschutz stärken:**

745 Wir benötigen im Verbraucherschutz gute Gesetze und ihre wirksame Durchsetzung, damit
746 **Recht bekommt, wer Recht hat.** Qualifizierte Verbände sollen rechtliche Streitigkeiten, die viele
747 Verbraucherinnen und Verbraucher betreffen, mit nur einer Klage vor Gericht

748 **(Musterfeststellungsklage)** klären lassen können. Verbraucherorganisationen können schon
749 heute bestimmte Verbraucherrechte auf dem Weg der **Verbandsklage** durchsetzen. Wir
750 werden diese Möglichkeit weiter ausbauen.

751 Der vorzeitige Verschleiß von Produkten ärgert Verbraucherinnen und Verbraucher und
752 schadet der Umwelt. Daher müssen **Gewährleistungs- und Garantieansprüche im Alltag besser**
753 **durchsetzbar sein**. Hierfür sollen Produkte und elektrische Geräte bezüglich ihrer Lebensdauer
754 nachvollziehbar und vergleichbar gekennzeichnet werden. Auch die Reparatur- und
755 Updatefähigkeit von Produkten muss erhöht und europaweit besser geregelt werden. Für die
756 Vergabe von Nachhaltigkeitsiegeln werden wir verbindliche Prüfkriterien einführen.

757 Auch in der digitalen Wirtschaft gilt der Verbraucherschutz. Bürgerinnen und Bürgern müssen
758 Produkte und Dienstleistungen aus dem Internet sicher nutzen können. Das persönliche Profil
759 aus Daten ermöglicht es im Internethandel, Waren und Dienstleistungen an die Wünsche und
760 Bedürfnisse einzelner Verbraucherinnen und Verbraucher anzupassen. Es lässt aber auch zu,
761 dass sich etwa die Höhe der aufgerufenen Preise an Zahlungsfähigkeit, Alter, Wohnort oder
762 anderen Faktoren ausrichtet. **Unfaire individuelle Preisbildung als Folge der Profilbildung aus**
763 **Nutzerdaten lehnen wir ab**. Gegen einen solchen Missbrauch werden wir wirksame
764 Regelungen treffen.

765 Beim „Scoring“, also der individuellen Risikovorhersage für einzelne Verbraucherinnen und
766 Verbraucher, müssen die herangezogenen Daten und ihre Gewichtung der Aufsicht offengelegt
767 werden. Es soll klare Regeln für **Löschfristen und Löschpflichten für negative, falsche und**
768 **veraltete Einträge** geben.

769 **Wir stärken die Rechte von Finanzkunden**, denn sie sollen sich bei Bank-, Börsen- und
770 Versicherungsgeschäften sicher und auf Augenhöhe mit Finanzdienstleistern bewegen können.
771 Dafür wollen wir Auskunftssysteme regulieren und für umfassende Transparenz bei der
772 Beratung sorgen – unter anderem durch die Stärkung der Honorarberatung als Alternative zu
773 einer Beratung auf Provisionsbasis. Die **Kontrolle der Finanzanlagenvermittler** über die
774 Gewerbeordnung wollen wir auflösen. Sie soll der Bundesanstalt für
775 Finanzdienstleistungsaufsicht unterstellt werden, um zu einem einheitlichen Aufsichtsrecht zu
776 gelangen.

777 Smartphone-Apps nehmen eine immer wichtigere Rolle in vielen Bereichen des Lebens ein. Wir
778 wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer vor einem Download umfassend, klar und verständlich
779 informiert werden. Sie sollen die **Funktionen einer App zuverlässig einschätzen** können.
780 Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Kontrolle über ihre Daten haben. Dazu gehört
781 auch, dass sie ihre Daten auf neue Geräte anderer Hersteller mitnehmen können. Es geht uns
782 um Wahlfreiheit in neuen digitalen Märkten. Dafür brauchen wir Wettbewerb. So dürfen hohe
783 Kosten bei einem Anbieterwechsel (Netzwerk- und Lock-In-Effekte) nicht dazu führen, dass
784 Kundinnen und Kunden beispielsweise nur schwer ihren Mobilfunkanbieter wechseln können.

785 Auch gegenüber **Vermittlungsplattformen (Sharing Economy)** werden wir Verbraucherrechte
786 stärken: mehr Informationen für Nutzerinnen und Nutzer und bessere Absicherung gegen
787 gravierende Risiken. Bei der kartellrechtlichen Bewertung der Plattformen sollen neben dem
788 reinen Umsatz auch der Wert von Nutzerzahlen und personenbezogene Daten eine Rolle
789 spielen, um Monopole zu verhindern und Pluralität der Anbieter sicherzustellen.

790 Die Produkt- und Herstellerhaftung werden wir so anpassen, dass auch Schäden aufgrund von
791 Programmierfehlern oder unzureichenden Verschlüsselungen so geregelt sind, wie Schäden
792 aufgrund von Produktionsfehlern.

793 Das Geldabheben an fremden Bankautomaten ist in Deutschland eine Kostenfalle. Wir wollen
794 eine **Begrenzung der Gebühren beim Abheben von Bargeld an fremden Bankautomaten**.
795 Aktuelle Überziehungszinsen von bis zu 14 Prozent treffen besonders Menschen, die

796 überschuldet sind und kein anderes Girokonto eröffnen können. Daher **werden wir einen**
797 **„Dispo-Deckel“** einführen.

798 Wir wollen rechtswidrig erworbene Gewinne deutlich besser abschöpfen können und die
799 **abgeschöpften Gewinne zur Finanzierung der Verbraucherberatung und -information**
800 verwenden.

801 Bei digitalen Finanztransaktionen brauchen wir die freie Wahl des Zahlungsdienstleisters und
802 höchstmögliche Sicherheit und Datenschutz. Wir setzen uns für ein Recht auf anonymes
803 bargeldloses Bezahlen unter Berücksichtigung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen
804 bspw. zum Jugendschutz und zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus ein.

805 Die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband werden wir weiter fördern und ihren
806 Status als **Marktwächter ausbauen**. Auch staatliche Aufsichtsbehörden wie das
807 Kraftfahrzeugbundesamt sollen sich verstärkt um Verbraucherinteressen kümmern. Das
808 Bundesamt für Justiz werden wir zu einem **Bundesamt für Justiz und Verbraucherschutz**
809 ausbauen und mit Kompetenzen für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz ausstatten. Die
810 unabhängige Verbraucherforschung werden wir weiter fördern.

811 **Digitalisierung in der Stadt und auf dem Land:**

812 Im Jahr 2025 wollen wir in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen haben.
813 Wir schaffen **„Breitband für alle“**, auch um die digitale Spaltung zwischen städtischen
814 Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden. Wir werden eine flächendeckende
815 digitale Infrastruktur sicherstellen.

816 Die Versorgung mit schnellerem Internet, das heißt mit einer Datengeschwindigkeit von
817 mindestens 50 Megabit pro Sekunde, soll nur ein erster Zwischenschritt bis 2018 sein. Unser
818 Ziel: Ein Gigabitnetz. Dafür werden wir **in Glasfasernetze investieren**. Bis 2025 sollen mehr als
819 90 Prozent aller Gebäude damit versorgt sein.

820 Die Entwicklung der 5. Generation der mobilen Datenübertragung (5G-Standard) werden wir
821 weiter vorantreiben. Dafür müssen die Antennenstandorte mit Glasfaser erschlossen werden.
822 Die Mobilfunktechnologie schafft weitere notwendige Bandbreiten.

823 WLAN, also ein offenes drahtloses Internet, ist Teil einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir
824 wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen **offene und kostenfreie WLAN-Hotspots** verfügbar
825 machen.

826 Wir wollen die Gleichbehandlung bei der Datenübertragung im Internet und den
827 diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen. Diese **Netzneutralität ist entscheidend für das**
828 **offene und freie Internet** sowie für fairen Wettbewerb. Die europäischen Aufsichtsbehörden
829 und die Bundesnetzagentur müssen den Internetanbietern klare und umfassende
830 Mindestversorgungspflichten auferlegen. Die genehmigungsfähigen Ausnahmen vom Prinzip
831 der Netzneutralität sollen dabei eng begrenzt werden.

832 **Datensicherheit und digitale Grundrechte:**

833 Ziel unserer Datenpolitik ist es, das **Recht auf Privatsphäre** zu gewährleisten. Gleichzeitig
834 wollen wir das wirtschaftliche Potenzial von Daten nutzen, denn Datenschutz und Big Data
835 schließen sich nicht aus. Wir werden klare Regelungen schaffen, wie Daten verfügbar gemacht
836 werden können und wer welche Daten wann, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen
837 verwenden darf. Bürgerinnen und Bürger sollen zu jeder Zeit einen Überblick über die
838 Verwendung ihrer Daten haben. Es dürfen keine neuen Datenmonopole entstehen.
839 Personenbezogene Daten sind dabei besonders schützenswert. Nutzerinnen und Nutzer
840 müssen grundsätzlich einwilligen, wenn personenbezogene Daten über sie erhoben, genutzt
841 oder verwendet werden. Datenspeicher und Netzwerke müssen besser gegen illegale Zugriffe
842 von außen gesichert sein.

843 Die Aufgabe von Datenpolitik ist auch, Antworten auf zukünftige Entwicklungen zu liefern und
844 den rechtlichen Rahmen vorzugeben. Aus der Verknüpfung von Daten, den zunehmenden
845 Umgang mit neuen Technologien – wie autonomem Fahren und dem Einsatz von künstlicher
846 Intelligenz – ergeben sich viele **neuartige rechtliche und ethische Fragen**. Diese wollen wir in
847 einem umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft klären.

848 Mit der wachsenden Bedeutung des Internets und der wachsenden Abhängigkeit von
849 vernetzter Technik wird die Frage nach Sicherheit im Netz zugleich zur Frage nach der
850 Sicherheit vieler wichtiger anderer Bereiche. Der NSA-Skandal und die Internetkriminalität
851 verunsichern die Menschen. Wir wollen das Freiheitsversprechen des Netzes zurückgewinnen.
852 Der Erfolg des Netzes beruht gerade auf seiner freiheitlichen und offenen Architektur, die wir
853 erhalten und ausbauen wollen. Wir setzen uns für Regelungen auf internationaler Ebene ein,
854 mit denen wir Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und öffentliche Institutionen vor
855 Ausspähung und Cyberangriffen schützen wollen. **Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“**,
856 das die digitalen Grundrechte definiert. Vor diesem Hintergrund wollen wir Deutschland und
857 Europa als führenden Standort für Datenschutz und IT-Sicherheit etablieren und werden
858 innerhalb der EU für eine digitale Grundrechtecharta werben.

859 Wir wollen Hürden in der Nutzung und beim Angebot von digitalen Dienstleistungen für
860 Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen in ganz Europa abbauen. Wer in Deutschland
861 etwa als Startup mit Dienstleistungen an den Markt geht, ist damit sogleich Teil des gesamten
862 europäischen Binnenmarktes. Hindernisse für das grenzüberschreitende digitale Wirtschaften
863 werden wir konsequent abbauen. Die Aufsicht über digitale Dienste in Europa wollen wir
864 eindeutig regeln.

865

866 **Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat**

867 Unser Sozialstaat ist eine Errungenschaft. Er sorgt für sozialen Ausgleich, stärkt unsere
868 Wirtschaft und gibt den Menschen die Sicherheit, die sie brauchen, um über ihr Leben selbst zu
869 bestimmen.

870 Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, nach jahrzehntelanger Arbeit im Alter
871 ein auskömmliches Einkommen zu beziehen und bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit
872 bestmöglich versorgt zu sein. Und beim Verlust des Arbeitsplatzes erwarten sie eine gute
873 Absicherung. Ein Sozialstaat, der die Bürgerinnen und Bürger unterstützt, erhöht die Sicherheit
874 und fördert gesellschaftlichen Fortschritt und Wandel. Wir werden den Sozialstaat noch besser
875 machen, damit sich in Zukunft alle auf ihn verlassen können.

876 Männer und Frauen, die ihren Job verloren haben, sollen schnell wieder gute Arbeit finden. Wir
877 werden die Menschen durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützen. Gleichzeitig
878 schaffen wir mehr Sicherheit durch eine starke Arbeitslosenversicherung.

879 Der medizinische Fortschritt soll wieder gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern
880 finanziert werden. Und wir sorgen dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen
881 können, unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste medizinische und pflegerische
882 Versorgung zu bekommen. Dafür schaffen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen
883 und durch die alle die notwendigen medizinischen Leistungen bekommen. Eine Zwei-Klassen-
884 Medizin soll es nicht länger geben. In der Alterssicherung gilt für uns der Grundsatz: Nach
885 jahrzehntelanger Arbeit ermöglicht die Rente ein angemessenes Leben im Alter. Der Sozialstaat
886 ist für alle da, deshalb werden wir auch neue Beschäftigungsformen wie die Solo-
887 Selbstständigkeit absichern und in die Sozialversicherungen einbeziehen.

888 **Stärkung der Arbeitslosenversicherung:**

889 Die neue Arbeitswelt 4.0 eröffnet Chancen – stellt uns aber auch vor die Herausforderung, die
890 Beschäftigten neu abzusichern. Sie sollen im Laufe ihres Erwerbslebens so unterstützt werden,
891 dass sie gar nicht erst länger arbeitslos bleiben. Und in einer Phase der Arbeitslosigkeit sollen
892 sie vorhandene Qualifikation ausbauen können. Wir werden ein **Recht auf Weiterbildung**
893 einführen. Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen
894 von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um
895 so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Das Recht auf Weiterbildung beinhaltet eine
896 umfassende Kompetenzerfassung aller Fähigkeiten und Begabungen. Darauf baut eine gezielte
897 Weiterbildungsberatung auf. Weiterbildungsmaßnahmen können auch darin bestehen, dass
898 ein Berufsabschluss nachgeholt oder eine Umschulung begonnen wird. Hier werden wir eng
899 mit den Gewerkschaften und Betrieben vor Ort zusammenarbeiten. Für die Dauer der
900 Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll es ein neues **Arbeitslosengeld Q** (ALG Q) geben.
901 Das werden wir einführen. Der Bezug des ALG Q wird nicht auf das Arbeitslosengeld
902 angerechnet. Die Höhe des ALG Q entspricht dem Arbeitslosengeld. Nach Beendigung einer
903 Qualifizierungsmaßnahme setzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld erneut nach den bisherigen
904 Regeln ein.

905 Ein großer Teil der Arbeitslosen befindet sich derzeit nicht mehr im System der
906 Arbeitslosenversicherung, sondern in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Wir werden die
907 **Arbeitslosenversicherung wieder stärken**. Viele Arbeitslose erhalten kein Arbeitslosengeld, da
908 sie innerhalb der letzten zwei Jahre, der sogenannten Rahmenfrist, nicht mindestens zwölf
909 Monate beitragspflichtig gearbeitet haben. Obwohl sie in der Regel Beiträge zur
910 Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, erhalten sie keine Leistungen mehr aus der
911 Versicherung. Das werden wir ändern. Wer innerhalb von drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit
912 mindestens zehn Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, soll künftig bereits
913 Arbeitslosengeld erhalten.

914 Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen
915 längeren Zeitraum arbeitslos sind. Wir wollen **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren** und
916 werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Das Bundesprogramm „Soziale
917 Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen. Alle Angebote
918 der Arbeitsförderung müssen so ausgestaltet werden, dass sie es auch Männern und Frauen
919 mit Familienaufgaben ermöglichen, erfolgreich daran teilzunehmen. Für Alleinerziehende
920 machen wir gezielte Angebote. Auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von
921 Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II
922 haben, werden wir in Zukunft Weiterbildungsangebote machen.

923 Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen.

924 Außerdem werden wir das **Schonvermögen im SGB II verdoppeln**.

925 **Eine Bürgerversicherung für alle:**

926 Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die
927 **paritätische Bürgerversicherung**. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden
928 wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den
929 einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.

930 Alle erstmalig und bislang gesetzlich **Versicherten werden wir automatisch in die**
931 **Bürgerversicherung aufnehmen**. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der
932 Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die öffentlichen Arbeitgeber
933 können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen
934 Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der
935 Behandlungskosten direkt übernehmen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die
936 Bürgerversicherung wechseln möchten. Die Finanzierung der Bürgerversicherung muss gerecht
937 sein. Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch finanziert werden. Darüber hinaus ist
938 es unser Ziel, **Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen zu entlasten**. Auch in
939 der **Pflege** soll es die **Bürgerversicherung** geben.

940 Mit der Bürgerversicherung schaffen wir eine **einheitliche Honorarordnung** für Ärztinnen und
941 Ärzte. Bislang werden Privatpatientinnen und -patienten oftmals bevorzugt, da ihre
942 Behandlung höher vergütet wird. Das werden wir beenden. Damit richtet sich die Vergütung
943 medizinischer Leistungen nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht danach,
944 ob sie privat oder gesetzlich versichert sind.

945 **Gesundheitsversorgung sicherstellen:**

946 Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In
947 City-Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie medizinische Versorgung oft
948 Standard. Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für
949 Stadtteile mit sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir **eine integrierte Bedarfsplanung der**
950 **gesamten medizinischen Versorgung**. Die Vorbeugung von Krankheiten (Prävention) und die
951 Rehabilitation beispielsweise nach einer schweren Erkrankung müssen im Rahmen dieser
952 Planung gestärkt und auch die Pflege einbezogen werden. Wir brauchen darüber hinaus mehr
953 Hausärztinnen und Hausärzte als heute, denn sie sind die erste Anlaufstelle im Krankheitsfall.

954 Wir setzen uns für **mehr und besser bezahltes Pflegepersonal** in Krankenhäusern ein. Eine gute
955 und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal.
956 Deshalb wollen wir Personalstandards umsetzen. Altenpflegerinnen und Altenpfleger leisten
957 eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden ein
958 **Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege** umsetzen, um kurzfristig Entlastung für
959 die Beschäftigten zu schaffen. Wir brauchen außerdem bessere Arbeitsbedingungen in der
960 Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist
961 dazu ein wichtiger Beitrag.

962 Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterinnen beim Start ins Leben – vor,
963 während und nach der Geburt. Wir müssen den Beruf attraktiver machen und die
964 Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung
965 widerspiegeln.

966 Wichtig ist auch, mehr Geld für notwendige Investitionen in Krankenhäuser zur Verfügung zu
967 stellen. Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr
968 geschlossen werden.

969 Wir wollen, dass **medizinische Neuerungen schnell und zu fairen Preisen** vom ersten Tag an
970 verfügbar sind. Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei den Arzneimittelpreisen in der
971 Spitzengruppe. Sie dürfen in einem solidarisch finanzierten System aber nicht nur vom Markt
972 bestimmt werden, sondern müssen auch ethisch vertretbar sein. Deshalb soll auch in Zukunft
973 immer wieder neu bestimmt werden, ob neue Medikamente sicher und notwendig sind – und
974 zu welchen Preisen sie solidarisch finanziert werden.

975 Der weitere **Ausbau telemedizinischer Anwendungen** ist für unser Gesundheitssystem immens
976 wichtig. Denn in der Telemedizin liegt ein großes Innovationspotenzial. Sie ermöglicht
977 beispielsweise auch bei räumlicher Entfernung medizinische Beratung durch den Arzt. Gerade
978 in dünn besiedelten Regionen werden telemedizinische Anwendungen in Zukunft dabei helfen,
979 die Versorgung von Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Wir werden die Telemedizin
980 zur Verbesserung der Versorgung nutzen und mit der Telematik-Infrastruktur eine Plattform
981 für ein zeitgemäßes Zusammenwirken von ambulantem und stationärem Bereich, von
982 Rehabilitation und Pflege schaffen. Mit einer Telematikinfrastruktur und der elektronischen
983 Gesundheitskarte schaffen wir ein digital **vernetztes Gesundheitswesen mit einem**
984 **beispiellosen Schutzniveau** der sensiblen Daten. Der Zugang der Patienten zu ihren Daten wird
985 durch ein digitales Patientenfach sichergestellt.

986 Wir werden Patientenrechte stärken und einen **Patientenentschädigungsfonds** als Stiftung des
987 Bundes schaffen. Der Fonds unterstützt Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern,
988 wenn haftungsrechtliche Systeme nicht greifen.

989 **Gesund leben:**

990 Gesundheitliche Vorsorge und Vorbeugung soll von allen verantwortlichen Aufgabenträgern –
991 von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen – gemeinsam finanziert werden. Wir
992 werden Maßnahmen zur Prävention in Kita, Schule und Pflegeeinrichtungen unterstützen und
993 ein Programm „**Gesunde Stadt**“ auflegen. Es soll eng mit dem Programm „Soziale Stadt“
994 verknüpft werden. Vorbeugende Maßnahmen für eine gesündere Ernährung und für mehr
995 Bewegung an Schulen und Tagesstätten werden ebenso unterstützt wie stadtplanerische
996 Maßnahmen zur Verringerung von Schadstoffbelastung.

997 **Rente:**

998 Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Die Reformen der vergangenen
999 Jahre wirken, die Erwerbsbeteiligung ist so hoch wie nie zuvor. Der Beitragssatz der
1000 gesetzlichen Rentenversicherung bleibt bis 2020 stabil. Gleichzeitig steigen die Renten spürbar
1001 – auch dank des Mindestlohns. 2016 gab es die größten Rentenerhöhungen seit 23 Jahren.

1002 Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutschland aber vor großen Herausforderungen.
1003 Unser Ziel: das **Rentenniveau zu stabilisieren**. Wer jahrzehntlang gearbeitet hat, verdient eine
1004 angemessene Rente, ohne auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Arbeitsleistung soll sich
1005 in der Rente widerspiegeln! Unterschiedliche Erwerbsphasen, wie verringerte Arbeitszeit
1006 während der Kindererziehung oder unterschiedliche Erwerbsformen wie Solo-Selbständigkeit,
1007 werden wir absichern. Auch bei Erwerbsminderung werden wir die Rente stärken.

1008 Viele arbeiten heute vielfältiger und wechseln zwischen abhängiger Beschäftigung und
1009 Selbstständigkeit. Das birgt Risiken für die soziale Absicherung. Und das wollen wir für das

1010 Rentensystem berücksichtigen. Menschen sollen auch im Alter ein gutes Leben führen können
1011 und vor Armut geschützt sein. **Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit auch zu einer Absicherung für**
1012 **das Alter beitragen.**

1013 Wir halten an dem Grundsatz „Prävention vor Reha vor Rente“ in der Rentenversicherung fest.
1014 Wir brauchen eine **Reha-Offensive für das Wohl der Menschen und für das Wohl vieler**
1015 **Unternehmen**, die ihre engagierten Fachkräfte im Betrieb benötigen. Gute Vorbeugung und
1016 Rehabilitation verringert das Risiko von Frühverrentungen aufgrund einer Krankheit und
1017 erhöht die Chancen, nicht frühzeitig auf Pflege angewiesen zu sein.

1018 **Selbständige besser absichern:**

1019 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen auf den Wandel der Arbeit ausgerichtet werden.
1020 So erfolgt zum Beispiel selbständige Tätigkeit heute viel häufiger als früher im Wechsel mit
1021 abhängiger Beschäftigung – teilweise sogar parallel dazu. Gleichzeitig arbeiten viele
1022 Selbständige „solo“, also ohne Angestellte. Zum Teil haben sie nur ein geringes Einkommen
1023 und verdienen den gleichen Schutz wie Beschäftigte.

1024 Die gesetzliche Krankenversicherung machen wir für Selbständige mit geringem Einkommen
1025 günstiger. Dazu werden wir die Bemessung der Beiträge für Selbständige
1026 einkommensabhängig ausgestalten und so die Beiträge bei geringen Einkommen senken. Wir
1027 wollen für Selbständige in Zukunft eine **Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen**
1028 **Rentenversicherung**. Ausnahmen gelten für Selbständige, die Mitglied in einem bestehenden
1029 Versorgungswerk sind. Für alle heute bereits selbständig Tätigen wollen wir eine großzügige
1030 Übergangsregelung, die sich an Altersgrenzen und am Umfang der bereits geleisteten Vorsorge
1031 orientiert. Für Selbständige, die sich in der Arbeitslosenversicherung versichern, sollen künftig
1032 ebenfalls einkommensbezogene Beiträge erhoben werden.

1033 **Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben**

1034 Unser Staat benötigt Einnahmen, um in die Zukunft investieren zu können: in unsere Kinder, in
1035 leistungsfähige Infrastruktur und in den sozialen Zusammenhalt. Die notwendigen Ausgaben
1036 müssen gerecht und solide finanziert werden.

1037 Es ist gerecht, wenn diejenigen, die hart arbeiten, nicht schlechter dastehen als jene, die ihr
1038 Geld für sich arbeiten lassen. Vor allem wollen wir die entlasten, die jeden Euro zweimal
1039 umdrehen müssen, obwohl sie mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass unser Gemeinwesens
1040 funktioniert.

1041 Es ist wichtig, dass wir stärker in die Betreuung und Bildung unsere Kinder investieren – denn
1042 sie sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern brauchen unsere besondere Unterstützung.

1043 Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute
1044 Entwicklung unseres Landes. Für mehr soziale Stabilität werden wir die wachsende Kluft
1045 zwischen Arm und Reich verringern. Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen sollen
1046 dazu einen angemessenen Beitrag leisten. Das ist nicht nur gerecht, sondern im Interesse aller.

1047 Die Bekämpfung von Steuerbetrug hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wer sein Geld
1048 am Fiskus vorbeischleust, schadet den Ehrlichen. Das ist unanständig. Wir machen Politik für
1049 die Anständigen.

1050 **Familien sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten:**

1051 Wir entlasten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Mehrheit der
1052 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll mehr Netto vom Brutto haben. Das ist unser Ziel.

1053 Wir werden auch Familien im Steuerrecht wirksam entlasten. Das heutige Ehegattensplitting
1054 geht an fast jeder zweiten Familie mit Kind vorbei: Alleinerziehende, unverheiratete Paare,
1055 aber auch Ehepartner mit in etwa gleich hohem Einkommen sind von diesen Vorteilen
1056 ausgeschlossen. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

1057 Hinzu kommt: Vom derzeitigen System aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen profitieren vor
1058 allem Familien mit höheren Einkommen. Das ist ungerecht.

1059 Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen. Ein neues Familiensplitting soll das alte
1060 Ehegattensplitting ersetzen und auf die Förderung von Kindern ausgerichtet sein. Das gilt für
1061 Verheiratete wie unverheiratete Eltern mit Kindern. Partner in heute schon bestehenden Ehen
1062 sollen wählen können, ob sie das alte Splittingsystem behalten oder in den neuen Familientarif
1063 wechseln wollen. Alleinerziehende mit kleinem Einkommen werden damit gezielt gestärkt.
1064 Denn Alleinerziehende haben in Deutschland das höchste Armutsrisiko.

1065 Armut von Kindern werden wir bekämpfen. Besonders Familien mit drei und mehr Kindern
1066 stehen vor finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Um sie besser zu
1067 unterstützen, wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das
1068 Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.

1069 **Vermögende tragen Verantwortung:**

1070 Besonders vermögende Bürgerinnen und Bürger sollen und können einen höheren Beitrag zur
1071 Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung von unteren und mittleren
1072 Einkommen leisten. Wir lehnen pauschale Steuersenkungen, in denen Spitzenverdienerinnen
1073 und -verdiener wie auch Menschen mit großen Vermögen zusätzlich entlastet werden, ab.

1074 Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir wieder gleich besteuern, indem wir die
1075 Abgeltungsteuer abschaffen. Große Erbschaften werden wir stärker besteuern. Dafür wollen
1076 wir eine umfassende Erbschaftsteuerreform mit hohen Freibeträgen, damit nicht das normale
1077 Haus der Eltern oder Großeltern betroffen ist. Wir wollen eine Umsatzsteuer für
1078 Finanzprodukte, die so genannte **Finanztransaktionssteuer**, mit einer breiten
1079 Bemessungsgrundlage und mit einfachen Steuersätzen. Auf alle Produkte des täglichen

1080 Bedarfs zahlen wir Mehrwertsteuer. Es ist nicht einzusehen, warum das für
1081 Finanztransaktionen im großen Stil nicht gelten soll. Besondere steuerliche Privilegien für
1082 einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und Mega-Erbschaften, werden wir zurücknehmen
1083 und steuerliche Subventionen überprüfen.

1084 Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft
1085 in einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten
1086 befinden. Tatsächlich verdienen viele Manager das 50 oder gar 100 fache ihrer Beschäftigten.
1087 Wir werden die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen.
1088 Maßlosigkeit darf nicht auch noch zu Lasten der Allgemeinheit der Steuerzahler gehen.

1089 **Steuerbetrug bekämpfen:**

1090 **Steuerbetrug ist kriminell.** Es kann nicht sein, dass hart arbeitende Menschen und
1091 Unternehmen – von der Bäckermeisterin bis zur Aktiengesellschaft – ehrlich ihre Steuern
1092 zahlen und andere ihre Steuern kleinrechnen oder hinterziehen. Manche lassen sich sogar
1093 Steuern „zurückerstatten“, die nie gezahlt wurden. Das verursacht Schäden in Milliardenhöhe
1094 für unsere Gesellschaft.

1095 Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche werden wir daher hart bekämpfen. In
1096 Deutschland wollen wir einen **gerechten Steuervollzug** – von der Steuererhebung bis zur
1097 Steuerprüfung. Wir wollen, dass alle Bundesländer ihre Steuerfahndungen und
1098 Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen. Sämtliche aus einer Straftat erlangten
1099 Vermögenswerte und alle rechtswidrigen Gewinne sollen konsequent eingezogen werden – so
1100 auch große Vermögen, deren Herkunft nicht geklärt ist. Wir drehen die Beweislast um. Beim
1101 Umsatzsteuerbetrug spielen manipulierte Registrierkassen eine wichtige Rolle. Das werden wir
1102 unterbinden.

1103 Wir akzeptieren keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas. Deshalb wollen wir eine
1104 europäische Angleichung der Unternehmensbesteuerung. Mit der Einführung einer
1105 gemeinsamen Bemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen werden wir fairen
1106 Wettbewerb sichern.

1107 Die Enthüllungen durch die „Panama-Papiere“ haben deutlich gemacht, dass wir ein
1108 lückenloses Programm zur Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug auf internationaler
1109 Ebene brauchen. **Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und international**
1110 **durchgesetzt werden.** Neben der Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler
1111 Steuersysteme kommt es darauf an, die Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -
1112 vermeidung zu stoppen. Die hohen Geldbeträge, die auf diesem Weg am Fiskus vorbei ins
1113 Ausland fließen, fehlen uns für Investitionen in unsere Zukunft. Seit 2017 gibt es durch den
1114 automatischen Informationsaustausch eine verbesserte Transparenz. Die **Initiative für fairen**
1115 **internationalen Steuerwettbewerb** (BEPS-Initiative) geht darüber hinaus. Wir wollen sie
1116 vollständig umsetzen. Damit verhindern wir, dass Unternehmen ihre Gewinne durch
1117 Gewinnverschiebungen künstlich kleinrechnen und sich ihrer Steuerverantwortung entziehen.
1118 Wir wollen zudem ein **europäisches Unternehmensregister**, in dem alle Eigentümer,
1119 Begünstigte wie auch die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden
1120 transparent aufgeführt sind. Die „schwarze Liste“ der Steueroasen der OECD werden wir
1121 wieder einführen und reine Vermögensanlagen in den Staaten auf dieser Liste einschränken.
1122 Bei Geschäftsbeziehungen müssen die Beteiligten nachweisen, dass es keine Transaktionen mit
1123 Briekastenfirmen gibt. Wir wollen ein **Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten**
1124 und harte Sanktionen für Banken, die sich nicht an die Regeln halten – bis hin zum Entzug der
1125 Banklizenz.

1126

1127 **Es ist Zeit für ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land**

1128 Unsere Städte und Gemeinden sind Heimat und Zuhause. Hier spielt sich das Leben ab. Hier
1129 entscheiden sich Lebenschancen und ob der gesellschaftliche Zusammenhalt klappt. Wir
1130 wollen, dass die Menschen sich dort zu Hause fühlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben -
1131 ob in der Stadt oder auf dem Land. Das sind für uns keine Gegensätze: **Stadt und Land gehören**
1132 **zusammen!**

1133 Die eigenen vier Wände sind entscheidend für ein gutes Leben. Deshalb müssen die Mieten
1134 auch in den Metropolen bezahlbar bleiben. Viele haben auch den Traum von einer eigenen
1135 Wohnung oder einem eigenen Haus. Wir wollen dabei helfen, diesen Traum zu verwirklichen
1136 und werden den Erwerb von Wohneigentum stärker fördern. Im ländlichen Raum sorgen wir
1137 für eine starke öffentliche Infrastruktur, damit keine Region abgehängt wird.

1138 Insgesamt brauchen wir auch weiterhin eine gute Finanzausstattung der Kommunen, die die
1139 Daseinsvorsorge garantiert und lokale Handlungsspielräume erweitert. Das Ziel sind
1140 **gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen**, in Stadt und Land, in Ost und West, in
1141 Nord und Süd.

1142 **Bezahlbarer Wohnraum:**

1143 Wir wollen, dass **Wohnen bezahlbar bleibt**, gerade auch mit mittlerem und niedrigem
1144 Einkommen. Wenn Menschen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben
1145 müssen, dann ist das zu viel. Wir werden deshalb die **Mietpreisbremse** verbessern: Durch eine
1146 größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die
1147 Stellung der Mieter. Stellt sich heraus, dass der Vermieter für seine Wohnung mehr verlangt
1148 hat, als er darf, sollen die Mieterinnen und Mieter künftig das zu viel Gezahlte zurückverlangen
1149 können.

1150 Wenn der Vermieter das Haus modernisiert, holt er sich die Kosten in der Regel über die Miete
1151 zurück. Wir werden die **zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen**.
1152 Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der
1153 Mieterinnen und Mieter bezahlt werden.

1154 Wer über ein geringes Einkommen verfügt, bekommt über das Wohngeld einen Zuschuss zur
1155 Miete. Wir wollen die Höhe des **Wohngeldes** regelmäßig anpassen, um zu verhindern, dass
1156 Menschen aus ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen.

1157 Mit dem **Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen** haben wir einen neuen Weg beschritten.
1158 Gemeinsam mit allen am Wohnungsbau Beteiligten steigern wir den Neubau von bezahlbaren
1159 Wohnungen. Das werden wir fortsetzen. Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau
1160 in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden sie weiterhin **an den steigenden Bedarf**
1161 **nach Sozialwohnungen anpassen**. Wir werden den sozialen Wohnungsbau und die
1162 Stadtentwicklungspolitik auch nach 2019 in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern
1163 und Gemeinden fortsetzen. Nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen können wir
1164 dafür sorgen, dass ausreichend neue Wohnungen entstehen. Wir setzen uns für **mehr**
1165 **Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum** ein.

1166 Mit Investitionsanreizen und bundesweit einheitlichen Standards wollen wir gemeinsam mit
1167 den Ländern **Bauen attraktiver machen** und so die Neubautätigkeit ankurbeln. Dazu gehört,
1168 dass Kommunen schneller und besser planen können. Wir werden den nicht-profitorientierten
1169 Sektor auf dem Wohnungsmarkt stärken. Kommunale und genossenschaftliche
1170 Wohnungsunternehmen, Baugruppen, private Investoren und Vermieterinnen und Vermieter,
1171 die sich für den sozialen Zusammenhalt im Quartier engagieren, sind wichtige Bündnispartner.
1172 Bei all dem kommt es darauf an, nicht nur bezahlbaren, sondern auch guten **Wohnraum für**
1173 **alle Generationen in lebenswerten Quartieren** zu schaffen. Deshalb wollen wir u.a. den
1174 altersgerechten Umbau weiter fördern.

1175 Neu zu bauen ist aufgrund hoher Baulandpreise für viele Menschen nicht bezahlbar. Wir
1176 wollen, dass der Bund Vorbild ist und beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und Gebäude
1177 wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Ziele berücksichtigt.

1178 Mehr Menschen sollen sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können. Das
1179 dient auch einer besseren Alterssicherung. Den **Erwerb von Wohneigentum** für Familien mit
1180 niedrigen und mittleren Einkommen werden wir durch ein sozial gestaffeltes **Baufamiliengeld**
1181 erleichtern. Zusätzliche Belastungen beim Kauf werden wir reduzieren, indem wir das Prinzip
1182 „Wer bestellt bezahlt“ auch für Maklerkosten beim Kauf von Wohneigentum einführen und
1183 weitere Nebenkosten senken. Um zu verhindern, dass Wohnungen in den Ortskernen des
1184 ländlichen Raums leer stehen und verfallen, wollen wir Familien beim **Erwerb von**
1185 **Bestandsbauten** unterstützen.

1186 **Lebenswerte Städte und Gemeinden:**

1187 Für uns gehören Stadt und Land zusammen. Gut entwickelte Städte brauchen gut
1188 funktionierende ländliche Räume und umgekehrt. Dazu brauchen wir eine bessere Kooperation
1189 und Vernetzung. **Stadt-Land-Partnerschaften** werden wir deshalb stärker fördern.

1190 Die Entwicklung der ländlichen Gemeinden muss von allen staatlichen Ebenen unter
1191 Einbeziehung der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Menschen, die in Kleinstädten und auf
1192 dem Land leben, brauchen auch in Zukunft wohnortnahe Versorgungsangebote mit
1193 Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen. Sie brauchen einen attraktiven öffentlichen
1194 Personennahverkehr, eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung, generationengerechten
1195 Wohnraum, ein vielfältiges Bildungs- und Kulturangebot und schnelles Internet. Wir schaffen
1196 „**Breitband für alle**“, um die digitale Spaltung zwischen den Städten und ländlichen Räumen zu
1197 beenden.

1198 Wir wollen Regionen, die strukturschwach sind oder sich im Wandel befinden, zielgenau
1199 fördern. Die bewährte Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „**Verbesserung der regionalen**
1200 **Wirtschaftsstruktur**“ werden wir für bessere wirtschaftliche Perspektiven in städtischen und
1201 ländlichen Regionen in ganz Deutschland weiterentwickeln. Regionen mit besonderen
1202 demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im
1203 Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität und beim Ehrenamt unterstützen.
1204 Forschung und Innovation, Breitbandausbau und die Fachkräftesicherung sollen in Zukunft
1205 ebenfalls gefördert werden. Zudem wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für
1206 die strukturschwachen Regionen öffnen. Davon profitieren kleine Unternehmer wie
1207 beispielsweise ein Möbelschreiner oder eine Bäckerin. So bleiben die Regionen lebendig und
1208 wir sorgen gleichzeitig für Zukunftsperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum.

1209 Lebendige Ortszentren mit entsprechender Infrastruktur sind wichtig für die Attraktivität
1210 ländlicher Räume. Aber auch funktionierende **nachbarschaftliche Netzwerke und das**
1211 **bürgerschaftliche Engagement** sowie eine aktive Bürgerbeteiligung tragen zur Lebensqualität
1212 auf dem Land bei. Unter diesen Aspekten wollen wir **die Fördermittel des Bundes** in Zukunft
1213 zielgenauer ausrichten. Selbstorganisierte Infrastrukturprojekte wie Bürgerbusse, Dorfläden
1214 oder Kulturzentren wollen wir unterstützen.

1215 Quartiersmanagement, Bürgerbeteiligung und das zivilgesellschaftliche Engagement sind die
1216 zentralen Erfolgsfaktoren des **Bundesprogramms „Soziale Stadt“**. Wir fördern lebendige
1217 Nachbarschaften und den sozialen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir das Programm weiter
1218 ausbauen und dabei mehr Mittel für qualifiziertes Personal aufwenden:

1219 Quartiersmanagerinnen und -manager, Integrationsmanagerinnen und -manager und
1220 Nachbarschaftsslotsen. Mehr Aufmerksamkeit füreinander in den Nachbarschaften erhöht das
1221 Sicherheits- und Verantwortungsgefühl. Deshalb müssen Orte wie Schulen oder
1222 Nachbarschaftszentren und auch das gesellschaftliche Engagement vor Ort gestärkt werden.

1223 **Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft**

1224 **Umweltgerechtigkeit** ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die
1225 Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen
1226 den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer,
1227 eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine
1228 gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkinder zu bewahren.

1229 Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und
1230 Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. **Klimaschutzpolitik ist daher
1231 immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität.** Die Vereinten Nationen
1232 haben sich 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft
1233 verständigt. Es dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur im
1234 gleichen Zeitraum wieder aufgenommen werden. In Deutschland wollen wir bis 2020 den
1235 Ausstoß von CO₂ im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 um 80 bis
1236 95 Prozent. Das bedeutet, **vollständig von fossilen Energien auf erneuerbare Energien
1237 umzusteigen.**

1238 In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den
1239 Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Wir werden ein **nationales Klimaschutzgesetz**
1240 erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren enthalten. Im Rahmen
1241 dessen setzen wir auf Technologieneutralität und Innovationsoffenheit. Darüber hinaus
1242 werden wir alle Subventionen und Steuern daraufhin überprüfen, wie sie auf das Klima wirken.
1243 Wir werden Deutschland zur **energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen.** Das ist
1244 eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

1245 **Energiewende vollenden:**

1246 Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche
1247 Versorgung gesichert bleiben. **Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende.**

1248 Damit die Energiewende bezahlbar ist, müssen die **verschiedenen Energiesektoren** stärker
1249 verbunden werden. Bisher findet die Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr
1250 relativ isoliert voneinander statt. Das macht sie unnötig teuer. Speicher und andere
1251 Technologien für die Sektorenkopplung und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir
1252 gezielt durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme voranbringen.

1253 Maßnahmen zur **Energieeffizienz werden wir ausbauen.** Dabei haben rentable
1254 Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Erzeugen zusätzlicher Energie. Wir wollen
1255 insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu
1256 **Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs** entwickeln. Energieeffizienzstandards von
1257 Produkten und Dienstleistungen werden wir weiter verbessern.

1258 Spätestens **2050 müssen wir Energie nahezu vollständig treibhausgasneutral erzeugen.** Wir
1259 stellen dabei sicher, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Den
1260 europäischen Emissionshandel werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument
1261 weiterentwickeln und **einen CO₂-Mindestpreis einführen.** Dabei werden wir unterschiedliche
1262 Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern.
1263 Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle
1264 Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Weil der Strombedarf steigt,
1265 wird Erdgas im **Energiemix für eine flexible, sichere und CO₂-arme Energieerzeugung**
1266 bedeutender. Moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung werden eine wichtige Rolle im
1267 Energiesystem übernehmen. Wir werden sie deshalb entsprechend fördern.

1268 Der Schutz unseres Trinkwassers und der Gesundheit haben für uns oberste Priorität. Daher
1269 haben wir ein **unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking** durchgesetzt. Die hier
1270 bestehenden Risiken für Mensch und Umwelt sind größer als die wirtschaftlichen Chancen.

1271 Deshalb stehen wir dafür, dass es bei einem Verbot bleibt. Zudem werden wir die
1272 Schutzstandards in der konventionellen Erdgasförderung überprüfen und beständig anpassen.
1273 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Mit dem hinterlassenen Atommüll
1274 müssen wir gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen. Das gilt nicht zuletzt für die
1275 Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben. Die **Endlagerung**
1276 **des Atommülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher** sein.

1277 Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen. In der
1278 EU werden wir uns dafür einsetzen, die **Fördermöglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke**
1279 **abzuschaffen**. In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so
1280 regeln, dass Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden.

1281 Wir wollen, dass alle Menschen an der **Rendite der Energiewende** teilhaben. Mieterinnen und
1282 Mieter sollen über sogenannte Mieterstrommodelle von der Einspeisung regenerativer
1283 Energien und einer eigenen Stromerzeugung finanziell profitieren. Wir werden
1284 Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude
1285 auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu
1286 versorgen. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass **Wohnen für Mieterinnen und Mieter**
1287 **bezahlbar bleibt**.

1288 Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den
1289 Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle
1290 der Energiewende prüfen. Wir werden **Bürger-Energiegenossenschaften fördern**. Kommunen
1291 sollen ihre **Netzinfrastruktur rekommunalisieren** können, wenn sichergestellt ist, dass der
1292 Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann. Den Stadtwerken kommt bei der
1293 Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu.

1294 **Bezahlbare und umweltfreundliche Mobilität:**

1295 Mobilität ist von zentraler Bedeutung für eine fortschrittliche Gesellschaft. Die Bürgerinnen
1296 und Bürger sollen mobil sein können – ob privat oder um zu ihrer Arbeit zu kommen. Für die
1297 Wirtschaft bedeutet Mobilität einen wichtigen Standortfaktor. Mobilität muss bezahlbar und
1298 umweltfreundlich sein.

1299 **Deutschland braucht eine Verkehrswende**. Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr
1300 dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen ein „**Bündnis für umweltfreundliche und**
1301 **bezahlbare Mobilität**“ gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen
1302 Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei und sicher zu
1303 gestalten.

1304 Den **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir noch attraktiver machen**. Für den
1305 Erhalt und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und des ÖPNV werden wir die
1306 Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen.
1307 Gleichzeitig erwarten wir von den Ländern, dass auch sie ab 2019 den ÖPNV mit
1308 zweckgebundenen Mitteln bedarfsgerecht ausstatten. Zur Sicherung von Sozialstandards für
1309 die Beschäftigten im ÖPNV sind für uns Tariftreue sowie die Anordnung eines
1310 Personalübergangs im Falle eines Betreiberwechsels unverzichtbare Bausteine.

1311 Wir werden **neue Mobilitätskonzepte** wie Carsharing weiter fördern und mit mehr
1312 Modellprojekten das Verkehrsangebot im ländlichen Raum stärken. Gute Beispiele dafür sind
1313 Ruf- und Bürgerbusse.

1314 Das Auto behält als zunehmend emissionsfreies Verkehrsmittel seine wichtige Rolle für die
1315 individuelle Mobilität. Wir wollen die **Elektromobilität** sowohl aus klima- als auch aus
1316 industriepolitischen Gründen voranbringen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für
1317 ambitionierte Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von PKWs ein.

1318 Wir wollen in Deutschland **modernste Elektroautos entwickeln und produzieren**. In den
1319 Ausbau einer Ladeinfrastruktur in Stadt und Land werden wir investieren. Auch
1320 Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am
1321 Wirtschaftsstandort Deutschland weiter erforschen. Alternative Antriebe zu entwickeln, ist
1322 Aufgabe der Hersteller.

1323 Wir wollen durch frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weniger Bürokratie und
1324 gezielten Personaleinsatz unsere öffentlichen Verkehrswege schneller planen und bauen.
1325 Hierfür sind insgesamt mehr Investitionen erforderlich, um die Verkehrswege zu erhalten und
1326 auszubauen. Wir haben beschlossen, die LKW-Maut für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen auf alle
1327 Bundesstraßen auszudehnen. **Wir lehnen jedoch eine Mautpflicht für Fahrzeuge unter 7,5**
1328 **Tonnen ab, weil sie vor allem Handwerksbetriebe belasten würde**. Die Einnahmen aus der
1329 LKW-Maut werden wir einsetzen, um in Straßen und Brücken zu investieren.

1330 **Eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr bleibt**
1331 **ausgeschlossen**. Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau werden wir nur realisieren,
1332 wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent
1333 nachgewiesen worden ist.

1334 Die **Infrastruktur für den Fahrradverkehr** wollen wir verbessern. Dazu gehören mehr
1335 innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und regionale Radschnellwege. Für
1336 E-Bikes müssen außerdem mehr Ladestationen unter anderem an öffentlichen Gebäuden zur
1337 Verfügung gestellt werden.

1338 Pünktlichkeit, guter Service und hohe Qualität müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen
1339 sein. Die **Deutsche Bahn** muss im Interesse der Kundinnen und Kunden geführt werden. Für uns
1340 steht dabei nicht die Maximierung des Gewinns, sondern die Maximierung des
1341 Schienenverkehrs in Deutschland im Vordergrund. Mit einem Schienenpakt von Politik und
1342 Wirtschaft wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass **doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie**
1343 **heute die Bahn nutzen**. Dazu werden wir in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im
1344 Stundentakt optimale Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen
1345 „Deutschlandtakt“-Fahrplan werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir
1346 modernisieren.

1347 Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische
1348 Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Uns ist wichtig, dass in der
1349 Fernbusbranche gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.

1350 Um in der Stadt und auf dem Land die eigenen Wege über alle Verkehrsträger hinweg einfach
1351 und unkompliziert planen, buchen und bezahlen zu können, wollen wir eine **digitale**
1352 **Mobilitätsplattform** einführen. Neue Technologien wie Fahrerassistenzsysteme sorgen dafür,
1353 dass weniger Menschen im Straßenverkehr ums Leben kommen. Wir wollen automatisiertes
1354 Fahren in Deutschland ermöglichen. Dazu werden wir schnelles mobiles Internet an den
1355 Hauptverkehrsachsen ausbauen. Datenschutz und Datensicherheit müssen dabei ebenso
1356 gewährleistet bleiben wie ein Höchstmaß an Sicherheit.

1357 Wir wollen, dass **mehr Güter über die Schiene und über das Wasser** transportiert werden, um
1358 die Straßen und die Umwelt zu entlasten. Deshalb werden wir die **Wettbewerbsfähigkeit des**
1359 **Schieneverkehrs** verbessern und **die Binnenschifffahrt als umweltfreundlichere Alternative**
1360 **zum LKW fördern**. Wir setzen uns für eine funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
1361 ein. Wir bauen auf eine starke maritime Wirtschaft und wollen die Innovationskraft unserer
1362 Häfen, Reedereien und Schiffbauer im internationalen Wettbewerb stärken.

1363 Der Luftverkehr sichert die Anbindung Deutschlands an die internationalen Verkehrsströme.
1364 Somit sind moderne Luft- und Logistikdrehkreuze mit bedarfsgerechter Kapazität von großer
1365 Bedeutung. Die **Vernetzung der Flughäfen** miteinander und mit anderen Verkehrsträgern

1366 wollen wir verbessern. Der Staat muss zukünftig eine stärkere Verantwortung dafür
1367 übernehmen, dass die Sicherheit an Flughäfen garantiert ist. Bei allen Planungen an
1368 Flughafenstandorten müssen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbezogen werden. Dazu
1369 werden wir unter anderem die Fluglärmkommissionen stärken. Die Entwicklung alternativer
1370 Kraftstoffe und Antriebe für Flugzeuge wollen wir fördern

1371 Verkehr erzeugt Emissionen. Zu viele Menschen in Deutschland leben in Gebieten mit hoher
1372 **Lärmbelastung und schlechter Luftqualität**. Das betrifft vor allem ärmere Teile der
1373 Bevölkerung. Wir wollen die Menschen spürbar vor Lärm, Schadstoffen und Umweltgiften
1374 schützen. Im Zentrum stehen deshalb für uns umweltfreundliche Verkehrsträger wie Fahrrad,
1375 Schienenverkehr, ÖPNV und Elektromobilität, die wir verstärkt fördern werden. Um die
1376 Umweltbelastung in den Innenstädten zu reduzieren, werden wir die Anschaffung von Bussen
1377 und Taxis mit alternativen Antrieben sowie die Nutzung von Lastenrädern und die Umrüstung
1378 von innerstädtischen Lieferfahrzeugen fördern.

1379 Den Lärmschutz an Autobahnen, Schienentrassen und in der Umgebung von Flughäfen werden
1380 wir weiter verbessern. Wir halten an dem Ziel fest, den **Lärm im Schienenverkehr in**
1381 **Deutschland bis 2020 zu halbieren**. Wichtig ist hierfür die schnelle Umrüstung von lauten
1382 Güterwagen. Im Luftverkehr wollen wir die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren
1383 fördern und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen.

1384 **Schutz der biologischen Vielfalt:**

1385 Eine intakte Umwelt ist unverzichtbar für ein gesundes und gutes Leben. Wir werden **bedrohte**
1386 **Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume besser schützen**. Der Flächenverbrauch in
1387 Deutschland ist hoch. Langfristig müssen sich Versiegelung und Entseigelung von Flächen die
1388 Waage halten. Wir brauchen eine Kreislaufwirtschaft, die bereits genutzte Flächen umwandelt
1389 und wiederverwertet, anstatt immer neue Flächen zu beanspruchen.

1390 Wir brauchen außerdem **mehr Pflanzen in der Stadt** – in Wohngebieten, in den Parks und auf
1391 den Dächern. Wir werden planerische, konzeptionelle und finanzielle Voraussetzungen dafür
1392 schaffen. Grünflächen haben auch eine wichtige soziale Funktion. Sie sind Orte des
1393 Austausches und der Begegnung.

1394 Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir das nationale **Ziel von zwei Prozent**
1395 **großflächiger Wildnisgebiete** in Deutschland vorantreiben. Außerdem werden wir das
1396 Bundesprogramm Blaues Band zur Renaturierung von Flüssen und Auen umsetzen. Weitere
1397 naturschutzrelevante und ehemals militärisch genutzte Liegenschaften werden wir für den
1398 Naturschutz und künftige Generationen sichern. Wir werden zudem eine Moorschutzstrategie
1399 erarbeiten und umsetzen.

1400 Den Anteil der Flächen mit **natürlicher Waldentwicklung** wollen wir auf fünf Prozent der
1401 Gesamtwaldfläche bzw. zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche erhöhen. Die Jagd soll
1402 zeitgemäß und naturnah sein. In unseren nationalen Gewässern werden wir Fischerei und
1403 andere Nutzungen naturschutzgerecht regeln. Gleichzeitig unterstützen wir die Fischerei
1404 dabei, nur noch umweltgerechte Fangmethoden einzusetzen. Der Überfischung unserer Meere
1405 werden wir durch eine Umsetzung der wissenschaftlichen Fangmengenvorgaben
1406 entgegenwirken.

1407 **Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee** mit Plastik, Fischereimüll und
1408 Nährstoffeinträgen sowie durch Lärm. Beim internationalen Meeresschutz setzen wir uns bei
1409 den Vereinten Nationen für großflächige Schutzgebiete auf hoher See ein. Dies betrifft auch die
1410 internationalen Gewässer der Arktis. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Arktis-
1411 Schutzgebietes bei der internationalen Meeresschutzorganisation „OSPAR“ einsetzen.

1412 Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen führt zu Problemen, die
1413 vor allem unsere Kinder und Enkelkinder belasten. Wir werden **Haushalte und Unternehmen**

1414 **stärker über ressourcenschonende Alternativen informieren.** Ziel muss sein, Abfall zu
1415 vermeiden, Produkte langlebiger zu machen und mehr zu recyceln. Der verminderte Einsatz
1416 von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die
1417 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir werden die öffentliche Beschaffung
1418 stärker auf ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausrichten und das Thema
1419 stärker in der Aus- und Weiterbildung verankern.

1420 **Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung:**

1421 Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der
1422 Verbraucher und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Sie soll den Beschäftigten gerechte
1423 Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sichern. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind
1424 in ihrer Existenz bedroht und brauchen eine neue wirtschaftliche Perspektive. Denn immer
1425 mehr bäuerliche Betriebe verlieren den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen.

1426 Wir wollen die **Rolle der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und**
1427 **Vermarktungskette ihrer Produkte stärken.** Regionalvermarktungsinitiativen sollen
1428 Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung.
1429 Dadurch bleibt die Wertschöpfung in der Region. Ein **fairer Preis für Lebensmittel** trägt dazu
1430 bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern.

1431 Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der
1432 **Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen** ausrichten. Die ökologische Landwirtschaft ist
1433 derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu
1434 bedienen, sind die **konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig.**
1435 Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen.

1436 Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln werden wir auf das unbedingt notwendige Maß
1437 reduzieren. Weiterhin setzen wir uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Wir werden
1438 sicherstellen, dass mit sogenannten neuen Züchtungstechnologien erzeugte Pflanzen nicht
1439 unreguliert auf den Markt gelangen.

1440 **Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben** und wollen eine
1441 Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein **staatliches**
1442 **Tierschutzlabel** auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen. Der
1443 Gedanke des Tierschutzes soll fest in Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden. Prüf-
1444 und Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme sowie bessere Haltungs- und
1445 Transportbedingungen sollen zu mehr Tierschutz beitragen.

1446 Wir wollen eine nationale Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz
1447 schaffen, das die **Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt.** Eingriffe an Tieren aus rein
1448 wirtschaftlichen Gründen wie das Schnabelkürzen, das Kupieren von Schwänzen oder den
1449 Schenkelbrand bei Pferden werden wir verbieten. Der Arzneimitteleinsatz in der Tierhaltung
1450 muss deutlich reduziert werden.

1451 Wir wollen auch für Haustiere fachkundige Halterinnen und Halter. Für Qualzuchten bei
1452 Haustieren muss es eine klare Definition und ein Haltungsverbot geben. Wir wollen eine
1453 **Ombudsstelle für einen besseren Tierschutz.** Mit einem Verbandsklagerecht werden wir
1454 anerkannten Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen
1455 Tierschutzverstöße vorzugehen.

1456 Im Umwelt- und im Bauplanungsrecht nimmt die Landwirtschaft eine Sonderrolle ein.
1457 Privilegien werden wir einer kritischen Prüfung unterziehen. Baurechtlich sollen beispielsweise
1458 große Tierhaltungsanlagen im Außenbereich nur noch zugelassen werden, wenn die Gemeinde
1459 einen entsprechenden Bebauungsplan erlässt und eine Umweltverträglichkeitsprüfung
1460 durchführt. Das hilft dem Umweltschutz und stärkt die Akzeptanz der Landwirtschaft in der
1461 Bevölkerung.

1462 Die Landwirtschaft erhält mehr als jeder andere Wirtschaftsbereich Unterstützung aus
1463 Steuermitteln. Wir wollen, dass der Grundsatz „**öffentliches Geld nur für öffentliche Aufgaben**“
1464 gilt. Zu den öffentlichen Aufgaben gehört die Ernährungssicherheit genauso wie der Schutz der
1465 Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Bis zum Jahr 2020 werden die europäischen
1466 Agrarfördermittel auf zwei Wegen ausgezahlt: Einerseits pauschale Zahlungen, deren Höhe
1467 sich nur an der bewirtschafteten Fläche orientiert. Und andererseits Gelder, die gezielt in die
1468 Entwicklung ländlicher Räume fließen, also unter anderem auch in Klimaschutz, Tierschutz und
1469 Stallbauten. Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen
1470 Subventionen bis 2026 einsetzen.

1471 Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in
1472 Deutschland und den Exportmärkten stehen. **Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion
1473 ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet.** Eine subventionierte Produktion
1474 von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Deutschland darf nicht länger die Märkte in den
1475 Entwicklungsländern zerstören. Wir werden eine nationale **Strategie gegen
1476 Lebensmittelverschwendung** umsetzen, damit landwirtschaftliche Produkte wieder mehr
1477 Wertschätzung erfahren. Zielmarken für die unterschiedlichen Branchen sowie verstärkte
1478 Informationskampagnen sollen ein Umdenken bewirken.

1479 Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren. Dabei setzen
1480 wir auf Qualitätsstandards, Transparenz, leicht **verständliche Kennzeichnungen wie die
1481 Nährwert-Ampel** und eine klare Herkunftskennzeichnung. Alle Kinder und Jugendliche
1482 brauchen eine gesunde Ernährung. Wir wollen ihnen **in Kitas und Schulen ausgewogene
1483 Mahlzeiten** für ermöglichen. Dazu wollen wir die Standards der Deutschen Gesellschaft für
1484 Ernährung verbindlich machen. Wir werden die Vernetzungsstellen Schulverpflegung
1485 dauerhaft unterstützen und das Nationale Qualitätszentrum für gesunde Ernährung und
1486 Schule weiter ausbauen.

1487 **Gentechnisch veränderte Organismen lehnen wir ab.** Tierische Produkte, die auf Fütterung mit
1488 gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend
1489 gekennzeichnet werden. Wir werden die **Lebensmittelkontrolle bundesweit vernetzen**, einen
1490 einheitlichen Kontrollkatalog entwickeln und die Kontrolle effektiv und vergleichbar gestalten.
1491 Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelüberwachungen sollen grundsätzlich veröffentlicht
1492 werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mit leicht verständlichen
1493 Symbolen wie dem Smiley oder der Hygieneampel in Restaurants vor Ort informieren.

1494 Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur
1495 **Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Lebensmittelbranche** ist notwendig.

1496 Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Stoffen in Lebensmitteln
1497 und Verpackungen schützen. Daher werden wir uns für eine effektive Umsetzung des EU-
1498 Chemikalienrechts einsetzen.

1499 **Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag**

1500 Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Es ist die Aufgabe des Staates für diese
1501 Sicherheit zu sorgen. Gefahren müssen erkannt, Verbrechen bekämpft, Straftäterinnen und
1502 Straftäter verfolgt werden. Dafür brauchen wir einen starken und handlungsfähigen
1503 Rechtsstaat. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und sich etwa private
1504 Sicherheitsdienste kaufen. Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem
1505 **Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl** der Menschen.
1506 Wir wollen, dass sich unsere Behörden konsequent der Alltagskriminalität annehmen – durch
1507 mehr Prävention und effektive Strafverfolgung.

1508 Die Gegner unserer offenen Gesellschaft haben sich neu formiert – in unterschiedlichen
1509 terroristischen und extremistischen Bewegungen. Wir benennen diese als das, was sie sind:
1510 eine Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie. Deshalb werden
1511 wir mit aller rechtsstaatlichen Härte **gegen Terror und extremistischer Gewalt** vorgehen. Wo es
1512 notwendig ist, verschärfen wir die Gesetze zur Bekämpfung von Terror und Gewalt. Allein mit
1513 Gesetzesverschärfungen werden wir aber nicht erfolgreich sein. Erst im Zusammenspiel von
1514 Kriminalitätsvorbeugung, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von
1515 Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten entsteht mehr Sicherheit.

1516 **Schutz und Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz:**

1517 Wir wollen mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf unseren Straßen haben. Für eine
1518 bessere und schnellere Aufklärung sogenannter Alltagskriminalität wie Wohnungseinbrüche
1519 und Diebstahl brauchen wir mehr Ermittlerinnen und Ermittler. Dafür wollen wir die Polizei
1520 besser ausstatten: Mit mehr und gut ausgebildetem Personal. Das betrifft auch andere
1521 Kriminalitätsfelder wie das **organisierte Verbrechen**, wo spezialisierte Ermittlerinnen und
1522 Ermittler zeitintensive polizeiliche Untersuchungen durchführen müssen.

1523 Wir wollen **15.000 neuen Stellen bei der Polizei** in Bund und Ländern schaffen. Wo
1524 Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie eingesetzt werden.
1525 Die rechtlichen Grundlagen dafür sind vorhanden. Die Beratungsangebote für Bürgerinnen und
1526 Bürger zum Schutz vor Kriminalität, die die Polizei bereits vielerorts anbietet, werden wir
1527 ausbauen. Für mehr Sicherheit soll eine bessere Zusammenarbeit der Behörden sorgen. Das
1528 **Bundeskriminalamt wollen wir weiter in seiner zentralen Koordinierungsfunktion stärken.**

1529 Unsere Ermittlungsbehörden sollen für ihre Arbeit dem technischen Fortschritt entsprechend
1530 mit moderner IT- und Kommunikationstechnologie ausgerüstet werden.

1531 Unsere **Polizei verdient Anerkennung und Respekt** für ihre wichtige Arbeit. Angriffe auf
1532 Polizistinnen und Polizisten oder auch auf Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste
1533 werden hart sanktioniert.

1534 Damit Verbrechen und Vergehen entsprechend geahndet werden, **stärken wir unsere Justiz.**
1535 Gerichte und Staatsanwaltschaften sollen personell und technisch besser ausgestattet werden,
1536 um Straftaten schnell zur Anklage zu bringen und Gerichtsverfahren zügig abzuschließen. So
1537 erhöhen wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Wir werden die
1538 Arbeiten an einer gemeinsamen Verlaufsstatistik von angezeigten Straftaten und tatsächlichen
1539 Verurteilungen weiter fortführen.

1540 Auch der **Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität.** Das gilt für die
1541 erfolgreichen Ermittlungen von kriminellen Waffenhandel genauso wie für die Bereiche
1542 Finanz- und Steuerbetrug bis hin zur Verhinderung rechtswidriger Beschäftigung und
1543 Mindestlohnkontrolle. Deshalb werden wir den Zoll stärken und zu einer effektiven
1544 Finanzpolizei des Bundes weiterentwickeln.

1545 Eine **Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab.** Mit uns wird es über das bereits
1546 zulässige Maß hinaus keinen Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Inland geben. Schutz

1547 vor Kriminalität wie auch vor Strafverfolgung sind Aufgaben der dafür ausgebildeten Profis der
1548 Polizei.

1549 **Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention:**

1550 Mit einem Dreiklang aus **Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe** haben wir die Basis
1551 geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Der nächste Schritt muss eine
1552 stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa sein.

1553 Die **Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund, Ländern und Kommunen werden wir**
1554 **unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben vereinheitlichen.** Auch die
1555 Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz werden wir zur Gefahrenabwehr
1556 verbessern. Kriminelle und Terroristen dürfen nicht in die Europäische Union gelangen. Das
1557 heißt: die **Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums verstärken** und das
1558 Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten effektiv umsetzen. Das europäische
1559 Polizeiamt (Europol) und die europäische Grenzschutzagentur (Frontex) wollen wir stärker bei
1560 der Terrorismusbekämpfung einbeziehen.

1561 Mit der Initiative zum **Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft** werden wir dafür sorgen,
1562 dass in der EU künftig Straftaten über Staatsgrenzen hinweg effektiver verfolgt werden
1563 können. Eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene ist dringend
1564 notwendig. Wir fordern nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in
1565 Deutschland ein **Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene**, in dem ein Austausch aller
1566 Sicherheitsbehörden stattfindet.

1567 Ausländerinnen und Ausländer, die schwere Straftaten begehen, sollen nach Verbüßung ihrer
1568 Strafe unverzüglich abgeschoben werden. Die Möglichkeit zur Abschiebung straffälliger
1569 Ausländerinnen und Ausländer haben wir bereits erleichtert.

1570 Wir wollen eine **Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und**
1571 **Islamisten** durchsetzen. Ein Großteil fundamentaler Islamisten in Deutschland radikalisiert sich
1572 hier, in unserem Land. Wir werden extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre
1573 Finanzierung unterbinden.

1574 Mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir
1575 zusammenarbeiten. Wir stärken die **gute Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort** und
1576 sorgen frühzeitig dafür, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalisieren.
1577 Hasspropaganda im Netz werden wir durch alternative Botschaften entgegentreten.

1578 Wer ein aufgeklärtes Wissen über die eigene Religion hat, ist oft weniger anfällig für
1579 Extremismus. Deshalb unterstützen wir den **islamischen Religionsunterricht an staatlichen**
1580 **Schulen und in deutscher Sprache** auch aus präventiven Gründen. Dabei verfolgen wir das Ziel,
1581 dass islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen
1582 ausgebildet werden.

1583 **Kampf gegen Rechtsextremismus:**

1584 Angriffe auf unsere freie Gesellschaft drohen auch von Nationalisten: Rechtsextremistische
1585 Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen.

1586 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und
1587 gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Wir setzen
1588 uns dafür ein, dass **Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und**
1589 **statistisch ausgewertet** werden. Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die
1590 **Präventionsarbeit ausweiten.** Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im
1591 Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg der Vorbeugung
1592 führen wir fort. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten
1593 gehört Deradikalisierung. Darum werden wir mit einem Gesetz zur **Demokratieförderung und**
1594 **Extremismusprävention** die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern. Darüber

1595 hinaus werden wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
1596 aufgreifen und in der Präventionsarbeit umsetzen.

1597 **Reform der Nachrichtendienste:**

1598 Wir benötigen **rechtsstaatlich legitimierte, leistungsfähige Nachrichtendienste mit**
1599 **umfassender parlamentarischer Kontrolle**. Dabei soll das Bundesamt für Verfassungsschutz als
1600 Frühwarnsystem für unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft funktionieren. Den
1601 Reformprozess des Bundeamtes werden wir fortsetzen. Die gesetzlichen Regelungen werden
1602 wir an die heutigen Gefährdungslagen anpassen. Wir haben den **Bundesnachrichtendienst**
1603 **reformiert** und durch mehr Transparenz und Kontrolle endlich aus der rechtlichen Grauzone
1604 herausgeholt. Die Auslandsaufklärung haben wir auf eine eindeutige Rechtsgrundlage gestellt
1605 und das Parlamentarische Kontrollgremium erheblich gestärkt. An unserer Linie halten wir fest
1606 und legen hierfür den Abschlussbericht des NSA-Untersuchungsausschusses zugrunde.

1607 **Moderner Katastrophenschutz:**

1608 Wir haben in Deutschland ein funktionierendes Hilfesystem für Katastrophen. Bund, Länder
1609 und Kommunen arbeiten hier Hand in Hand. Herzstück ist das Engagement der vielen Ehren-
1610 und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den
1611 Hilfsorganisationen. Wir wollen das breite **ehrenamtliche Engagement erhalten**.

1612 Deshalb stärken wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und
1613 das Technische Hilfswerk. Der Bund soll seine Verantwortung für den Katastrophenschutz
1614 verstärkt wahrnehmen, in Ergänzung zu den Aufgaben der Länder.

1615 **Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen:**

1616 Die Kriminalität im Internet steigt rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren über
1617 Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im „Darknet“ reicht das
1618 Spektrum der Cyberkriminalität.

1619 **Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum**. Wir wollen das IT-Sicherheitsgesetz
1620 fortschreiben und weiterentwickeln, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen.
1621 Die Sicherheitsbehörden werden wir personell und technisch besser ausstatten und mehr
1622 fachliche Expertise hinzuziehen. Es ist notwendig, Forschung und Entwicklung von IT-
1623 Sicherheitstechnik zu fördern und die Ausbildung von Fachkräften für IT-Sicherheit zu
1624 verstärken, um technologische Kompetenz und digitale Souveränität zu erhalten.

1625 Die **Spionageabwehr unserer Nachrichtendienste** wollen wir technisch und rechtlich in die Lage
1626 versetzen, effektiver gegen Cyberangriffe und Spionage fremder Nachrichtendienste
1627 vorzugehen.

1628 Wir werden das **Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen** und in
1629 seiner neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken: Das BSI soll für Bürgerinnen und Bürger,
1630 Unternehmen und Behörden zum Dienstleister werden, indem es sichere Hard- und Software
1631 zertifiziert sowie über Cyberangriffe, digitale Sicherheitsrisiken und entsprechende
1632 Schutzmöglichkeiten informiert. Die Hersteller und Anbieter digitaler Produkte und
1633 Dienstleistungen müssen Sicherheitslücken bekanntgeben und diese schnellstmöglich
1634 beheben.

1635 Einfache und sichere Lösungen für die elektronische Identifizierung und Verschlüsselung
1636 wollen wir für jedermann verfügbar machen. Sensible Daten müssen grundsätzlich
1637 verschlüsselt versendet werden, gerade in der öffentlichen Verwaltung.

1638 Darüber hinaus wollen wir der **Verbreitung von Hasskriminalität und so genannten Fake News**
1639 **entgegenwirken**. Sie sind eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für die freie
1640 und demokratische Gesellschaft. Am Anfang stehen die Worte, dann folgen die Taten. Wer im
1641 Internet kriminelle Parolen veröffentlicht und zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, Ausländer
1642 und Ausländerinnen oder andere aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.

1643 Die Verbreitung rechtswidriger Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung
1644 in den sozialen Netzwerken soll besser und schneller verfolgt werden. Dabei müssen die
1645 Anbieter von sozialen Netzwerken in die Verantwortung genommen werden. Deshalb führen
1646 wir eine Berichtspflicht für Anbieter zum Umgang mit Hinweisen über rechtswidrige Inhalte
1647 ein. Die Standards des Beschwerdemanagements werden wir einheitlich festlegen. Wer sich
1648 nicht an die Vorgaben hält, soll mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden.

1649 **Kampf gegen Wirtschaftskriminalität:**

1650 **Unternehmen müssen gesetzzestreu handeln.** In der Praxis besteht zunehmend Unsicherheit
1651 darüber, welches Verhalten im Wirtschaftsleben den Straftatbestand der Untreue erfüllt. Hier
1652 werden wir für mehr Rechtsklarheit sorgen. Zudem stellen wir die Sanktionen für kriminelle
1653 Verfehlungen von Unternehmen auf eine neue gesetzliche Grundlage. Dafür schaffen wir
1654 Kriterien, um den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten ausreichend scharfe und zugleich
1655 flexible Sanktionsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Die geltende Bußgeldobergrenze von
1656 10 Millionen Euro ist für kleinere Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig. Wir
1657 werden daher eine flexible Bußgeldobergrenze einführen.

1658 Finanzskandale wie die „Panama-Papiere“, Gammelfleischskandale und Bestechungsvorwürfe
1659 bei Großunternehmen werden zumeist nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte
1660 „Whistleblower“, bekannt. Ein solch **couragiertes Handeln der Mitarbeiterinnen und**
1661 **Mitarbeiter muss rechtlich besser abgesichert** werden. Wir wollen sie vor arbeitsrechtlichen
1662 Nachteilen schützen. Zudem soll der Schutz von Hinweisgebern in die Führungsleitlinien
1663 („Code of Conduct“) von Wirtschaft und Verwaltung integriert werden.

1664 **Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik**

1665 Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. **Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft**
1666 **unangetastet bleiben.** Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter
1667 viele Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind! Mit einem Gesamtkonzept
1668 Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung.

1669 Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas
1670 sichern und **die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.** Die anerkannten
1671 Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in
1672 ihre Herkunftsländer zurückführen. Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das
1673 transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland
1674 einwandern kann und wer nicht.

1675 **Fluchtursachen bekämpfen:**

1676 Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen
1677 bekämpfen. Es ist unser Ziel, **zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege**
1678 **einzudämmen.** Wir setzen uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der
1679 Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen und für die weltweite
1680 Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten Menschen wollen wir frühzeitig dort helfen,
1681 wo sie sich zunächst in Sicherheit gebracht haben. **Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten**
1682 **Nationen (UNHCR)** benötigt dafür eine angemessene **Ausstattung** und kontinuierliche
1683 Finanzierung.

1684 In der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen. Wir
1685 wollen eine **solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe** und eine einheitliche
1686 Entscheidungspraxis in der Europäischen Union. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich
1687 einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem
1688 verweigern. Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen daher Unterstützung erhalten, zum
1689 Beispiel für den Ausbau von Gemeindeeinrichtungen, Schulen oder für die medizinische
1690 Versorgung. Staaten, die sich verweigern, sollen deutliche Nachteile erfahren. Solidarität ist die
1691 Basis der europäischen Zusammenarbeit.

1692 Um darüber hinaus Anreize für eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen, wollen
1693 wir **finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt** für die Länder, die eine
1694 Hauptlast bei der Flüchtlingsaufnahme tragen. Wenn nicht nur die entstandenen Integrations-
1695 und Unterbringungskosten erstattet, sondern darüber hinaus Infrastrukturgelder zur
1696 Verfügung gestellt werden, die auch der Bevölkerung im Land zugutekommen, kann die
1697 Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen gesteigert werden.

1698 Die **Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden.** Dieser
1699 Schutz ist die Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im Inneren der EU. Wir
1700 wollen daher das Mandat und die Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz-
1701 und Küstenwache, stärken. Zusätzlich brauchen wir ein europäisches
1702 Seenotrettungsprogramm. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.

1703 Kooperationen und Abkommen mit Drittstaaten eröffnen uns Chancen, die illegale Migration
1704 nach Europa und Deutschland einzudämmen. Grundvoraussetzung für uns: **Menschenrechte**
1705 **werden geachtet und die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten.** Asylverfahren werden
1706 grundsätzlich weiterhin auf europäischem Boden durchgeführt. Entlang der Fluchtrouten
1707 wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische
1708 Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen,
1709 welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt.

1710 Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen.
1711 Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir über feste

1712 Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen. Sie sollen nach einem **fairen**
1713 **Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten** verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle
1714 Schlepper, ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen,
1715 Kinder und Familien. Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa
1716 den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung
1717 vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der
1718 geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die
1719 Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.

1720 **Schnellere Asylverfahren, bessere Integration, konsequentere Rückführung:**

1721 **Ein Asylverfahren in Deutschland dauert viel zu lange. Unser Ziel ist, dass Verwaltungen**
1722 **schneller entscheiden.** Die Integrationsarbeit soll bereits in der Erstaufnahme mit
1723 Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Das
1724 ungebrochen große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfüllt uns mit Stolz. Wir wollen
1725 die Arbeit der **Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen.**

1726 Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der
1727 Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig.
1728 **Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir besser schützen.** Für
1729 traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen.

1730 Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter sexualisierter Gewalt,
1731 Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische
1732 Asylgründe besser anerkennen.

1733 Anerkannte Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die
1734 verpflichtenden und berufsqualifizierenden **Sprachkurseangebote ausbauen**, genauso wie
1735 Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch
1736 wahrgenommen werden.

1737 Wir wollen verhindern, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der
1738 Kommunen geht. Wir werden unsere Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser
1739 wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen.

1740 Wir wollen die Zahl der **freiwilligen Rückkehrer** unter den abgelehnten Asylbewerbern
1741 erhöhen. Um die freiwillige Ausreise weiter zu unterstützen, werden wir ein Förderprogramm
1742 auflegen. Staaten, die sich weigern, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, müssen mit
1743 Konsequenzen rechnen – etwa im Bereich der Visaerteilung.

1744 **Einwanderung als Chance nutzen – Einwanderung von Fachkräften steuern:**

1745 Wir stehen zum Recht auf Asyl. Richtlinie für die Aufnahme von Schutzsuchenden ist und bleibt
1746 allein die **humanitäre und rechtliche Verantwortung Deutschlands.** Der Schutz vor Verfolgung
1747 und Menschenrechtsverletzungen darf niemals eine Frage des wirtschaftlichen Vorteils sein.

1748 Für Menschen, die bei uns Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem
1749 Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen
1750 Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte
1751 richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere
1752 Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren
1753 Wohlstand. **Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug**
1754 **qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können.** Es ist wichtig, im
1755 weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen.

1756 Wir wollen ein **flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem**
1757 nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse,
1758 Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer
1759 ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland

1760 einwandern. Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land
1761 kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an
1762 der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird **jedes Jahr vom Bundestag festgelegt**.
1763 Sowohl für potenzielle Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so
1764 transparent dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.

1765 Zudem wollen wir künftig die Vielzahl bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln,
1766 um **mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht** zu schaffen.

1767 Wir wollen mehr über den Einfluss von Einwanderung auf den gesellschaftlichen Wandel
1768 erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Deshalb werden wir uns
1769 weiter für eine nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung
1770 und eine bessere Vernetzung der Forschenden einsetzen.

Entwurf

1771 **Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft**

1772 Abschottung oder Weltoffenheit? Fortschritt und Gerechtigkeit oder Rückschritt und
1773 Ausgrenzung? Darum geht es in den nächsten Jahren. Wir wollen ein **modernes und**
1774 **weltoffenes Deutschland** – mit einer Gesellschaft, die zusammenhält, und in der wir in Frieden
1775 und Freiheit zusammenleben – über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg.

1776 Es hat viel Kraft gekostet, Deutschland zu dem demokratischen Land zu machen, das es heute
1777 ist. Und es wird auch weiter Kraft kosten, das zu erhalten, auszubauen und zu verbessern. In
1778 der Gesellschaft, in der Politik, in der Kultur und in der Wirtschaft. Fortschritt heißt für uns: die
1779 offene Gesellschaft festigen. Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht,
1780 Religion, Hautfarbe, Herkunft und sexueller Orientierung. Menschen mit und ohne
1781 Behinderung sollen die gleichen Chancen haben. Wir schreiben keine Lebensmodelle vor,
1782 sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet
1783 Toleranz und Vielfalt. Wir wollen Neuankömmlingen ermöglichen, Teil unserer Gesellschaft zu
1784 werden. Die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind für uns die Basis unseres
1785 gemeinsamen Zusammenlebens. Gegen die Feinde der offenen Gesellschaft werden wir uns
1786 mit aller Entschlossenheit behaupten.

1787 **Demokratie und Engagement:**

1788 **Wir machen die repräsentative Demokratie wieder attraktiver** und verteidigen sie mit
1789 Leidenschaft gegen rechte Antidemokratinnen und Antidemokraten. Deren pauschale Kritik an
1790 politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten wird immer aggressiver und ihre
1791 Verschwörungstheorien immer gefährlicher. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

1792 **Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie.** Dieses demokratische
1793 Grundverständnis wollen wir erneuern. Wählen gehen gehört zurück ins Alltagsleben. Dazu
1794 brauchen wir öffentliche Wahlauftrufe, Aktionstage für die Demokratie genauso wie die
1795 Verbesserung der Briefwahl, die Erleichterung der Stimmabgabe für Deutsche im Ausland,
1796 verlängerte Öffnungszeiten von Wahllokalen („Wahlwochenenden“) und mobile
1797 Wahlstationen.

1798 Wir setzen uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise für dauerhaft
1799 ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene. Auch eine **Absenkung des Wahlalters**
1800 **auf 16 Jahre** stärkt unsere Demokratie.

1801 Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte
1802 Demokratiebeteiligung auf Bundesebene stärken. Das **Petitionsrecht** beim Deutschen
1803 Bundestag werden wir weiterentwickeln: durch barrierefreien Zugang für Menschen mit
1804 Behinderungen, durch bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen, durch mehr
1805 öffentliche Ausschusssitzungen. Wir wollen auch eine Absenkung des Quorums für öffentliche
1806 Petitionen.

1807 Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen.
1808 Die Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger
1809 Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe. Wir würdigen das große Engagement vieler
1810 Freiwilliger, aber auch von Menschen in Verwaltung, Verbänden, Kirchen und
1811 Religionsgemeinschaften, die sich für neu Hinzugezogene einsetzen und die gegen Rassismus
1812 aufstehen. Ihnen gilt unser Dank und unsere Anerkennung.

1813 Für viele Menschen ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt jedoch schwierig. **Wir**
1814 **wollen für alle Menschen Zeit schaffen, damit sie sich auch einbringen können.** Es ist wichtig,
1815 dass Frauen im Ehrenamt in allen Bereichen und auf allen Ebenen gleichberechtigt vertreten
1816 sind.

1817 Wir werden gesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub in allen Bundesländern auf den Weg
1818 bringen und mit einem Bundesgesetz zur Freiwilligenförderung verbinden. Auch die Angebote

1819 für ehrenamtliches Engagement älterer Menschen müssen ausgebaut werden. Die
1820 Altersgrenzen beim ehrenamtlichen Engagement beispielsweise als Schöffe, werden wir gezielt
1821 überprüfen und abbauen.

1822 Ehrenamtliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die
1823 Förderung des Ehrenamtes werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir
1824 wollen, dass dafür eine **Deutsche Engagementstiftung** gegründet wird. Über die Stiftung kann
1825 die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, über den
1826 Einsatz der Mittel mitentscheiden. Wir wollen ein Gemeinnützigkeitsrecht, das den
1827 Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen Rechnung trägt. Daher werden wir
1828 gesellschaftspolitisch bedeutsame Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke
1829 aufnehmen. Die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst werden wir
1830 weiter finanziell aufstocken.

1831 Die Selbstverwaltung ist ein bewährtes Grundprinzip der Sozialversicherungen, das sich auf das
1832 Engagement von Ehrenamtlichen stützt. Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und
1833 gemeinsam mit den Sozialpartnern die Verfahren der Sozialwahlen modernisieren.

1834 Die Wohlfahrtspflege ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und für uns ein wichtiger
1835 Partner. In den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtspflege sind rund 1,6 Millionen
1836 Menschen hauptamtlich beschäftigt; schätzungsweise 2,5 bis 3 Millionen Menschen leisten
1837 ehrenamtlich engagierte Hilfe in Initiativen, Hilfswerken und Selbsthilfegruppen. Kirchen,
1838 Religionsgemeinschaften und Verbände leisten hier unverzichtbare Arbeit.

1839 **Für Offenheit und Transparenz politischer Prozesse:**

1840 Wir brauchen **mehr Offenheit bei** politischen Entscheidungen. Die **Transparenz des staatlichen**
1841 **Handelns** muss verbessert werden. Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen der
1842 Bevölkerung grundsätzlich zur Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegen
1843 sprechen. Wir wollen die Informationsfreiheit stärken und das Informationsfreiheitsrecht zu
1844 einem Informationsfreiheits- und Transparenzrecht weiterentwickeln. Offene Daten (Open
1845 Data) sollen kostenfrei bereitgestellt werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur
1846 Entwicklung innovativer Technologien und neuer Geschäftsmodelle geleistet werden.

1847 Wir wollen eine „**legislative Fußspur**“ einführen. Hierdurch wollen wir für alle offenlegen,
1848 welchen Beitrag externe Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter bei der
1849 Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Damit werden Entscheidungsprozesse
1850 nachvollziehbar. Auch ein **verpflichtendes Lobbyregister** beim Deutschen Bundestag kann dazu
1851 beitragen. Wir werden es auf gesetzlicher Grundlage einrichten. Die Öffentlichkeit erhält
1852 darüber Auskunft, welche Interessenvertretung mit welchem Budget für wen tätig ist.

1853 Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus
1854 Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenden wollen
1855 wir künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin und Spender
1856 einführen. Zudem unterstützen wir die Forderung, Sponsoring in den Rechenschaftsberichten
1857 der Parteien aufzuführen und das Parteiengesetz zu überarbeiten.

1858 **Gleichberechtigung und Gleichstellung:**

1859 Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel
1860 unserer Politik. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen
1861 Bereichen verwirklichen. Wir wollen heute und in Zukunft eine moderne Gleichstellungspolitik,
1862 die eng mit guter Politik für Familien verbunden ist. Denn solange Familienaufgaben nach wie
1863 vor überwiegend von Frauen übernommen werden, sind es Frauen, die aufgrund ihres
1864 familiären Engagements berufliche Nachteile erfahren. Die Gleichstellung von Frauen und
1865 Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Und eine Aufgabe für alle Bereiche der

1866 Politik: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber
1867 auch Haushalts- und Finanzpolitik.

1868 **Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind und die**
1869 **Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird.** Frauen erhalten im
1870 Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem ersten Schritt mit
1871 einem Transparenzgesetz (Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen) dieser
1872 **Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt.** Daneben werden wir gemeinsam mit den
1873 Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen
1874 die Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die
1875 verschulden Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und
1876 Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge überführen.

1877 In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz weiterentwickeln. **Männer und**
1878 **Frauen sollen gleich behandelt und vertraglich gleich gestellt werden.** Wir werden dabei
1879 Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen. Denn hier sind die meisten
1880 Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche
1881 verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach
1882 vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.

1883 Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten
1884 Geschlechterklischees entsprechen. Es ist für alle ein Gewinn, wenn sich **mehr Frauen für MINT-**
1885 **Berufe** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) entscheiden und mehr
1886 Männer in den Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. Dazu fördern wir frühzeitige
1887 Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und
1888 Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.

1889 Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen
1890 Dienst haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. **Führungsgremien sollen**
1891 **jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt** sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen
1892 wir eine **Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen** – und zwar für alle Bereiche:
1893 Wirtschaft und Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft. Dem Öffentlichen Dienst
1894 kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und
1895 ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie
1896 die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen.
1897 Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen
1898 von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die
1899 auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind.

1900 Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt
1901 beteiligt sind. Wir werden verstärkt junge Frauen ansprechen und für politische Beteiligung
1902 gewinnen.

1903 **Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:**

1904 Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die
1905 Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die
1906 Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung
1907 und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als
1908 weiteren Schritt fordern wir einen **dritten Aktionsplan der Bundesregierung** zur Bekämpfung
1909 von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007). Wir brauchen einen individuellen
1910 Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer. Das gilt auch für geflüchtete Frauen und
1911 Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen,
1912 Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen soll ausgebaut und weiterentwickelt
1913 werden. Keine Hilfesuchende darf aus finanziellen Gründen oder aus Platzmangel abgewiesen

1914 werden. Ein Bundesförderprogramm soll die erforderlichen Maßnahmen im Hilfesystem in
1915 Gang setzen.

1916 Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention
1917 überwachen. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen
1918 wir zudem ein Präventionsprogramm.

1919 Wir nehmen auch Gewalt gegen Männer sehr ernst. Männer, die Opfer von häuslicher und
1920 sexualisierter Gewalt geworden sind, benötigen Hilfsangebote. Wir werden daher
1921 entsprechende Maßnahmen in den Aktionsplan aufnehmen.

1922 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor zehn Jahren in Kraft getreten. Wir
1923 werden es weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und
1924 weiten den Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem wollen wir ein
1925 Verbandsklagerecht im AGG verankern.

1926 Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien
1927 und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir
1928 sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht. Wenn notwendig,
1929 werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.

1930 **Vielfältige Lebensrealitäten anerkennen:**

1931 Menschen sollen **unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit**
1932 **gleichen Rechten und Pflichten.** Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz müssen
1933 um die sexuelle Identität erweitert werden. Wir werden die soziale und rechtliche Lage von
1934 Transsexuellen und Transgendern verbessern und Initiativen gegen Homo- und Transphobie
1935 verstärken. Mit Änderungen im Transsexuellengesetz wollen wir gewährleisten, dass sie selbst
1936 über ihr Leben bestimmen können.

1937 Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt. Das Verständnis von Familie in Deutschland wird
1938 breiter: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Wir
1939 werden daher die **Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen** und wollen die Ehe für alle. Das
1940 schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir wollen ein modernes Familienrecht, das
1941 die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Familien mit verheirateten, unverheirateten oder
1942 gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien,
1943 Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all
1944 diesen Konstellationen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. **Das Wohl der**
1945 **Kinder muss dabei immer im Mittelpunkt stehen.**

1946 Wenn Eltern sich trennen, setzen wir auf einvernehmliche Lösungen. Das Familienrecht ist
1947 allerdings noch immer stark auf die Mutter zentriert, was sich auch auf das Umgangs- und
1948 Unterhaltsrecht auswirkt. Wir wollen das **gemeinsame Erziehen nach Trennung oder**
1949 **Scheidung im Interesse der Kinder stärken.** Deshalb werden wir das Unterhaltsrecht
1950 reformieren. Wir wollen auch für Kinder aus Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen
1951 sind, die Möglichkeit verbessern, mit beiden Eltern Umgang zu haben. Dazu werden wir einen
1952 Umgangsmehrbedarf einführen, wenn beide Eltern das Kind betreuen.

1953 Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der
1954 Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die
1955 sozialen Eltern sind. Deshalb setzen wir uns **für ein modernes Abstammungsrecht** ein, das
1956 diesen neuen Konstellationen Rechnung trägt.

1957 Auch das Vormundschaftsrecht muss reformiert werden. Das Wohl des Kindes muss im
1958 Vordergrund stehen. Wo in der Vergangenheit die Vermögenssorge überbetont wurde, soll –
1959 im Interesse der betroffenen Kinder – die Verantwortung des Vormunds für die Erziehung,
1960 Fürsorge und Entwicklung des Kindes stärker hervorgehoben werden. Wir werden die **Rechte**

1961 **von Pflegekindern** stärken. Denn für Kinder, die in einer Pflegefamilie leben, sind Kontinuität
1962 und Sicherheit besonders wichtig.

1963 Menschen können durch Krankheit, Unfall oder Behinderung handlungs- und
1964 entscheidungsunfähig werden. Eine moderne Gesellschaft braucht für diesen Fall verlässliche
1965 Regelungen. Dazu wollen wir die **Vorsorgevollmacht** stärker ins Bewusstsein bringen. Denn mit
1966 ihr können Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen, wer im Notfall stellvertretend für sie
1967 ihre Angelegenheiten regeln darf. Zudem wollen wir rechtlich klarstellen, was viele bereits für
1968 selbstverständlich halten: Ehegatten und Lebenspartner – sofern sie nicht getrennt leben –
1969 sollen **grundsätzlich** für den handlungsunfähigen Partner oder die Partnerin bei Fragen der
1970 Gesundheitsvorsorge stellvertretend entscheiden dürfen. Die Anordnung einer Betreuung muss
1971 immer das letzte Mittel bleiben. Deshalb werden wir den Grundsatz der Erforderlichkeit im
1972 Betreuungsrecht stärken. Betreute müssen sich darauf verlassen können, dass für sie ein guter
1973 Betreuer bestellt wird, der ihr Selbstbestimmungsrecht respektiert.

1974 **Inklusive Gesellschaft:**

1975 Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne
1976 Behinderungen selbstverständlich sein. **Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive**
1977 **Gesellschaft sein.**

1978 Die gesetzliche Grundlage für die **Teilhabeleistungen** hat sich mit dem Bundesteilhabegesetz
1979 bereits deutlich verbessert. Teilhabeleistungen sind Angebote der medizinischen
1980 Rehabilitation, um beispielsweise Behinderungen abzuwenden, Angebote zur beruflichen
1981 Rehabilitation, um am Arbeitsleben teilnehmen zu können, und Angebote, die ein
1982 selbständiges Leben ermöglichen. Wir wollen, dass Betroffene ohne Diskriminierung und ohne
1983 großen Aufwand Zugang zu diesen Leistungen bekommen. Wir treten dafür ein, dass
1984 Menschen mit Behinderungen alle Leistungen der Pflegeversicherung erhalten – unabhängig
1985 davon, wie sie wohnen.

1986 Wir streben **einen inklusiven Arbeitsmarkt** an, der allen Menschen eine Beschäftigung
1987 entsprechend ihren Fähigkeiten ermöglicht und ihnen die dafür notwendige Unterstützung
1988 bietet. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Der
1989 Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf soll ebenso verbessert werden wie der
1990 Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu zählen auch generelle
1991 Regelungen zur **Barrierefreiheit** am Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber. Das Angebot der
1992 Werkstätten werden wir im Hinblick auf einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Eine
1993 wichtige Funktion bei der Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes nehmen dabei die
1994 Schwerbehindertenvertretungen ein, deren Rechte wir weiter stärken wollen. Dies betrifft
1995 insbesondere die Anhörungs- und Beteiligungsverpflichtung bei der Einstellung von Menschen
1996 mit Behinderung, bei Abmahnungen und Aufhebungsverträgen.

1997 Wir treten dafür ein, dass die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderungen
1998 im Einkommenssteuergesetz angepasst werden.

1999 Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Auch
2000 an politischen Entscheidungsprozessen! Das schließt insbesondere das Recht ein,
2001 uneingeschränkt an demokratischen Wahlen teilnehmen zu können.

2002 Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv
2003 gestaltet werden. Dabei ist Barrierefreiheit unverzichtbar. Wir werden vor allem die
2004 Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Die Kinder- und Jugendhilfe soll für alle da sein –
2005 für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung. Sie muss entsprechend ausgestattet
2006 werden. Wir wollen in der Kinder- und Jugendhilfe alle Leistungen zusammenführen, um die
2007 Betreuung von Familien aus einer Hand zu gewährleisten

2008

2009 **Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft gestalten:**

2010 Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende

2011 Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der

2012 Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe,

2013 den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen

2014 Gesellschaft, die auf **gemeinsamen Werten und Normen** beruht. **Grundlage für alle ist das**

2015 **Grundgesetz.**

2016 Niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen

2017 Hintergrundes schlechtere Chancen haben. Das heißt auch: Allen Kindern soll der Besuch einer

2018 Kita ermöglicht werden. Die Berufsschulen haben eine Brückenfunktion bei Spracherwerb und

2019 ersten praktischen Erfahrungen. Darin werden wir sie stärken. Schule und Bildung sind der

2020 Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen auf Integration. Deshalb darf das Ende der

2021 (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu

2022 besuchen. Gleichzeitig werden wir die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen

2023 verbessern.

2024 Wir wollen den Anteil von **Studierenden mit familiären Einwanderungsgeschichten an**

2025 **Universitäten und Fachhochschulen steigern.** Dazu werden wir sichere Zukunftsperspektiven

2026 für ausländische Studierende in Deutschland schaffen. Wer hier erfolgreich ein Studium

2027 abgeschlossen hat, soll ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten.

2028 **Integrationskurse** sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem

2029 grundsätzlich weiter allen offenstehen, die Asyl beantragt haben oder im rechtlichen Sinn

2030 geduldet sind. Voraussetzung ist eine gute Bleibeperspektive in Deutschland. Wir wollen die

2031 Integrationskurse und die berufsbezogene Sprachförderung besser mit arbeitsmarktpolitischen

2032 Maßnahmen wie der Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben

2033 verbinden. Damit wollen wir **besonders auch Frauen und Mütter** aus Einwanderungsfamilien

2034 erreichen. Denn sie sind entscheidend für die gelingende Integration der ganzen Familie.

2035 Ein zentrales Element bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen und

2036 Nachqualifizierung ist die Verzahnung von **Kompetenzfeststellung und**

2037 **Arbeitsmarktintegration.** Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden.

2038 Die Kosten für Anerkennungsverfahren werden wir sozialverträglich gestalten.

2039 Anerkennungsuchende wollen wir fördern. Dafür entwickeln wir entsprechende Maßnahmen.

2040 In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Wir

2041 wollen, dass sich das auch in der Zusammensetzung des Öffentlichen Dienstes niederschlägt.

2042 Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen und eine Öffnung gegenüber den verschiedenen

2043 Kulturen unterstützen diesen Prozess. Das Verständnis für verschiedene Kulturen soll auch ein

2044 noch stärkerer Teil der Aus- und Weiterbildung im Bereich Gesundheits- und Pflegeberufe sein.

2045 Ein **modernes Staatsangehörigkeitsrecht** ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration.

2046 Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit auch bei Einbürgerungen ein.

2047 Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wollen wir den Doppelpass

2048 ermöglichen und die Optionspflicht komplett abschaffen.

2049 **Sport und Kultur sind ein starker Integrationsmotor.** Hier kommen Menschen zusammen,

2050 lernen sich kennen und bauen Vorurteile ab. Solche Angebote werden wir weiterhin

2051 unterstützen. Das gilt auch für alle Einrichtungen und Orte, die Begegnung ermöglichen und in

2052 denen die Werte unseres Grundgesetzes gelebt werden – Vereine, Gewerkschaften, Kirchen,

2053 Religionsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen.

2054 Der **interreligiöse Dialog** und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein

2055 friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt. Wir wollen allen Kindern Religions- und

2056 Ethikunterricht ermöglichen und damit ihr Wissen auch über andere Religionen fördern.

2057 Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes. Wir unterstützen die organisatorische
2058 Entwicklung von muslimischen Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland
2059 nach deutschem Recht gründen und wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung
2060 achten. Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres
2061 bewährten Religionsverfassungsrechts offen.

2062 **Kulturpolitik:**

2063 Eine offene und moderne Gesellschaft braucht gelebte Kunst und Kultur, die sie spiegelt,
2064 kritisiert und voranbringt. Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. Kultur
2065 regt Diskurse an und trägt zur Identitätsbildung und Entwicklung jedes Einzelnen bei. Kunst
2066 und Kultur sind frei. In Zeiten des wachsenden Populismus ist eine **offene Kultur der Schlüssel**
2067 **zum Dialog**. Kultur macht Neues erfahrbar, baut Brücken zu Unbekanntem und kann für mehr
2068 Verständigung sorgen. Die Ausdrucksformen sind vielfältig – wie unser Kulturverständnis.
2069 Klassische Orchester gehören dazu, genauso wie Laienchöre, Rock- und Popmusik, die
2070 elektronische Musik, Museen, soziokulturelle Zentren, Theater, Kinos und Literatur und die
2071 Spielebranche.

2072 **Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle“:** Wir ermöglichen Kultur unabhängig von
2073 Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht oder Herkunft. Migrantische Communities haben
2074 einen positiven kulturellen Einfluss – das schätzen wir. Kultur soll auch weiterhin „von allen“
2075 getragen werden, hier hat die öffentliche Hand den Auftrag, eine Grundversorgung
2076 sicherzustellen. Bürgerinnen und Bürger wie auch die Kulturwirtschaft sind wesentliche
2077 Akteure. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu
2078 sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Darüber hinaus sollen alle Einrichtungen, die vom
2079 Bund gefördert werden, einmal im Monat einen kostenlosen Eintritt anbieten.

2080 Wir stehen an der Seite der Künstlerinnen und Künstler: **Wir werden ihre Rechte stärken und**
2081 **sie sozial besser absichern.** Sie müssen von ihrer Arbeit leben können. Dabei verlieren wir
2082 jedoch die anderen Akteure des Kunst- und Kulturbereichs nicht aus dem Blick. Wir setzen uns
2083 für gerechte Aushandlungsprozesse ein, um kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit
2084 voranzubringen. Bei Bundeskulturförderungen werden wir für eine gerechte Vergütung sorgen.
2085 Wir machen uns für Mindestvergütungen und Ausstellungsvergütungen stark und prüfen die
2086 Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts. Die solidarische Finanzierung der
2087 Künstlersozialkasse durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und durch den Staat ist für die
2088 SPD nicht verhandelbar.

2089 Kunst- und Kulturförderung sind für die gesamte Gesellschaft da. Wir wollen Kunst um ihrer
2090 selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen
2091 Zwecken nützt. Daher soll bei **Projektförderungen stärker auf Expertenjurys** zurückgegriffen
2092 werden. Die Entscheidung, was und wie gefördert wird, muss auch nach
2093 Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Nachhaltigkeit, Integration und Aspekten kultureller
2094 Bildung getroffen werden.

2095 Die Kulturförderung im digitalen Bereich soll den Zugang zu künstlerischen Werken verbessern
2096 – insbesondere für diejenigen, die bisher von Kunst und Kultur ausgeschlossen sind. Wir wollen
2097 die **Dynamik der freien Kunstszene** verstärkt nutzen und ihre Impulse für unsere Gesellschaft
2098 aufgreifen. Die noch immer gebräuchliche Unterscheidung zwischen Hoch- und Subkultur ist
2099 für uns veraltet und irreführend. Für uns gibt es nur Kultur! Das erfolgreiche Instrument der
2100 Kulturentwicklungsplanung (Blaubuch der kulturellen Leuchttürme) für Deutschland werden
2101 wir neu auflegen.

2102 Im Bereich der wirtschaftlichen **Filmförderung wollen wir den Filmförderfonds (DFFF)**
2103 **weiterentwickeln.** Unsere vielfältige Kinolandschaft wollen wir erhalten und die
2104 Rahmenbedingungen für künstlerisch herausragende Filme stärken. Auch die Entwicklung

2105 innovativer und kulturell wertvoller Computer- und Videospiele wollen wir fördern, denn
2106 Computerspiele haben sich zu einem Kulturgut entwickelt.

2107 Wir wollen unser kulturelles Erbe bewahren und erlebbar machen. Jubiläen von bundesweiter
2108 Bedeutung müssen auch vorrangig durch die Bundesebene gefördert werden. Zudem wollen
2109 wir die **Denkmalschutzprogramme des Bundes stärken**. Wir wollen moderne Technik stärker
2110 einsetzen, um unser kulturelles Erbes durch Digitalisierung zu sichern. Dafür müssen Bund und
2111 Ländern zum Beispiel stärker in die Deutsche Digitale Bibliothek investieren. Die **Digitalisierung**
2112 **des nationalen Filmerbes** durch ein abgestimmtes Konzept von Bund, Ländern und der
2113 Filmbranche unterstützen wir. Die Einrichtungen für das Filmerbe des Kinemathekverbundes
2114 wollen wir personell und finanziell stärken.

2115 Vielfalt gehört zum Einwanderungsland Deutschland und muss sich **auch in den**
2116 **Führungsetagen der Kultureinrichtungen und in kulturellen Bildung** widerspiegeln. Die
2117 Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Bildungsinstitutionen – nicht zuletzt im
2118 Ganztagsschulbereich – soll intensiviert werden. Bundesweit erfolgreiche Projekte wie „Kultur
2119 macht stark“ unterstützen wir. Bibliotheken und soziokulturelle Zentren wollen wir verstärkt
2120 fördern.

2121 Wir wollen die Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen: mehr Frauen
2122 sollen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und künstlerische
2123 Leistungen geschlechterunabhängig honoriert werden. Die Besetzung von Jurys, Gremien, etc.
2124 muss quotiert erfolgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen einbezogen
2125 werden kann.

2126 **Erinnerungskultur – Gedenken und Erinnern:**

2127 Erinnern und Gedenken sind zentrale Aufgaben einer offenen und modernen Gesellschaft. Für
2128 uns ist Zukunft an das Bewusstsein für unsere Geschichte und unsere Verantwortung
2129 geknüpft. Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die
2130 jeweils andere zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen noch zu einer
2131 Bagatellisierung des SED-Unrechts.

2132 Die **Erinnerung an den systematischen Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden**
2133 bleibt für die Sozialdemokratie von außerordentlicher Bedeutung. Wir wollen die Verbrechen
2134 an bisher wenig erforschten Opfergruppen besser aufarbeiten. Darüber hinaus wollen wir
2135 historisch-politische Bildungskonzepte unterstützen, die verstärkt auf neue Medien setzen und
2136 die Digitalisierung der Gedenkstättenarbeit ausbauen.

2137 Die **internationale Zusammenarbeit in der Gedenkstättenförderung** dient der Versöhnung und
2138 dem Frieden. Die Erinnerungsarbeit bietet eine besondere Chance, die Verbindung mit den
2139 osteuropäischen Ländern und ihrer Geschichte gemeinsam erfahrbar zu machen. Eine
2140 besondere Bedeutung kommt hier dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität und
2141 der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu. Deren Austausch mit internationalen
2142 Stiftungen, Forschungseinrichtungen und Universitäten soll stärker als bisher gefördert
2143 werden.

2144 Wir unterstützen die Rückgabe der während der NS-Zeit entzogenen Kulturgüter an die
2145 früheren Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger. Die **Forschung zur Herkunft von**
2146 **Kulturgütern (Provenienzforschung) soll dafür intensiviert** werden. Wir brauchen Anreize,
2147 damit auch private Sammlungsbestände berücksichtigt werden können. Um eine Rückgabe fair
2148 und gerecht zu gestalten, werden wir ein Gesetz auf den Weg bringen.

2149 Wir wollen zügig die gesetzgeberische Grundlage für eine **Reform der Stasi-Unterlagen-**
2150 **Behörde** schaffen. Die vorliegende Empfehlung der Expertenkommission aus 2016 bietet
2151 hierfür eine gute Grundlage. Die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung soll finanziell und
2152 personell gestärkt werden.

2153 Wir werden die **Gedenkstättenkonzeption des Bundes** so überarbeiten, dass sie auch die
2154 herausragenden Orte der Demokratiegeschichte Deutschlands berücksichtigt und den Umgang
2155 mit bestehenden und künftigen nationalen Denkmälern beschreibt.

2156 **Medienordnung und Medienfreiheit:**

2157 Die Medienwelt verändert sich durch Digitalisierung. Auch die wirtschaftlichen
2158 Rahmenbedingungen sind neu. **Vielfalt, Informationsfreiheit und eine freie private Presse sind**
2159 **und bleiben entscheidend für das Gelingen unserer Demokratie.** Nur wenn alle Bürgerinnen
2160 und Bürger ohne großen Aufwand Zugang zu Medien und Informationen erhalten, können sie
2161 gleichberechtigt an demokratischen Prozessen teilhaben. In manchen ländlichen Regionen
2162 kann die Zustellung von Zeitungen nur noch schwer aufrecht erhalten werden. Deshalb prüfen
2163 wir Maßnahmen, wie der Vertrieb im ländlichen Raum gesichert werden kann.

2164 Eine freie Presse braucht einen **wirksamen Informantenschutz**: Es muss in allen
2165 Prozessordnungen und in allen Ermittlungsstadien den selben Schutz geben – das gilt
2166 beispielsweise für selbstrecherchiertes Material und den Schutz vor Beschlagnahmung. Wir
2167 wollen ein Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene einführen.

2168 Zeitungen und Zeitschriften sollen sich auch im digitalen Umfeld frei entfalten können. Sie
2169 brauchen Rahmenbedingungen, dass es sich auch künftig für sie lohnt, mediale und
2170 insbesondere journalistisch-redaktionelle Angebote zu erstellen. Gesellschaftlich relevante
2171 Inhalte müssen auch in Zukunft im Netz auffindbar sein. Deshalb ist es richtig, in ein
2172 zeitgemäßes Medienrecht „**Must-be-found**“-Regelungen zu integrieren. Wird die
2173 Netzneutralität und damit das offene und freie Internet gefährdet, werden wir eingreifen.

2174 Für die Gestaltung der Medienordnung hat die europäische Ebene eine immer stärkere
2175 Bedeutung. Bund und Länder sollen sich deshalb gemeinsam für moderne Regeln einsetzen, die
2176 die Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gewährleisten und Meinungsmonopole verhindert.
2177 Die Vielfalt von Zeitungen, Medienanstalten und Verlagen ist ein hohes Gut, das wir schützen
2178 wollen.

2179 Wir benötigen nach wie vor die **Balance zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem**
2180 **Rundfunk**. Diese duale Medienordnung hat nur Bestand, wenn die öffentlich-rechtlichen
2181 Anstalten so finanziert sind, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können und qualitativ
2182 hochwertige Angebote entwickeln und wenn der private Rundfunk entsprechende
2183 Einnahmeperspektiven hat. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss den Anforderungen
2184 der digitalen Gesellschaft gerecht werden. Die 7-Tage-Bereitstellungsregelung der öffentlich-
2185 rechtlichen Mediatheken ist nicht mehr zeitgemäß und soll entfallen. Die SPD tritt für eine
2186 erhöhte finanzielle Ausstattung unseres Auslandssenders, der Deutschen Welle ein.

2187 Unsere Kinder sollen Medien sicher nutzen können. Die Anbieter sind dazu angehalten, für den
2188 Schutz von Kindern und Jugendlichen zu sorgen.

2189 **Urheberrecht im Zeitalter der Digitalisierung:**

2190 Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Fast alles, was wir im
2191 Internet tun, ist mit urheberrechtlichen Handlungen verbunden – kopieren, wiedergeben,
2192 veröffentlichen. Wir werden die **Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern** und einen
2193 gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern suchen. Wir wollen Vergütung, keine
2194 Verbote. Dazu soll auch das Prinzip der pauschalen Vergütung auf diejenigen ausgeweitet
2195 werden, die mit der Vermarktung von kreativen Leistungen im Internet Geld verdienen –
2196 beispielsweise Online-Plattformen. Viele Nutzerinnen und Nutzer im Internet produzieren
2197 selbst Inhalte und werden damit ebenfalls zu Urhebern. Daher müssen wir die berechtigten
2198 Interessen der Nutzerinnen und Nutzer verstärkt berücksichtigen.

2199 Wir unterstützen die Bemühungen der EU-Kommission, ein modernes und zukunftsfähiges
2200 Urheberrecht in Europa zu schaffen. Der Anspruch der Urheberinnen und Urheber und der

2201 Verlegerinnen und Verleger auf eine angemessene Vergütung muss stärker berücksichtigt
2202 werden. Digitale Kulturgüter sollen, wo dies europarechtlich möglich ist, prinzipiell auf dieselbe
2203 Mehrwertsteuerstufe gestellt werden wie analoge Kulturgüter.

2204 **Sport:**

2205 **Sport ist für Millionen Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags.** Er stärkt den
2206 Zusammenhalt und ist gut für die Gesundheit. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie
2207 Fairness und Respekt und bieten die Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen
2208 auszuloten und das Selbstbewusstsein zu stärken.

2209 In den ländlichen Gebieten aber auch in den Städten sind viele Sportanlagen marode. Hier
2210 brauchen die Kommunen Unterstützung des Bundes. Wir werden uns **für ein mehrjähriges**
2211 **Förderprogramm für Sportstätten in den Kommunen einsetzen, um die Bedingungen für die**
2212 **Vereine und den Breitensport zu verbessern.**

2213 **Der Sport lebt von Millionen ehrenamtlich geleisteten Stunden.** Wer ehrenamtlich tätig wird,
2214 muss sich häufig mit sehr viel bürokratischen Anforderungen auseinandersetzen. Hier werden
2215 wir die Anregungen von Vereinsmitgliedern aufgreifen und bestehende Regelungen auf den
2216 Prüfstand stellen.

2217 Die SPD steht als Partner des Spitzensports an der Seite von Athletinnen und Athleten.
2218 Olympischer und paralympischer Sport stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Wir
2219 wollen die Bedingungen, unter denen Hochleistungssport in Deutschland betrieben wird,
2220 weiter verbessern. Dazu gehört eine **angemessene finanzielle Förderung und gute**
2221 **Trainingsbedingungen der Athletinnen und Athleten.** Die Unterstützung der dualen Karriere
2222 aus Sport und Beruf ist uns besonders wichtig. Nur wenige Athletinnen und Athleten können
2223 während der aktiven Zeit vom Sport leben. Wir wollen Spitzenathletinnen und -athleten in
2224 enger Kooperation mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe zu einem frühzeitigen Aufbau einer
2225 Alterssicherung verhelfen.

2226 Für die SPD ist klar: **Sport muss sauber und fair** bleiben. Der Kampf gegen Doping und
2227 Spielmanipulation ist wesentlich für einen fairen Wettbewerb und bleibt ein zentraler
2228 Bestandteil sozialdemokratischer Sportpolitik.

2229 **Es ist Zeit für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer**

2230 Die europäische Einigung ist ein einzigartiger historischer Erfolg. Sie beruht auf der Idee des
2231 freien, friedlichen und solidarischen Zusammenlebens der Menschen und Völker Europas. Auch
2232 wenn manches zu verbessern ist, eines stimmt auf jeden Fall: In keiner Region auf der Welt
2233 leben Menschen **so frei und demokratisch und so friedlich und sicher** wie in Europa! Deshalb
2234 kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa – gerade jetzt, da das
2235 Einigungswerk von innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner
2236 Geschichte. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!

2237 Deutschland ist ein stabiles Land. Wir sind zugleich Stabilitätsanker für Europa. Das wollen wir
2238 auch in Zukunft sein. Allerdings wissen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass
2239 nur alle gemeinsam Europa führen können und niemand den Anspruch erheben kann, dass alle
2240 anderen ihm folgen. Europa besteht aus vielen Mitgliedsstaaten. Unabhängig von ihrer Größe
2241 gilt: Alle sind gleichberechtigt. Dabei kommt **Deutschland mit Frankreich eine besondere**
2242 **gemeinsame Verantwortung** für den Zusammenhalt Europas zu. Aber nur in der
2243 gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten schaffen wir für die Bürgerinnen
2244 und Bürger der Europäischen Union das, was wir allein als einzelne Nationalstaaten in einer
2245 sich ändernden Welt nicht mehr erreichen können. In dieser Welt, in der Asien, Lateinamerika
2246 und Afrika wachsen, werden unsere Kinder und Enkel nur dann eine Stimme haben, wenn es
2247 eine gemeinsame europäische Stimme ist. Europa ist deshalb kein Verlust, sondern ein Gewinn
2248 an Souveränität, die wir als einzelne Nationalstaaten nicht mehr hätten.

2249 Das europäische Gesellschaftsmodell verbindet Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlichen
2250 Erfolg und soziale Sicherheit. Diese **gemeinsame europäische Idee werden wir stärken**. Im Zuge
2251 der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie infolge der Flüchtlingsbewegungen hat das Vertrauen
2252 in die EU gelitten. Nationale Gegensätze und Egoismen sind zurückgekehrt, populistische, anti-
2253 europäische Parteien sind auf dem Vormarsch. Wir stellen uns diesen autoritären und
2254 nationalistischen Kräften in Europa entschieden entgegen und **kämpfen für mehr**
2255 **europäischen Zusammenhalt und Solidarität**.

2256 Wir wollen einen mutigen Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa. Ein Europa, das die
2257 Menschen und ihre Alltagsorgen in den Blick nimmt. Ein Europa, das massiv in Ausbildung,
2258 Arbeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert. Ein Europa, in dem große
2259 Konzerne ihre Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, solidarisch
2260 handelt und den Menschen Sicherheit gibt.

2261 **Investitionen in Arbeit und Ausbildung:**

2262 Wir wollen **das europäische Wohlstandsversprechen erneuern**. Daher fordern wir mehr
2263 Investitionen in Europas Zukunft. Denn Deutschland ist nicht „Nettozahler“ oder gar „Lastesel“
2264 der europäischen Union, sondern Nettogewinner. Millionen von Arbeitsplätzen in unserem
2265 Land hängen davon ab, dass es anderen in Europa auch gut geht. So gut, dass sie sich unsere
2266 hochwertigen Waren und Dienstleistungen leisten können. Rund 60 Prozent unserer Exporte
2267 gehen in die Europäische Union. Jede Investition in die Stärkung unserer Nachbarländer und in
2268 eine erfolgreiche europäische Entwicklung ist deshalb zugleich eine Investition in unsere
2269 eigene Zukunft.

2270 Wir wollen **Europa aus der Wachstumsschwäche herausführen**, indem wir die wirtschaftliche
2271 Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents verbessern und die viel zu hohe **Arbeitslosigkeit vor**
2272 **allem in Süd- und Westeuropa bekämpfen**. Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen
2273 schaffen. Das umfasst vor allem die Investitionen in die grenzüberschreitenden europäischen
2274 Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles
2275 Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung
2276 und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

2277 Um innovative Unternehmensgründungen zu fördern, wollen wir die **Bedingungen für**
2278 **Risikokapital verbessern**. Die EU muss durch eine aktive Innovations- und Industriepolitik ihre
2279 Wettbewerbsfähigkeit steigern. Dazu werden wir mehr Mittel für Innovationen bereitstellen.
2280 Mit neuen Maßnahmen wollen wir eine zielgenauere Förderung erreichen und dafür sorgen,
2281 dass aus guten Ideen schneller neue Produkte werden.

2282 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss seinem Namen gerecht werden. Die Regeln müssen
2283 so weiterentwickelt werden, dass sie übermäßige **Verschuldung verringern, aber ausreichende**
2284 **Freiräume für langfristig wirkende Reformen und konjunkturstützende Investitionen** geben.
2285 Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte Flexibilität erlaubt es, dass Mitgliedstaaten
2286 in guten Zeiten solide Haushalte, um in Krisen mit einer antizyklischen Politik erfolgreich
2287 gegensteuern zu können.

2288 Die junge Generation ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen deshalb die EU-Mittel im
2289 Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit deutlich aufstocken und in einem **permanenten**
2290 **Jugendbeschäftigungsfonds** bündeln. Wir wollen den europäischen Freiwilligendienst und die
2291 Austauschprogramme der EU wie Erasmus+ ausbauen. Und wir brauchen ein **Europäisches**
2292 **Mobilitätsprogramm**, aus dem junge Menschen unterstützt werden können, wenn sie in einem
2293 anderen Mitgliedstaat eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz aufnehmen möchten.

2294 **Soziales Europa:**

2295 **Wir wollen eine europäische Sozialunion**, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen
2296 ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam
2297 unterbindet.

2298 Es muss in Europa das Prinzip gelten: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für
2299 gleichwertige Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen! **Keine Toleranz gegenüber**
2300 **Sozialdumping**.

2301 Unser übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der sozialen Grundrechte: Durch ein **soziales**
2302 **Fortschrittsprotokoll** wollen wir festschreiben, dass soziale Rechte gleichrangig sind gegenüber
2303 den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes. Zudem wollen wir **wirksame EU-**
2304 **Regeln gegen Sozialdumping**, insbesondere bei der Vergabe von Unteraufträgen, bei
2305 Briefkastenfirmen, bei vorgetäuschter Entsendung von Arbeitskräften und bei
2306 Scheinselbständigkeit. Wir werden Unternehmen nicht gestatten, nur auf dem Papier ins
2307 Ausland zu gehen, während sie gleichzeitig ihre Aktivitäten im eigenen Land fortsetzen. Was
2308 sie hiermit bezwecken, sind lediglich geringere Lohnkosten und geringerer
2309 Arbeitnehmerschutz. Verstöße gegen das Arbeitsrecht sollen wie Verstöße gegen das
2310 Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene geahndet werden können.

2311 Starke Gewerkschaften und Tarifverträge gewährleisten eine angemessene Bezahlung von
2312 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir müssen die **Mitbestimmungsrechte in ganz**
2313 **Europa stärken**. Die soziale Marktwirtschaft, die in Deutschland erfolgreich Arbeitgeber und
2314 Gewerkschaften zu Sozialpartnern gemacht hat, ist auch unsere Leitlinie für Europa. Wo
2315 Gewerkschaftsrechte oder die Tarifautonomie im Zuge der Hilfen für in der Krise befindliche
2316 Staaten ausgesetzt wurden, sind diese wieder herzustellen.

2317 Ein starker sozialer Dialog ist ein wesentlicher Pfeiler eines sozialeren Europas. Deshalb gilt:
2318 **Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden müssen als Sozialpartner** mit der Zivilgesellschaft
2319 direkt und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik
2320 einbezogen und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Es muss zudem sichergestellt sein, dass
2321 Vereinbarungen der Sozialpartner auf EU-Ebene respektiert werden.

2322 **Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:**

2323 Wir sind nicht einzeln stark, sondern nur gemeinsam. Daher brauchen wir eine **koordinierte**
2324 **Wirtschaftspolitik in Europa**. Unser Ziel ist es, die konjunkturellen Entwicklungen der

2325 Mitgliedstaaten Europas besser aufeinander abzustimmen. Exzessive Ungleichgewichte wollen
2326 wir überwinden. Dafür brauchen wir eine bessere und wirksamere Integration der
2327 Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der **Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den**
2328 **Euro-Raum**. Die europäische Wirtschaftsregierung soll sich zusammensetzen aus den
2329 Mitgliedern der Kommission mit entsprechendem Zuständigkeitsbereich – unter politischer
2330 Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Die Wirtschaftsregierung und
2331 ihre Mitglieder müssen insbesondere über das Europäische Parlament legitimiert und
2332 kontrolliert werden. Hierzu sollte im Rahmen des Europäischen Parlamentes eine Struktur
2333 geschaffen werden, die die Aufgabe eines „Eurozonen-Parlamentes“ übernimmt.

2334 Wir wollen insbesondere dort, wo wir mit dem Euro eine gemeinsame Währung haben, ein
2335 **gemeinsames Finanzbudget schaffen**. Es ermöglicht Investitionsimpulse und wirkt zugleich
2336 stabilisierend als Ausgleichsmechanismus bei Krisen. Die Finanzierung erfolgt dabei nicht über
2337 neue Schulden, sondern über eine **wirksame Besteuerung der Finanzmärkte**. Sie haben durch
2338 ihre Gier und verantwortungslosen Spekulationen Europa an den Rand des Abgrunds geführt.
2339 Nur durch staatliche Hilfen konnte Europa stabilisiert werden. Aber bis heute leisten die
2340 Finanzmärkte keine finanziellen Beiträge aus ihren Finanzmarktgeschäften zum Gemeinwohl,
2341 um wenigstens einen Teil dieser öffentlichen Kosten der Finanzkrise zurückzuzahlen.

2342 Wir unterstützen die wachstumsschwachen und hoch verschuldeten EU-Länder und **arbeiten**
2343 **gemeinsam mit ihnen an ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung, so dass sie die Krise aus**
2344 **eigener Kraft meistern**. Außerdem sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus ins
2345 Gemeinschaftsrecht überführt und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt
2346 werden. Wir wollen die Integrität des gemeinsamen Währungsraums erhalten, kein Mitglied
2347 der Eurozone soll zum Ausstieg gedrängt werden. Europa braucht insgesamt klarere,
2348 demokratischere Strukturen und Verantwortlichkeiten als bisher, um Staaten in Krisenlagen zu
2349 helfen und die gemeinsame Währung zu sichern.

2350 Mehr Wachstum und Investitionen in Europa setzen solide Einnahmen voraus. Deshalb muss
2351 Europa endlich Schritte zur **Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des**
2352 **Steuervollzugs in Europa** auf den Weg bringen. Europa braucht Instrumente, um
2353 Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. Wir wollen durchsetzen, dass
2354 Unternehmen dort ihre **Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften**.

2355 **Friedensprojekt Europa:**

2356 Die europäische Idee vom Leben in Freiheit und Verantwortung sichert den Frieden in Europa.
2357 Die europäische Einigung und Erweiterung ist ein einzigartiges und erfolgreiches Projekt der
2358 Friedenspolitik, nach innen wie nach außen. Deutsche und europäische Außenpolitik müssen
2359 Hand in Hand gehen.

2360 Wir machen eine präventive, umfassende **Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen**
2361 **Schwerpunkt der europäischen Politik**. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit
2362 innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und
2363 Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik. Zugleich muss
2364 die europäische Außenpolitik stärker auf den Einsatz für Menschenrechte, starke
2365 internationale Institutionen und für soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet
2366 werden. Zivile Maßnahmen und Mittel der Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben
2367 für uns stets Vorrang. Wir wollen daher besonders die zivile Dimension der europäischen
2368 Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa auch durch den **Aufbau eines europäischen**
2369 **zivilen Friedenskorps**.

2370 Auch in der Verteidigungspolitik wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von
2371 Streitkräften der Mitgliedsstaaten voranbringen – als Teil einer umfassenden, präventiven und
2372 in das internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. 27
2373 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bieten die große Chance, durch **mehr**

2374 **Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben** effizienter, leistungsfähiger und
2375 kostengünstiger zu werden. Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute
2376 teilen, wollen wir uns über die **Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion** verständigen.
2377 Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ständige Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und
2378 ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren **Kooperation und Arbeitsteilung auf**
2379 **dem Weg zu einer europäischen Armee**. Ein solcher Zusammenschluss versteht sich als
2380 ergänzende Anstrengung zur NATO, nicht als deren Konkurrenz. Die NATO ist und bleibt ein
2381 tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft. Sie ist für Frieden und Sicherheit in einer
2382 Zeit neuer internationaler Unsicherheiten und Herausforderungen unverzichtbar.

2383 Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu
2384 fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen.
2385 Jedes Land, das Interesse am Beitritt in die Europäische Union hat, muss zuvor **alle**
2386 **rechtsstaatlichen und demokratischen Kriterien dafür erfüllen**. Fehlende Rechtstaatlichkeit,
2387 Korruption, mangelnde Pressefreiheit und Pluralität, Vetternwirtschaft und mafiöse
2388 wirtschaftliche und politische Strukturen dürfen keinen Eingang in die Europäische Union
2389 finden.

2390 Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der Türkei. Die
2391 gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei sehen wir mit größter Sorge und **verurteilen die**
2392 **massenhaften Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten und Oppositionellen sowie**
2393 **die Einschränkungen fundamentaler Grundrechte** wie der Freiheit von Medien und
2394 Wissenschaft in aller Schärfe. Das Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu
2395 den Werten der Demokratie und Rechtstaatlichkeit, die grundlegend für die europäische
2396 Wertegemeinschaft sind.

2397 Seit mehr als 50 Jahren wird über den Beitritt der Türkei in die Europäische Union verhandelt.
2398 Die Wahrheit ist: Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für
2399 einen Beitritt bereit. Gleichzeitig sind die Beitrittsverhandlungen das einzige kontinuierliche
2400 Gesprächsformat der Europäischen Union mit der Türkei. Ein **Abbruch regelmäßiger Gespräche**
2401 **und eine Isolierung der Türkei sind nicht im Interesse Europas**. Die SPD wird sich deshalb in der
2402 Bundesregierung und gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten der EU und gegenüber der
2403 Türkei dafür einsetzen, auch neue Gesprächsformate zu eröffnen – zum Beispiel über eine
2404 weitere Entwicklung der Zollunion.

2405 Ob und in welcher Weise die Türkei Teil des europäischen Einigungsprozesses sein wird und
2406 wie weit ihre Integration gehen wird, bleibt auch in den kommenden Jahren eine offene und
2407 nicht endgültig beantwortete Frage.

2408 Die **Stärkung der demokratischen Kräfte der Türkei** ist in unserem besonderen Interesse. Wir
2409 setzen uns deshalb für Unterstützung und Reiseerleichterungen für Vertreterinnen und
2410 Vertreter der Zivilgesellschaft, türkisch-deutscher Unternehmen, der Wissenschaften und der
2411 Künste sowie für Journalistinnen und Journalisten ein.

2412 Es ist jetzt an der türkischen Regierung zu entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Klar ist:
2413 **Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft**
2414 **in der Europäischen Union!** Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden.
2415 Wahlkampf und eine Abstimmung über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei wird es
2416 auf deutschem Boden nicht geben.

2417 **Demokratisches und handlungsfähiges Europa:**

2418 Die EU braucht starke Institutionen, allen voran ein starkes Europäisches Parlament und eine
2419 handlungsfähige Europäische Kommission. Statt nationaler Egoisten setzen wir auf die
2420 Gemeinschaftsmethode. Zugleich erkennen wir an, dass innerhalb der Europäischen Union
2421 unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft und die Arbeitsweise der Europäischen Union

2422 bestehen. **Deshalb muss die EU flexibler werden. Gruppen von Mitgliedstaaten sollen bei**
2423 **gemeinsamen Projekten vorangehen können.** Die europäischen Verträge lassen dies
2424 ausdrücklich zu.

2425 Das Vereinigte Königreich will die Europäische Union verlassen. Diese Entscheidung gilt es zu
2426 respektieren. Klar ist zugleich aber: Ein Land, das nicht mehr Mitglied der Europäischen Union
2427 sein will, kann auch nicht dessen Vorteile genießen. Die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr
2428 von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) und der Binnenmarkt sind untrennbar
2429 miteinander verbunden. **Bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt es kein**
2430 **„Europa à la carte“.** Natürlich ist eine enge Partnerschaft mit Großbritannien auch künftig in
2431 beiderseitigem Interesse, vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Für uns ist aber in
2432 den Verhandlungen das wichtigste deutsche Interesse der Erhalt der europäischen Einigung.

2433 **Für eine Europäische Verfassung für Wachstum, sozialen Fortschritt und mehr Demokratie:**

2434 Die EU ist eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie Demokratie,
2435 Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Grundrechte. Die Mitgliedstaaten müssen nicht nur vor,
2436 sondern **auch nach dem Beitritt zur EU die Einhaltung dieser Werte gewährleisten.** Die
2437 bestehenden Mechanismen hierfür wollen wir ausbauen. Nur dann ist die EU als eine
2438 Wertegemeinschaft auch glaubwürdig.

2439 Die **Kompetenzen des Europäischen Parlamentes müssen ausgeweitet werden,** um das
2440 demokratische Defizit der EU zu beseitigen und die neue Wirtschaftsregierung demokratisch
2441 kontrollieren zu können. Dazu wollen wir dem Europäischen Parlament die vollständige
2442 Mitwirkung an der Wirtschafts- und Währungspolitik, das vollständige Budgetrecht, das Recht
2443 zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder und das Recht zur Gesetzesinitiative
2444 übertragen. Die Aufstellung von gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten –
2445 wie zum ersten Mal bei der Europawahl 2014 geschehen – wollen wir dauerhaft verankern. Wir
2446 wollen insgesamt die europäischen Parteien weiter stärken und die Möglichkeiten, sich in
2447 ihnen zu engagieren, erweitern. Die europäischen Parteien sind Träger einer transnationalen
2448 politischen Willensbildung. Um diesen wichtigen Aspekt europäischer Demokratie zusätzlich
2449 zu stärken, setzen wir uns auch dafür ein, dass die durch das Ausscheiden Großbritanniens
2450 freiwerdenden Sitze im Europäischen Parlament künftig durch Abgeordnete besetzt werden,
2451 die anhand transnationaler Listen gewählt worden sind.

2452 Mittelfristig bedarf eine erneuerte Europäische Union einer Überarbeitung des Lissaboner
2453 Vertrages. Ziel ist eine **europäische Verfassung,** die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration
2454 mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird.

2455 **Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt**

2456 Sozialdemokratische **Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet**. Wir setzen auf Dialog statt auf
2457 Konfrontation, auf fairen Interessenausgleich und Verhandlungslösungen. Wir wollen Konflikte
2458 an ihren Ursachen bekämpfen und an einer gerechten und stabilen internationalen Ordnung
2459 mitwirken. Unsere Politik gründet sich auf der Überzeugung, dass die großen globalen
2460 Zukunftsaufgaben – vom Kampf gegen Hunger und Armut über den Klimawandel bis hin zu
2461 bewaffneten Konflikten und weltweiten Migrationsbewegungen – nur partnerschaftlich zu
2462 bewältigen sind. Außenpolitik ist ganz im Sinne Willy Brandts „der illusionslose Versuch zur
2463 friedlichen Lösung von Problemen“. Beides prägt sozialdemokratische Außen- und
2464 Friedenspolitik auch heute: die **Zielvorstellung einer friedlichen, gerechten und regelbasierten**
2465 **internationalen Ordnung** und die Bereitschaft, den praktisch möglichen Schritt zu gehen, selbst
2466 wenn er nur klein und mit Risiken behaftet ist.

2467 **Deutschlands Verantwortung in der Welt:**

2468 Unser Land ist zu einem stärker gefragten und geforderten Partner bei der Gestaltung der
2469 internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus
2470 gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und einen
2471 **stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme** zu leisten. Eine
2472 moderne Friedensdiplomatie, die auf Dialog setzt, Verantwortung übernimmt und den fairen
2473 Interessenausgleich in den Mittelpunkt stellt, muss personell und finanziell gestärkt werden.
2474 Der Anteil für Auswärtiges am Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern. Deutschland
2475 soll seiner gestiegenen internationalen Verantwortung damit gerecht werden können.

2476 Für die SPD ist klar: Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention
2477 und Krisenmanagement bleiben Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik. Die
2478 SPD hat die Instrumente ziviler Krisenpolitik maßgeblich geprägt, unter anderem durch das
2479 Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), den Personalpool ziviler Fachkräfte und den
2480 Zivilen Friedensdienst. Wir wollen **zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und**
2481 **substanzialer ausstatten** – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Dazu
2482 gehört auch, freiwillige Friedensdienste erheblich auszubauen.

2483 Humanitäre Hilfe dient dazu, notleidenden Menschen zu helfen und ihre Existenz und Würde
2484 zu sichern. Angesichts zahlreicher Konflikte weltweit und der dramatischen Flüchtlingslage hat
2485 Deutschland seine humanitäre Hilfe stark erhöht. Wir setzen uns dafür ein, dass wir unser
2486 **humanitäres Engagement ausbauen** und dass auch die internationale Gemeinschaft ihren
2487 Verpflichtungen gerecht wird. Internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen
2488 sich auf eine angemessene finanzielle Ausstattung für humanitäre Hilfe verlassen können.

2489 Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und
2490 Entwicklungspolitik so deutlich wie in fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme
2491 Unterentwicklung oft Hand in Hand gehen. Zivile **Krisenprävention, Mediation,**
2492 **Konfliktnachsorge und Stabilisierung müssen daher dauerhaft gestärkt** werden. Dies betrifft in
2493 erster Linie den Umgang mit strukturell schwachen oder von Bürgerkrieg gezeichneten
2494 Staaten. Gerade hier können der Dialog mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren
2495 sowie gezielte Stabilisierungsmaßnahmen dazu beizutragen, Menschenrechte zu fördern,
2496 Armut zu lindern und Bedingungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenleben und
2497 dauerhafte Versöhnung ermöglichen.

2498 Berichte über Völkerrechtsverletzungen, Übergriffe auf die zivile Bevölkerung wie auch auf
2499 Hilfsorganisationen nehmen drastisch zu. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des
2500 Völkerrechts ein. **Wer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu**
2501 **verantworten hat, wird verfolgt und bestraft.**

2502 Die SPD setzt sich für eine **Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** ein und wird
2503 die Mittel in der nächsten Legislaturperiode deutlich erhöhen. Mehr deutsche Schulen, die
2504 Stärkung der deutschen Stiftungsarbeit im Ausland, die Ausweitung der Arbeit des
2505 Goetheinstituts, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und anderer Institutionen
2506 sind ein wichtiger Beitrag für Frieden und Verständigung. Die soziale Kraft der Kultur schafft
2507 Freiheits- und Emanzipationsräume in Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung,
2508 ermöglicht Verständigung und Zusammenarbeit und prägt ein modernes Deutschlandbild.

2509 **Eine neue Abrüstungsinitiative:**

2510 Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen,
2511 chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein.
2512 Den drohenden Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung wollen
2513 wir verhindern. **Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel.** Wir
2514 unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite
2515 Abschaffung dieser Waffen einsetzen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns **gegen**
2516 **verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen**
2517 **Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands.** Solche Überlegungen
2518 dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und
2519 europäischer Sicherheit! Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im
2520 Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf
2521 Massenvernichtungswaffen verpflichtet.

2522 Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur
2523 Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich. Wir Sozialdemokratinnen und
2524 Sozialdemokraten sind **immer für die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit unseres**
2525 **Landes und des transatlantischen Bündnisses eingetreten.** Dabei bleibt es.

2526 Aber wir haben zugleich auch immer Angebote für Entspannung, Rüstungskontrolle und
2527 Abrüstung entwickelt und durchgesetzt. Genau daran fehlt es zurzeit in Europa, in der Nato
2528 und weltweit. Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie die Bereitschaft und der
2529 ernsthafte Wille zur Rüstungskontrolle und zur umfassenden Abrüstung sind zwei Seiten der
2530 gleichen Medaille. **Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung**
2531 **unternehmen.** Die erreichte Übereinkunft über das iranische Atomprogramm ist ein wichtiger
2532 Erfolg für die weltweite Abrüstung. Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind jedoch
2533 dringend erforderlich, gerade auch in und für Europa. Dazu wollen wir einen Dialog mit allen
2534 Verbündeten und Partnern starten, die für die Sicherheit unseres Kontinents Verantwortung
2535 tragen. Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die OSZE.

2536 Um diese Ansätze glaubhaft umsetzen zu können, ist die **Eindämmung der Rüstungsexporte**
2537 **zwingend.** Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste
2538 Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik
2539 gegeben hat. Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich
2540 dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Die von Januar 2000
2541 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen
2542 Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren.

2543 Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der
2544 Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein **grundsätzliches Verbot des**
2545 **Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern**
2546 enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in
2547 Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene
2548 der EU ein.

2549 Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große
2550 Herausforderungen. Wir **fordern eine völkerrechtliche Ächtung von vollautomatisierten**

2551 **Waffensystemen.** Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme
2552 international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt
2553 insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten
2554 bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen). **Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte**
2555 **militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab.**

2556 **Moderne Streitkräfte zur Sicherung des Friedens:**

2557 Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von
2558 Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der
2559 Welt. Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Eine Beteiligung der Bundeswehr an
2560 bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der Grundlage
2561 des Völkerrechts sowie im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 des
2562 Grundgesetzes. Voraussetzung ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des
2563 Parlamentsvorbehalts. Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches
2564 Gesamtkonzept eingebettet sein.

2565 Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. Das
2566 zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürgers in Uniform ist
2567 Maßstab für den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und
2568 Freiheit weltweit. **Wir bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften,** die über
2569 angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen
2570 Krisenbewältigung verfügen müssen. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf
2571 verlassen können, dass ihnen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung und ausreichend
2572 qualifiziertes Personal zur Seite gestellt wird. Sie selbst müssen bestens ausgebildet werden.
2573 Dafür notwendige Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung und der dienstlichen
2574 Rahmenbedingungen sollen entsprechend umgesetzt werden.

2575 Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die
2576 notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern. Wir wenden uns allerdings
2577 entschieden **gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen**
2578 **Verteidigungshaushaltes.** Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen
2579 Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer
2580 Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro
2581 Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD
2582 nicht geben. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre,
2583 sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch
2584 Militärausgaben gewährleistet werden können.

2585 Im Gegenteil: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den
2586 Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen
2587 nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen
2588 Verlockungen des weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche
2589 Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für
2590 Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden.

2591 Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem **umfassenden Sicherheitsbegriff,**
2592 **der soziale, wirtschaftliche, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte** bei Konfliktprävention
2593 und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im Vordergrund, die
2594 gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt werden
2595 können.

2596 Minderjährige Bewerber und Bewerberinnen bei der Bundeswehr werden wir künftig bis zum
2597 Erreichen der Volljährigkeit in der zivilen Wehrverwaltung beschäftigen und qualifizieren. **Erst**
2598 **nach ihrem 18. Geburtstag dürfen sie Soldat beziehungsweise Soldatin werden,** um das
2599 Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention eindeutig zu erfüllen,

2600 **Internationale Ordnung und Multilateralismus stärken, Partnerschaften festigen:**

2601 Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir belastbare, globale
2602 Ordnungsstrukturen. Wir setzen dabei auf die Stärke des Rechts, nicht auf das Recht des
2603 Stärkeren. Wir brauchen daher **starke und handlungsfähige Vereinte Nationen**. Dies gilt umso
2604 mehr vor dem Hintergrund angekündigter Mittelkürzungen für Entwicklungshilfe und
2605 internationale Organisationen durch die neue US-Administration. Wir unterstützen die
2606 deutsche Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden, Gerechtigkeit,
2607 Innovation und Partnerschaft“.

2608 Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. **So wollen**
2609 **wir den Europarat stärken**, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit
2610 leistet. Zudem haben wir mit dem erfolgreichen deutschen Vorsitz in der Organisation für
2611 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2016 wichtige Impulse für eine
2612 aktivere Rolle dieses Forums gesetzt. Die OSZE ist und bleibt ein wichtiger Ort der
2613 Verständigung zwischen Ost und West.

2614 **Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas** – dies gilt
2615 unabhängig davon, wer in den USA regiert. Europa und die USA sind auf engste Weise in einer
2616 Interessen- und Wertegemeinschaft verbunden, deren Fundament das Eintreten für Freiheit
2617 und Demokratie ist. In einer Zeit, in der diese Werte vielerorts unter Druck stehen und
2618 gefährdet sind, ist es umso wichtiger, diese Partnerschaft weiter zu stärken. Hinzu kommt: Die
2619 aktuellen Herausforderungen und die Unsicherheit in der Welt sind zu groß, als dass es sich die
2620 USA und Europa leisten könnten, nicht gemeinsam zu handeln. Syrien, Irak, Libyen, Ukraine,
2621 das Verhältnis zu Russland, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Gestaltung
2622 der künftigen globalen Wirtschafts- und Handelsordnung sind einige der Herausforderungen,
2623 bei denen es auf eine handlungsfähige transatlantische Partnerschaft ankommt. Trotzdem
2624 schauen wir als Europäer zugleich selbstbewusst nach vorn: **Sicherheit und Frieden werden**
2625 **künftig stärker von uns selbst abhängen**.

2626 **Entspannungspolitik, Dialog und klare Prinzipien als Zeichen der Stärke:**

2627 Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der
2628 Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet.
2629 Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt. Wir
2630 sind jedoch davon überzeugt, dass **Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder**
2631 **gar gegen Russland möglich** sind. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum
2632 politischen Dialog und der intelligenten Anwendung von Sanktionsmechanismen. Der
2633 politische Prozess für die Ostukraine, der den Ausbruch eines offenen Krieges erfolgreich
2634 verhindern konnte, ist ins Stocken geraten. Wir halten dennoch an ihm fest. Substanzielle
2635 Fortschritte bei der **Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung**
2636 **der Sanktionen** gegen Russland nach sich ziehen.

2637 Die Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika zeigen, wie dringend
2638 eine starke internationale Ordnung mit durchsetzungsfähigen regionalen Organisationen ist.
2639 In Syrien und Jemen leiden die Menschen unter den schrecklichen Folgen von Krieg, Terror und
2640 Not. Die Verwerfungen in Europas direkter Nachbarschaft haben für uns unmittelbare
2641 Auswirkungen, nicht zuletzt durch die Migration Richtung Europa. **Es ist in unserem Interesse,**
2642 **dass die Spirale der Gewalt und des Staatszerfalls in der Region durchbrochen wird.** Es geht
2643 darum, langfristig Strukturen der Machtteilung, religiöser Toleranz und stabiler, guter
2644 Regierungsführung zu etablieren.

2645 Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft gerade im Nahen und
2646 Mittleren Osten an Fortschritten beim **Friedensprozess zwischen Israel und Palästina**
2647 gemessen. Wir fordern, dass einseitige Schritte, egal von welcher Seite, die einer endgültigen
2648 Friedenslösung entgegenstehen – wie der illegale Siedlungsbau –, sofort beendet werden.

2649 **Gerechte Globalisierung, fairer Handel und Menschenrechte weltweit:**

2650 Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab
2651 ein. 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die
2652 nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030
2653 **Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit,**
2654 **Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit.** Für die SPD umfasst
2655 Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der
2656 gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben eine besondere Verantwortung, um eine
2657 sozial-ökologische Transformation voranzubringen – in ihren eigenen Wirtschafts-, Finanz- und
2658 Gesellschaftssystemen, in der internationalen Politik und zusammen mit den Ländern des
2659 globalen Südens. Daher setzen wir uns für eine **ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030**
2660 ein.

2661 Die Globalisierung lässt sich nur mit starken Partnern gestalten. Dazu gehören
2662 handlungsstarke Regierungen und eine aktive Zivilgesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit
2663 unseren Partnern, den Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und
2664 Nichtregierungsorganisationen unser **Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit**
2665 **steigern.** Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armuts- und Hungerregionen
2666 ausrichten. Über 800 Millionen Menschen sind davon weltweit betroffen. Wir wollen dazu
2667 beitragen, den Menschen im globalen Süden Lebensperspektiven aufzubauen und zu sichern.
2668 Damit leisten wir einen Beitrag zur Konfliktprävention und helfen, dass **Menschen in ihrer**
2669 **Heimat Perspektiven finden.**

2670 Eine **verlässliche und ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit** ist
2671 dringend geboten. Deshalb stehen wir zum Ziel, mindestens 0,7 Prozent des
2672 Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen – und
2673 das unabhängig von Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge. Gleichzeitig
2674 wollen wir durch ein **fares und internationales Steuersystem** den Ländern des globalen Südens
2675 auch die Erschließung eigener finanzieller Ressourcen ermöglichen. Nicht zuletzt setzen wir
2676 uns für innovative Finanzierungsmöglichkeiten ein. Deshalb werden wir beispielsweise an
2677 Mechanismen arbeiten, durch die Teile der wirtschaftlichen Vorteile von EU-
2678 Freihandelsabkommen durch eine **Freihandelsabgabe für die Finanzierung internationaler**
2679 **Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit** gesichert werden. Die Finanzierung von Maßnahmen
2680 zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz müssen zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche
2681 Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden.

2682 Die SPD setzt sich für fairen Handel ein. Handelspolitik ist nicht nur ein Instrument der
2683 Wirtschaftsförderung. Im Kern geht es um die Frage, nach welchen Regeln wir in einer
2684 globalisierten Welt leben wollen. Nationale Alleingänge und Protektionismus versprechen
2685 keinen Erfolg. Der beste Rahmen für diese Verhandlungen ist die Welthandelsorganisation
2686 (WTO). Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit wollen wir die **aktuelle**
2687 **Blockade der WTO überwinden.** Bilaterale Handelsabkommen der EU mit wichtigen Partnern
2688 sind zu einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Unser Ziel ist es, in allen Handels-
2689 , Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung
2690 und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer und sozialer Standards wie der ILO-
2691 Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen
2692 zu vereinbaren.

2693 Wir wollen perspektivisch einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren,
2694 um das Primat der Politik durchsetzen. Die Verhandlungen mit den USA über ein
2695 Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zeigen, dass ein Abschluss
2696 nach diesen Maßgaben derzeit nicht erreichbar ist. Hingegen ist es in intensiven
2697 Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung gelungen, im Abkommen zwischen EU

2698 und Kanada (CETA) zukunftsweisende **Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der**
2699 **öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof** zu
2700 vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle
2701 künftigen Handelsabkommen der EU gelten. CETA muss als gemischtes Abkommen sowohl
2702 durch das Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden.
2703 Im Zuge dieser parlamentarischen Kontrolle werden wir alle Aspekte einer sorgfältigen Prüfung
2704 unterziehen. Wir werden auch die **Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen**
2705 **Staaten** (European Partnership Agreements) daraufhin prüfen, ob sie der wirtschaftlichen und
2706 sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten
2707 weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone
2708 unterstützen.

2709 Um schrittweise die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, braucht es einen
2710 neuen **umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit**. Damit werden die Länder
2711 auch dabei unterstützt, ausreichend einheimische Ressourcen etwa für den Ausbau der
2712 Bildungs- und Sozialsysteme zu mobilisieren. Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie
2713 Finanzverkehr zu illegalen Zwecken müssen international bekämpft werden. Wir wollen mehr
2714 Transparenz in Form einer öffentlichen und länderbezogenen Berichtspflicht über Gewinne
2715 und darauf gezahlte Steuern für multinational agierende Unternehmen. Wir setzen uns für
2716 weitreichende internationale Regeln und eine verstärkte Zusammenarbeit auch in
2717 internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem
2718 Internationalen Währungsfonds und den G20 ein.

2719 **Für eine nachhaltige Klimapolitik:**

2720 Die Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris 2015 ist ein historischer Meilenstein in der
2721 internationalen Klimapolitik. Wir setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik im nationalen
2722 und europäischen Rahmen ein. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum
2723 Klimaschutz unterstützen wir nachdrücklich. Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung ist die
2724 **Entwicklung einer integrierten europäischen Klimadiplomatie**. Angesichts einer wachsenden
2725 Weltbevölkerung und steigender Nachfrage nach Energie wird die ökologische und
2726 klimapolitische Wende ohne eine grundlegende globale Transformation der Energiesysteme
2727 nicht zu schaffen sein. Die SPD setzt sich dafür ein, die Entwicklungszusammenarbeit
2728 konsequent auf die **Förderung von erneuerbaren Energien und den Aufbau einer dezentralen**
2729 **und demokratisch kontrollierten Versorgung** umzustellen. Hierzu unterstützen wir auch
2730 weitere Klima- und Energiepartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern.

2731 Weltweit sind Städte bereits heute für 70 Prozent des Energieverbrauchs sowie für 70 Prozent
2732 der CO₂-Emissionen verantwortlich. Hier braucht es ein starkes Engagement, sonst können die
2733 Klimaziele nicht erreicht werden. Wir wollen daher die schnell wachsenden **Städte in den**
2734 **Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen von Urbanisierungspartnerschaften stärker**
2735 **beraten und unterstützen:** bei der Stadtplanung, bei Maßnahmen zur Energieeffizienz und
2736 beim Aufbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir stehen zu dem Versprechen der
2737 Industrieländer, die finanzielle Unterstützung für die armen Länder beim Klimaschutz und bei
2738 der Anpassung an die klimatischen Veränderungen bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro
2739 Jahr zu steigern. Außerdem wollen wir gerade die besonders vom Klimawandel bedrohten
2740 ärmeren Länder auch im Umgang mit den Folgen des Klimawandels stärker unterstützen.

2741 **Menschenrechte schützen:**

2742 Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der
2743 Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind deshalb Kernelemente
2744 sozialdemokratischer Außenpolitik. In Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit
2745 setzen wir uns dafür ein, dass die **Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt**
2746 **werden**. Dazu gehören insbesondere die Ächtung der Todesstrafe und Folter weltweit, die

2747 Stärkung der Rechte von Frauen in gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von
2748 Kinderrechten, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes, des
2749 Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des Europarats wie auch die
2750 Weiterentwicklung und entschlossene Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir
2751 wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von**
2752 **Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die
2753 Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln.

2754 Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln. Vor 15 Jahren
2755 haben die Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die **volle Einbeziehung**
2756 **von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und** Sicherheit festgelegt. Kein Land kann sich
2757 wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich entwickeln, wenn die Hälfte der Bevölkerung kein
2758 Mitspracherecht hat. Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von
2759 Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und entsprechenden
2760 Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden. **Friedensabkommen werden nur dann**
2761 **wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind**.

2762 Wir wollen, dass **Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt**
2763 **werden** und der zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches
2764 Kriegsführungsinstrument deutlich geächtet und bestraft wird – auch international. Damit
2765 unterstützen wir auch in **Konfliktregionen lebende Kinder**. Auf ihr Wohl, ihren Schutz und ihre
2766 Rechte werden wir gemäß der VN-Kinderrechtskonvention besonders achten.

2767 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, dass alle Menschen –
2768 unabhängig von ihrer finanziellen Lage, aber auch unabhängig davon wo sie leben – Zugang zu
2769 einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben müssen. **Gesundheit ist ein**
2770 **Menschenrecht, das endlich für alle gelten muss**. Um insbesondere vernachlässigte und
2771 armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen, sind Investitionen in die Forschung – unabhängig
2772 von wirtschaftlichen Erwägungen – dringend notwendig. Der Globale Fonds gegen Aids/HIV,
2773 Tuberkulose und Malaria ist daher mit ausreichenden Haushaltsmitteln auszustatten.
2774 Weiterhin wichtig sind ein Basiskrankenversicherungsschutz als soziale Absicherung,
2775 bezahlbare Medikamente sowie ein diskriminierungsfreier Zugang, gerade auch für Frauen und
2776 Mütter, zu erreichbaren Gesundheitsdienstleistungen.

2777 Viele Millionen Menschen leiden trotz Arbeit unter Hunger und extremer Armut. Drei Viertel
2778 der Menschheit leben ohne sozialen Schutz und unter massenhafter Verletzung von
2779 Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Deshalb setzt sich die SPD weiter weltweit für
2780 menschenwürdige Arbeit ein. Dazu gehört – auch im Rahmen einer konsequenten **Umsetzung**
2781 **des Nationalen Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ – eine Ausweitung der**
2782 **Unternehmensverantwortung**. Dies umfasst verbindliche Rechenschafts- und
2783 Transparenzpflichten für Unternehmen entlang der Lieferketten, den Auf- und Ausbau von
2784 sozialen Sicherungssystemen und die Einführung von lebenssichernden Löhnen, um soziale
2785 Menschenrechte flächendeckend zu sichern. Im öffentlichen Beschaffungswesen setzen wir
2786 uns für gesetzliche Grundlagen ein, um die Einhaltung ökologischer, sozialer und
2787 menschenrechtlicher Kriterien zu gewährleisten.

2788 Weiterhin wollen wir eine **Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler**
2789 **Ebene**, beispielsweise im Rahmen der Initiative des Menschenrechtsrats der Vereinten
2790 Nationen für ein Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten. Die
2791 internationale Gewerkschaftsbewegung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
2792 werden wir bei ihrem Kampf zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen unterstützen. Wir werden
2793 das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten Nationen und die ILO-Konvention 169 zum
2794 Schutz der indigenen Bevölkerung ratifizieren.

2795

Inhaltsverzeichnis

2797	<u>Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege</u>	<u>5</u>
2798	Familienarbeitszeit und Familiengeld:	5
2799	Gute Betreuung von Anfang an:	6
2800	Kinderrechte stärken:	6
2801	Politik für junge Menschen:	6
2802	Beste Schulen:	7
2803	Familienarbeitszeit für Pflege:	7
2804	Gut leben im Alter:	8
2805	<u>Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit</u>	<u>9</u>
2806	Modernisierung der beruflichen Ausbildung:	9
2807	Gute Hochschulen:	10
2808	Mehr Chancengleichheit durch besseres BAföG:	11
2809	Sichere Arbeit und gute Löhne:	12
2810	Digitale Arbeit gestalten:	12
2811	Mehr Demokratie im Betrieb:	13
2812	Weiterbildung fördern:	13
2813	Soziale Berufe aufwerten:	14
2814	<u>Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen</u>	<u>15</u>
2815	Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis stärken:	15
2816	Unnötige Bürokratie abbauen – Mittelstand entlasten:	17
2817	Innovationen und Gründergeist:	17
2818	Forschung und Entwicklung:	18
2819	Klare Regeln für die Finanzwirtschaft:	19
2820	Verbraucherschutz stärken:	19
2821	Digitalisierung in der Stadt und auf dem Land:	21
2822	Datensicherheit und digitale Grundrechte:	21
2823	<u>Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat</u>	<u>23</u>
2824	Stärkung der Arbeitslosenversicherung:	23
2825	Eine Bürgerversicherung für alle:	24
2826	Gesundheitsversorgung sicherstellen:	24
2827	Gesund leben:	25
2828	Rente:	25
2829	Selbständige besser absichern:	26
2830	<u>Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben</u>	<u>27</u>
2831	Familien sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten:	27
2832	Vermögende tragen Verantwortung:	27
2833	Steuerbetrug bekämpfen:	28
2834	<u>Es ist Zeit für ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land</u>	<u>29</u>
2835	Bezahlbarer Wohnraum:	29
2836	Lebenswerte Städte und Gemeinden:	30
2837	<u>Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft</u>	<u>31</u>
2838	Energiewende vollenden:	31
2839	Bezahlbare und umweltfreundliche Mobilität:	32

2840	Schutz der biologischen Vielfalt:	34
2841	Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung:.....	35
2842	<u>Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag</u>	<u>37</u>
2843	Schutz und Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz:	37
2844	Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention:	38
2845	Kampf gegen Rechtsextremismus:.....	38
2846	Reform der Nachrichtendienste:	39
2847	Moderner Katastrophenschutz:.....	39
2848	Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen:	39
2849	Kampf gegen Wirtschaftskriminalität:	40
2850	<u>Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik.....</u>	<u>41</u>
2851	Fluchtursachen bekämpfen:.....	41
2852	Schnellere Asylverfahren, bessere Integration, konsequentere Rückführung:	42
2853	Einwanderung als Chance nutzen – Einwanderung von Fachkräften steuern:.....	42
2854	<u>Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft</u>	<u>44</u>
2855	Demokratie und Engagement:.....	44
2856	Für Offenheit und Transparenz politischer Prozesse:	45
2857	Gleichberechtigung und Gleichstellung:.....	45
2858	Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:	46
2859	Vielfältige Lebensrealitäten anerkennen:	47
2860	Inklusive Gesellschaft:.....	48
2861	Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft gestalten:.....	49
2862	Kulturpolitik:.....	50
2863	Erinnerungskultur – Gedenken und Erinnern:	51
2864	Medienordnung und Medienfreiheit:	52
2865	Urheberrecht im Zeitalter der Digitalisierung:	52
2866	Sport:	53
2867	<u>Es ist Zeit für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer</u>	<u>54</u>
2868	Investitionen in Arbeit und Ausbildung:	54
2869	Soziales Europa:	55
2870	Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:.....	55
2871	Friedensprojekt Europa:.....	56
2872	Demokratisches und handlungsfähiges Europa:	57
2873	Für eine Europäische Verfassung für Wachstum,	
2874	sozialen Fortschritt und mehr Demokratie:.....	58
2875	<u>Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt.....</u>	<u>59</u>
2876	Deutschlands Verantwortung in der Welt:.....	59
2877	Eine neue Abrüstungsinitiative:	60
2878	Moderne Streitkräfte zur Sicherung des Friedens:.....	61
2879	Internationale Ordnung und Multilateralismus stärken, Partnerschaften festigen:.....	62
2880	Entspannungspolitik, Dialog und klare Prinzipien als Zeichen der Stärke:	62
2881	Gerechte Globalisierung, fairer Handel und Menschenrechte weltweit:	63
2882	Für eine nachhaltige Klimapolitik:	64
2883	Menschenrechte schützen:	64